

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Einhundert RotFüchse

Mit der Mai-Ausgabe legen wir den 100. „RotFuchs“ in die Hände unserer Leser. Zu dieser „Jubiläumsnummer“ ist zu sagen: Wir haben dem Trommelfeuer des Gegners über acht Jahre standgehalten. Obwohl der Druck groß war, verschlag er uns nicht die Sprache. Er führte auch nicht dazu, daß uns die Munition ausging. Im Gegenteil. Wir nehmen den Klassenfeind heute mit einem ganz anderen Kaliber unter Feuer, als es uns vor 100 Monaten zur Verfügung stand. Die Zahl derer, die sich als ständige Leser am „RotFuchs“ festgebissen haben, ist stürmisch gewachsen. Sie beträgt jetzt etwa das 75fache der Ausgangsgröße. Waren wir im Februar 1998 das nur rund 200 Bezieher beliefernde Blättchen einer kleinen Gruppe aufrecht Gebliebener, so haben wir seitdem quantitativ und qualitativ beachtlich zugelegt. Ohne Hochmut oder Phantasterei können wir davon sprechen, daß der RF mittlerweile zu den tonangebenden und Maßstäbe setzenden linken Publikationen in Deutschland gehört. Herausgeber ist ein mitgliederstarker Förderverein, der einen weiten Fächer unterschiedlicher, aber in Grundfragen einiger Kräfte repräsentiert. Frei von Sekterertum und dogmatischer Enge, stehen wir auf den unveräußerlichen Positionen der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus, deren Erkenntnisse wir in ein dialektisches Verhältnis zur Realität unserer Tage setzen. Bei aller politischen Bandbreite, die wir anbieten, behalten wir das Ziel der Sammlung für einen neuen antikapitalistischen Anlauf fest im Auge. Unsere Prinzipien sind nicht verhandelbar.

Der „RotFuchs“ hat vielen, die nach der Niederlage der Kommunisten und Sozialisten Europas den Mut schon hatten sinken lassen, den Blick für die gesellschaftliche Perspektive zurückgegeben. Dazu gehört auch der berechtigte Stolz auf die DDR, hatten wir doch in der deutschen Geschichte nur diese 40jährige Periode des Sozialismus. Daß die Wiederherstellung des historisch bereits überwundenen Kapitalismus eine klassische Konterrevolution war, in die auch viele hineingerissen wurden, die nichts mit ihr zu tun haben wollten, ist unter „RotFuchs“-Lesern inzwischen fast ein Allgemeinplatz.

Seit der Nr. 1 bin ich der verantwortliche Redakteur des RF. Denke ich an die frühen Ausgaben zurück, dann erinnere ich mich vor allem jener Autoren, die uns als erste zu Hilfe kamen. Unter ihnen befanden sich Ulrich Huar, Walter Florath und Karl-Eduard von Schnitzler. Rainer Rupp – unser Mann bei der NATO – lieferte Beiträge direkt aus der Zelle des Saarbrücker Gefängnisses, in das man ihn geworfen

hatte. Und der im Vorjahr verstorbene Grafiker Arno Fleischer fuhr eigens in den Berliner Tierpark, um uns einen Fuchskopf „nach der Natur“ zu zeichnen. Die Seele des Redaktionsstabes waren damals Lena und Kurt Andrá.

Nicht selten werden wir gefragt, wie es sich erklärt, daß unser Versand so zuverlässig funktioniert. Das Geheimnis besteht in einem großen ehrenamtlichen Kollektiv treuer Helfer, das am Letzten eines jeden Monats so lange eintütet, bis der riesige Zeitungsberg verpackt worden ist und die Post-Paletten auf den Weg gebracht werden können.

Übrigens hat der „RotFuchs“ längst auch einen verlässlichen typographischen Partner: den „Bunten Hund“. Als wir vor sechs Jahren dazu überzugehen vermochten, das Blatt in dieser professionellen Druckerei herstellen zu lassen, war die Zeit des mühseligen Kopierens in „Heimarbeit“ endlich vorüber.

Allen, die als Autoren im Impressum stehen oder als Gestalter und Korrektoren zum Erfolg des RF beitragen, sei hier gedankt. Hinzugefügt werden muß, daß es inzwischen mehr „Quereinsteiger“ als „reguläre“ Mitarbeiter gibt. Monat für Monat erreichen die Redaktion außer 100 bis 130 Leserbriefen auch etliche Zuschriften, die bereits mehr oder weniger ausgereifte Artikel sind. Häufig treffen überdies Vorschläge neuer Leser ein, doch dieses oder jenes Thema unbedingt aufzugreifen. Meist müssen wir auf ältere Ausgaben des RF verweisen, in denen der empfohlene Stoff bereits behandelt worden ist. Wie aber kann man erreichen, daß später Dazugestoßene Anschluß an den Wissensstand langjähriger Leser gewinnen? Nur über CDs? Sollte man nicht ein Sammelbändchen nach dem Motto herausbringen: Das Beste aus dem „RotFuchs“?

Noch ein Anliegen. Unsere Zeitschrift bezeichnet sich im Titel als Tribüne. Zwar nicht unbedingt im Sinne der „Speaker's Corner“ des Londoner Hydeparcs, wo jedermann vortragen kann, was ihm gerade durch den Kopf schwirrt. Uns geht es um freimütige Debatten mit Für und Wider, wie es die in diesem Heft geführte Diskussion über Fred Mathos Wertgesetz-Artikel beispielhaft zeigt.

Egon Erwin Kisch hat ein von ihm in Prag herausgegebenes Journal schlicht „Die Zeitung“ genannt. Es wurde nur ein Jahr alt. In dieser Hinsicht haben wir den Meister also schon überflügelt. Doch trotz unserer Längerlebigkeit sollten wir uns in Bescheidenheit üben, denn von großen publizistischen Vorbildern wie Kisch, Tucholsky und Ossietzky gilt es auch weiterhin zu lernen.

Klaus Steiniger



INHALT

Was es mit Bolkestein auf sich hat	S. 2
Ein epochaler Physiker zu Kapitalismus und Sozialismus	S. 3
Die wundersame Vermehrung des Wertes von Milliarden Quadratmetern	S. 4
Schau nach bei Marx!	S. 5
Post von Oberst Biedermann	S. 6
Schreiben der RF-Redaktion	S. 6
Was spielte sich auf dem Dahlewitzer „Kolloquium“ des Bundeswehrverbandes ab	S. 7
Wie mir zwei Pfarrer bei der Jugendweihe halfen	S. 8
Moderne Christianisierung in Sachsens Schulen	S. 9
Heine in Deutschland	S. 9
Günther Jauchs „Bildungsfernsehen für Millionen“	S. 10
Wie die CDU ihre „Kader“ schützt	S. 11
Als Karl Liebknecht auf der Jenaer Osterkonferenz sprach	S. 12
Liefert Keynes das gültige Rezept?	S. 12
Aus der Gefängnismappe von Alvaro Cunhal	S. 13
Zur Strategie radikal-demokratischer Reformen	S. 14
Kumpel, Kämpfer, Kommunist: Albert Funk	S. 15
Mecklenburg-Vorpommern: Die Koalition auf dem Prüfstand	S. 15
Produktiver Meinungsstreit: Wertgesetz im Sozialismus?	S. 16
Alte Kontakte mit Castros Gegnern	S. 18
Antikubanischer Feldzug unter dem Mantel der „Menschenrechte“	S. 19
Iran: Merkel steht „in jedem Falle“ bei Bush	S. 20
Was wurde aus den mittel-asiatischen Sowjetrepubliken?	S. 21
Belarus: Konterrevolution fiel aus	S. 22
Algerische Memoiren von Henri Alleg: KPA und FKP	S. 23
Bietet der Reaktion die Stirn: Lettlands Alfred Rubiks	S. 24
Milosevic – der Held von Den Haag	S. 25
Gewalteskalation in Irak: Wem dient der Bürgerkrieg?	S. 25
Das ungedruckte Buch des Genossen Golinsky	S. 26
Anwalt der Verfemten	S. 27
Max von der Grün wäre 80 geworden	S. 27
Don Quijote – das größte Werk der spanischen Nationalliteratur	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Im Januar 2004 legte der damalige EU-Kommissar Frits Bolkestein den Entwurf einer „Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt“ vor. Um die Bedeutung dieses Vorhabens zu verstehen, muß man wissen, was mit „Binnenmarkt“ gemeint ist, was als „Dienstleistungen“ gilt, und was sich demnach in der Praxis ändern soll. Als „Binnenmarkt“ wird seit 1987 der gesamte „Raum ohne Binnengrenzen“ zwischen den EU-Staaten betrachtet.

Unter „Dienstleistungen“ sind keineswegs nur der Friseur an der Ecke oder die Änderungs Schneiderin in der Markthalle zu verstehen. Zwar haben sich die bürgerlichen Nationalökonomien nie auf eine einheitliche Gliederung der Volkswirtschaft

Zweitens sollen unter dem Motto der „Entbürokratisierung“ und „Deregulierung“ Vorschriften und Auflagen abgebaut, Genehmigungsverfahren „vereinfacht“ und staatliche Eingriffe in die Preisgestaltung verhindert werden.

Drittens soll das „Herkunftsland-Prinzip“ gelten. Bisher unterliegen Unternehmen der Gesetzgebung des Landes, in dem sie tätig werden; das betrifft z. B. Sicherheitsbestimmungen, Arbeits- und Verbraucherschutz, nationale Tarifsysteme, Qualifikationsanforderungen, die soziale Absicherung der Beschäftigten und den Umweltschutz. Künftig sollen nur noch die Bestimmungen desjenigen Landes gelten, in dem das betreffende Unternehmen seinen Firmensitz anmeldet. In

Ablehnung des EU-Verfassungsentwurfs durch Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden, das Auftreten der europäischen Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, von Attac, Kommunen, Klein- und Mittelbetrieben, Handwerkern, die Großdemonstrationen, die Streiks im öffentlichen Dienst ...

Die bürgerlichen Parteien und die Regierungen der führenden EU-Staaten sind jetzt bemüht, ihr weiteres Vorgehen zu tarnen. Schon Exkanzler Schröder und Präsident Chirac hatten erklärt, die Richtlinie sei in dieser Form „vom Tisch“. Im Sommer 2005 forderte der deutsche Bundestag, sie offiziell zurückzuziehen. Das hinderte den zuständigen Ausschuß des EU-Parlaments nicht daran, den Antrag auf Ablehnung der Richtlinie zu verwerfen, und Kanzlerin Merkel „versteh die ganze Aufregung nicht“. Auf einmal erklärten die beiden größten Fraktionen des EU-Parlaments (Konservative und Sozialdemokraten), sie hätten einen Kompromiß gefunden, der die Annahme der Richtlinie ermöglichte. Am 16. Februar billigte das EU-Parlament das umstrittene Dokument in erster Lesung mit 394 gegen 215 Stimmen – vor allem der Grünen und der Linken, aber auch der Rechtsliberalen, denen der Text noch „nicht weit genug“ ging – bei 33 Enthaltungen. In zwei Stunden wurde über 404 Änderungsanträge entschieden.

Seit dem 4. April gibt es nun wieder einen „neuen“ Entwurf. Die Differenz zur alten Fassung: Die Formulierungen sind schwammiger und unterschiedlich auslegbar. Statt „Herkunftsland-Prinzip“ heißt es jetzt z. B. „Dienstleistungsfreiheit“; das Zielland darf den Anbietern aber nur in bestimmten Fällen Vorschriften auferlegen, etwa wenn es um den Schutz der öffentlichen Ordnung geht; aus Gründen der Sozialpolitik oder des Verbraucherschutzes ist das nicht erlaubt. Nicht einmal der gesamte Gesundheitsbereich wird ausgespart. Leiharbeit wird nicht mehr gesetzlich geregelt. Es gibt keine Mindeststandards für Löhne und Sozialleistungen. Der Zweck des Verwirrspiels: Aus den Protesten soll die Luft raus! DGB-Chef Sommer findet jetzt in der Richtlinie „auch Positives“. So soll der Weg zur Zustimmung der Regierungen der Mitgliedstaaten und des Ministerrats, der Kommission und des Parlaments der EU in der zweiten Lesung gebahnt werden. Angestrebt wird, das Gesetzgebungsverfahren noch 2006 abzuschließen.

Es ist zu begrüßen, daß sich die Linkspartei.PDS dem entgegenstellt, daß Oskar Lafontaine wie Sahara Wagenknecht gegen diesen Freibrief für Lohn- und Sozialabbau kämpfen. Erforderlich ist aber vor allem die konsequente Fortführung des außerparlamentarischen Protests, der Massenaktionen gegen die mit der Dienstleistungsrichtlinie forcierte Offensive des Großkapitals. Dazu bedarf es des scheinungslosen Zerreißens der Lügengeschichte, mit denen Kritiker eingelullt und zum Schweigen gebracht werden sollen.

Was es mit Bolkestein auf sich hat

einigen können, aber gewöhnlich unterscheiden sie zwischen drei Bereichen: der Primärproduktion (Gewinnung von Rohstoffen unmittelbar aus der Natur durch Bergbau, Landwirtschaft usw.), der Weiterverarbeitung vor allem durch die Industrie und dem „tertiären Sektor“, eben den Dienstleistungen, worunter alles übrige Wirtschaften zusammengefaßt wird – von Bau und Wohnungsvermietung, Energie- und Wasserwirtschaft über Handel, Banken, Versicherungen, Post- und Fernmeldewesen, Personen- und Güterverkehr bis zu Gesundheits- und Pflegediensten, Bildung, Kultur, Sport und Touristik. Damit sind etwa 70 % der „Bruttowertschöpfung“ und mehr als 75 % der Erwerbstätigkeit in den Ländern der EU betroffen.

Anders als der Handel mit Gütern wird der Handel mit Dienstleistungen international nicht durch Zölle oder staatliche Ex- und Importbeschränkungen, sondern durch innerstaatliche Gesetze, Verordnungen, Normen und Standards geregelt. Jetzt geht es um dreierlei:

Erstens sollen alle Barrieren niedergeworfen werden, die der Privatisierung zur Zeit noch teilweise entgegenstehen. Hat bisher eine Kommune wenigstens noch die Möglichkeit, der Privatisierung von Wohneigentum oder der städtischen Wasserwirtschaft einen Riegel vorzuschieben, so soll sie künftig darüber nur noch in dem Umfange mitreden dürfen, in dem sie Unternehmensanteile daran besitzt. Es geht also um eine weitere umfassende Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Deutschland würden damit 25 oder mehr (je nach der Zahl der EU-Mitgliedstaaten) nationale Standards gelten; niemand könnte deren Einhaltung kontrollieren. Ein Unterbietungswettbewerb bei Löhnen und Sozialleistungen wäre unausbleiblich. Wenn polnische Kollegen, vermittelt von einem polnischen Leiharbeits-Unternehmen, auf Berliner Baustellen schufteten, wobei sie einen erheblichen Anteil ihres untertariflichen Lohnes der Vermittlungsfirma überlassen müssen, dann hat das keine staatliche Stelle in der BRD mehr zu interessieren.

Mit der Bolkestein-Richtlinie blasen die Konzerne zum Generalangriff. Die Jagd nach Maximalprofit treibt das Kapital – wie vor mehr als eineinhalb Jahrhunderten im Kommunistischen Manifest bewiesen – über den ganzen Erdball. Es kennt dabei keine Grenzen. Es scheut kein Mittel, um die Produktionskosten, besonders die Löhne, zu senken. Das Eigentum an Produktionsmitteln konzentriert sich in immer weniger Händen. Wenn heute von „Globalisierung“ gesprochen wird, so ist nichts anderes gemeint als der auf die Spitze getriebene Konkurrenzkampf der von nationalen Standorten aus agierenden Monopolgruppen mit einer weiteren enormen Zentralisation des Kapitals.

Es ist nur allzu verständlich, daß massiver Widerstand einsetzte, sobald Inhalt und Absichten der Bolkestein-Richtlinie ruchbar wurden: Protestkundgebungen, Hafenarbeiterstreiks, die

Ein epochaler Physiker zu Kapitalismus und Sozialismus

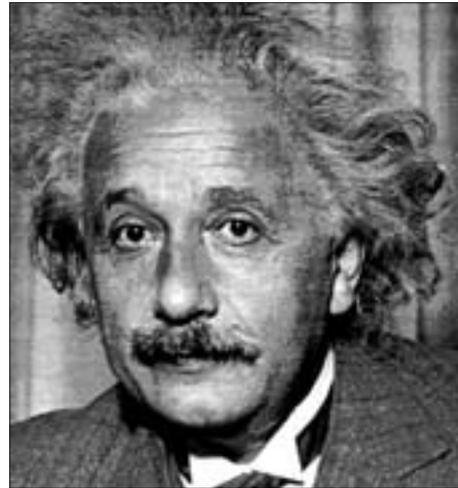
Unlängst kamen mir Teile eines Aufsatzes zu Gesicht, den Albert Einstein unter dem Titel „Was ist Sozialismus?“ 1949 in der amerikanischen Zeitschrift „Monthly Review“ publiziert hat. Der epochale Physiker äußert dort Gedanken, die vielleicht nicht jeder von ihm erwartet hätte. Er stellt sich hier auch als exzellenter Kenner gesellschaftlicher Zusammenhänge vor und gelangt zu Einschätzungen, die durchaus aktuell sind.

„... Privates Kapital tendiert dazu“, schreibt er, „in wenigen Händen konzentriert zu werden – teils aufgrund der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und teils, weil die technologische Entwicklung und die wechselvolle Arbeitsteilung die Entstehung von größeren Einheiten auf Kosten der kleineren vorantreiben. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie von privatem Kapital, dessen enorme Kraft nicht einmal von einer demokratisch organisierten politischen Gesellschaft überprüft werden kann.“

Um so weniger erkennt der Mann auf der Straße die Zusammenhänge, weil die Nachrichten darüber so verklausuliert sind, daß er sich kein richtiges Urteil bilden kann.

Einstein sieht eine Ursache für die geringe Überprüfbarkeit kapitalistischer Entwicklungen oder Verwicklungen darin, daß „die Mitglieder der gesetzgebenden Organe von politischen Parteien ausgewählt sind, die im wesentlichen von Privatkapitalisten finanziert oder anderweitig beeinflußt werden und die Wähler in der Praxis von der Legislative trennen. Die Folge sei, schreibt er weiter, „daß die ‚Volksvertreter‘ die Interessen der unterprivilegierten Schicht der Bevölkerung nicht ausreichend schützen ... Außerdem kontrollieren ... die Privatkapitalisten direkt oder indirekt die Hauptinformationsquellen (Presse, Radio, Bildung). Es ist deshalb äußerst schwierig und für den einzelnen Bürger in den meisten Fällen unmöglich, objektive Schlüsse zu ziehen und in intelligenter Weise Gebrauch von seinen politischen Rechten zu machen.“ Manche Vorstellungen über die angebliche Mediendemokratie und den Wahrheitsgehalt des uns Suggestierten wären im Lichte dieser Feststellungen wohl nur allzu korrekturbedürftig.

Nach seinem Ausflug in das Wesen der bürgerlichen Demokratie befaßt sich Einstein mit dem Charakter der kapitalistischen Produktion. Er schreibt: „Die Produktion ist für den Profit da – nicht für den Bedarf. Es gibt keine Vorsorge dafür, daß all jene, die fähig und bereit sind zu arbeiten, immer Arbeit finden können. Es gibt immer ein ‚Heer von Arbeitslosen‘. Der Arbeiter lebt dauernd in der Angst, seinen Job zu verlieren ... Technologischer Fortschritt führt häufig zu mehr Arbeitslosigkeit statt zu einer Milderung der Last der Arbeit für alle.“ Diesen Satz sollten sich heutige Ökonomen und Politiker, die „Auswege“ aus der wirtschaftlichen Misere suchen, hinter die Ohren schreiben. Sie leugnen die Tatsache, daß mit der fortschreitenden Technisierung und Automatisierung lebendige Arbeits-



kraft immer mehr freigesetzt wird. Unter diesen Umständen die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre heraufzusetzen, bedeutet lediglich eine drastische Verkürzung der Zeit des Rentenbezugs. Schon jetzt finden 40jährige keine Arbeit, geschweige denn 65jährige.

„Das Gewinnmotiv“, schreibt Einstein weiter, „ist ... für Instabilität in der Akkumulation und der Verwendung des Kapitals verantwortlich, und dies bedeutet zunehmende Repressionen. ...

Ich bin davon überzeugt, daß es nur einen Weg gibt, dieses Übel loszuwerden, nämlich den, ein sozialistisches Wirtschaftssystem zu etablieren, begleitet von einem Bildungssystem, das sich an sozialen Zielsetzungen orientiert. In solch einer Wirtschaft gehören die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst, und ihr Gebrauch wird geplant. Eine Planwirtschaft, die die Produktion auf den Bedarf der Gemeinschaft einstellt, würde die durchzuführende Arbeit unter all denjenigen verteilen, die in der Lage sind zu arbeiten, und sie würde jedem Mann, jeder Frau und jedem Kind einen Lebensunterhalt garantieren.“

Ist dies nicht eine eindeutige Annäherung an den Marxismus, mit der er heute führende linke Politiker, die sich als Sozialisten ausgeben, beschämt? Engels hat in

seiner Arbeit „Grundsätze des Kommunismus“ bekanntlich die Feststellung getroffen, daß das Wesen des Sozialismus in der Vergesellschaftung der Produktionsmittel besteht.

Als Einstein 1949 diese Gedanken niederschrieb, ging es darum, nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Staates eine Entwicklung ins Auge zu fassen, die Frieden und soziale Gerechtigkeit zu garantieren vermochte. Die verschiedensten politischen Kräfte sprachen damals vom Sozialismus, ohne darunter die Lösung der Macht- und der Eigentumsfrage zu verstehen. Kurt Schumacher behauptete sogar, der Sozialismus sei „zur Tagesaufgabe“ geworden sei. Die CDU stellte in ihrem Ahlener Programm „sozialistische“ Prognosen und erklärte, daß „Inhalt und Ziel der sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben sein“ könnten. All dies war jedoch – wie wir heute wissen – letztlich nur Demagogie, um die Menschen hinteres Licht zu führen und die Restauration des westdeutschen Monopolkapitals zu verschleiern bzw. hinter einem Rauchvorhang abzusichern.

Nur eine Orientierung war damals die einzig vernünftige: der im Osten Deutschlands begonnene Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die den Weg zum Sozialismus öffnete. Er wurde unterdessen unter dem Feuer kapitalistisch-restaurativer Kräfte der BRD und des internationalen Kapitals eingeschlagen und endete mit einer Niederlage. Doch eines Tages wird diese Alternative in anderer Form, durch eigene Erfahrungen und neue Einsichten bereichert, wieder in das gesellschaftliche Leben Eingang finden müssen, sollen die Menschen von sozialen und politischen, physischen und psychischen Belastungen befreit werden. Auch Albert Einstein unter ihren Befürwortern zu wissen, ist durchaus ermutigend.

Dr. Rudolf Dix

Ein großer Kämpfer für unsere Sache,

Genosse
Werner Glaser

Mitglied des Fördervereins, ist am 27. März 2006 im Alter von 93 Jahren in Berlin gestorben.

Wir trauern um diesen beispielhaften Verteidiger der DDR und unserer Ideale.

Die wundersame Vermehrung des Wertes von Milliarden Quadratmetern

In den vergangenen Monaten gab es viele Bemerkungen von Politikern und in den Medien zum Thema „15 Jahre deutsche Einheit“ oder besser gesagt zum Anschluß der DDR an die BRD. Da war wieder von der „maroden DDR“ und den „enormen Transferleistungen von West nach Ost“ die Rede. Vielfach wurden diese sogar als der eigentliche Grund für die gegenwärtige ökonomische, soziale und politische Krise der Bundesrepublik und die „Grausamkeiten“, die angeblich notwendig wären, genannt. Gegen solche „Argumente“ ist schon manches gesagt worden. Es muß hier nicht wiederholt werden. Mir geht es um einen im RF bisher kaum behandelten Aspekt: die Folgen des „Umbruchs“ beim Grundstückseigentum in Ostdeutschland. Aktueller Anlaß zum Nachdenken darüber war die Mitteilung, ab 1. 1. 2007 erfolge auf der Grundlage des Schuldrechtsanpassungsgesetzes von 1994 und akut werdender Regelungen die faktische Enteignung von ca. 500 000 Garagenbesitzern. Ich bin einer davon. Möglicherweise kann die Garage zwar weiter genutzt werden, aber nichts ist sicher. Die Lage ähnelt der jener Bürger, die durch Rückgabe statt Entschädigung betroffen waren oder sind. Ich meine ca. 2 Millionen Datschenbesitzer. Die Gefahr kommt von der Veränderung des Grundstückseigentums. Mir fiel ein Fall aus dem Jahre 1993 ein: Jemand, der 1988 wegen Ausreiseverlangens einem Arbeitskollegen bei Übernahme der Hypothek von 5000 Mark der DDR sein Haus mit Grundstück als Eigentum überlassen hatte, forderte dieses nun vor dem Verwaltungsgericht zurück. Er scheiterte damals; „unredlicher Erwerb“ war nicht nachzuweisen. Wie die Sache weitergegangen ist, weiß ich nicht. Das eigentlich Bedeutungsvolle für mich war: Die Immobilie – 2000 qm mit verfallenem Haus, Baujahr 1836, aber am Marktplatz einer großen Kreisstadt gelegen – wurde von einem Gutachter, der den „Streitwert“ zu bestimmen hatte, zum Zeitwert taxiert. Dieser lag jetzt bei 570 000 DM!! Im Jahr 1988 hatte der Bodenpreis für 1 qm nicht mehr als 2,50 Mark der DDR betragen. Nun belief er sich auf sage und schreibe 285 DM. Welch eine wundersame Vermehrung des Wertes auf das 114fache oder 11400%! Dabei sind die Währungsunterschiede oder der Zustand des Gebäudes

nicht berücksichtigt. Es ging einzig und allein um das „Verwertungspotential“ des Grundstücks. Ich habe mir seinerzeit Kataloge renommierter Banken für Chemnitz angesehen, in denen Preise bis zu 500 DM je qm ausgewiesen wurden. Noch 1990 hatten Grundstückspreise dort so um 1 DM je qm gelegen, denn der Boden wurde als das behandelt, was er eigentlich ist: natürliche Bedingung menschlicher Existenz. Sicher muß seine Nutzung geregelt werden, und da gab es damals auch noch eine Reihe ungelöster Fragen. Wohl gemerkt: Diese „Rekapitalisierung“ galt und gilt sowohl für einheimische Grundbesitzer als auch für potente „Steuersparer“ aus der alten Bundesrepublik. Als Investoren für Wohn- und Bürogebäude forderten sie anfangs Mieten von 15 bis zu 25 und 30 DM pro Quadratmeter! Es gab und gibt deshalb viele Spekulationsverlierer, Anleger in Immobilienfonds, die wegen Nichtvermietung platzten, oder leider auch Eigenheimerbauer, die sich jetzt zu Zwangsversteigerungen bei den Amtsgerichten wiederfinden. Grundsätzlich aber hat der kapitalistische Staat für Grundstücke schrittweise immer bessere Verwertungsbedingungen geschaffen. Das begann mit der sogenannten Altschuldenregelung für öffentliche, kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen, deren Kredite aus staatlichen Fonds nicht mehr nach DDR-Recht, sondern als „echte“ Kredite, als Schulden, Banken zugeordnet wurden. Dies führte bei starkem Neubaubestand zu großen Belastungen der Unternehmen und war bzw. ist ein „Druckmittel“ für die Privatisierung von Wohnungsbeständen oder den Abriß von Gebäuden. Nach wie vor vegetieren viele dieser Unternehmen durch Forderungen aus Altschulden am Rande der Liquidität oder sind schon pleite gegangen. Und dies, obwohl durch drei große staatlich verordnete Mieterhöhungen und die Einführung des Vergleichsmietensystems die Mieter um das 6- bis 10fache höher belastet werden als 1990. Eine Wohnung von 55 qm, die damals 80 DM kostete, ist heute bei relativ gleichem Zustand für 250 bis 300 Euro = 500 bis 600 DM zu haben. Viele Vermieter haben mit Rekonstruktions- und Modernisierungsmaßnahmen meist über Kredit die Wohnqualität we-

sentlich verbessert, was natürlich auch die Miet- und Wohnkosten beträchtlich erhöht. Gleichzeitig gab es einen Investitionsschub bei Neubauten, trotz zunehmenden Leerstandes, der aus der Abwanderung vieler Bürger resultiert.

All das zeigt: Die Ergebnisse der „Wertexplosion“ auf dem Grundstücksmarkt landen letztlich über Kreditgeschäfte bei den Banken, die sozusagen als Monopole den Grundstückssektor beherrschen.

Aus diesen Zusammenhängen sind allgemein sichtbare Widersprüche entstanden, die sich ständig verschärfen. Einerseits wurden in den letzten 15 Jahren in Chemnitz bei ungefähr um 20 Prozent gesunkener Bevölkerungsziffer fast 20000 Wohnungen in der Stadt und dem Umland neu gebaut; gleichzeitig ist der Leerstand auf 40000 Wohnungen gestiegen. Entsprechend kapitalistischer Logik werden durch „Rückbau“ (Abriß) jährlich Tausende, meist funktionsfähige Wohnungen „vom Markt genommen“. Ein Ergebnis kann nur das weitere Ansteigen der Mieten sein. Schon jetzt ist trotz des Leerstandes festzustellen: Viele Mietpreise für modernisierte Wohnungen liegen im oberen Bereich oder sogar über dem oberen Limit des geltenden Mietspiegels. Wenn nun über die Privatisierung von kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen ausgesprochen profitorientierte sogenannte Hedge-Fonds ins Spiel kommen, werden die Verwerfungen auf dem Grundstücks- und Wohnungssektor noch potenziert. Auch die übrigen Wohnkosten steigen; denn die Lieferanten von Energie, Wasser, Wärme usw. setzen ebenfalls auf Monopolpreise, und auch die kommunale Grundsteuer und andere Gebühren steigen. Wohnen wird also richtig teuer.

Was wird da mit den fast oder schon Obdachlosen? Und immer mehr, besonders ältere Bürger, werden mit „Zwangsumzug“ konfrontiert, der selbst bei Beachtung gewisser Regeln einen tiefen Einschnitt in das Leben darstellt.

Dabei hieß es im Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 26. 5. 1993: „Die Wohnung ist für jedermann Mittelpunkt seiner privaten Existenz. Der einzelne ist auf ihren Gebrauch zur Befriedigung elementarer Lebensbedürfnisse sowie zur Freiheitssicherung und Entfaltung seiner Persönlichkeit angewiesen.“

Aber, um auf das eigentliche Problem zurückzukommen: Offensichtlich ist die wundersame Vermehrung des Wertes von Milliarden Quadratmetern eine der vielen Quellen für die „Reichtumsexplosion“ bei den „altdeutschen“ global players und Großbanken samt ihrem Anhang von Nutznießern aller Art. Die Statistiken der letzten 15 Jahre bestätigen das.

Werner Dietzsch

Die **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** lädt für den **6. Mai, 10.00 Uhr**, in das Chemnitzer Rathaus, Lohstraße 2 (Getreidemarkt), zu einer Veranstaltung mit **Prof. Dr. Ekkehard Lieberam** ein.

Er spricht über das Thema: **Zur Programmatik und Strategie der Linkspartei**

Als Friedrich Engels am Grabe von Marx dessen Werk würdigte, wies er darauf hin, daß dieser das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte entdeckt habe, nämlich die „einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel ... die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen ... entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen – nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt.“ (MEW 19/335 f.)

Engels verweist auf zwei eng miteinander verbundene Sachverhalte, die aus heutiger Sicht von einigem Interesse sind: a) Wie funktioniert das allgemeine Entwicklungsgesetz unter den jeweiligen Bedingungen und b) wie kommt die merkwürdige Umkehrung zustande, von der hier ebenfalls die Rede ist?

Was das allgemeine Entwicklungsgesetz betrifft, also den notwendigen Zusammenhang von Produktion (als Mittel) und Bedürfnisbefriedigung (als Zweck), so wirkt es in allen Gesellschaftsformationen, nimmt aber in jeder von ihnen eine besondere konkrete Gestalt an. Unter kapitalistischen Bedingungen kann der unmittelbare Zweck der Produktion nur die Befriedigung der Verwertungsbedürfnisse des Kapitals, also die Produktion von Profit, sein. In einer sozialistischen Gesellschaft muß das Gesetz selbstverständlich einen völlig anderen Inhalt annehmen. Nach Marx besteht der Unterschied darin, ob den Produzenten „die vorhandenen Produktionsmittel als Kapital gegenüberstehen, und daher nur soweit von ihnen angewandt werden können als nötig, um den surplus value and the surplus produce for their employers (den Mehrwert und das Mehrprodukt für ihre Unternehmer – d. R.) zu vermehren, ob diese Produktionsmittel sie beschäftigen, oder ob sie, als Subjekte, die Produktionsmittel – im Akkusativ – anwenden, um Reichtum für sich selbst zu erzeugen. Natürlich ist dabei vorausgesetzt, daß die kapitalistische Produktion bereits die Produktivkräfte der Arbeit überhaupt zu der nötigen Höhe entwickelt hat, worauf diese Revolution eintreten kann.“ (MEW 26.2/583) Der Unterschied besteht nicht nur darin, daß der Zweck der Produktion ein grundlegend anderer ist, auch der Charakter des Produktionsprozesses selbst ändert sich insofern ebenfalls, als sich das Verhältnis des Produzenten zu den Produktionsmitteln wandelt. Was letzteres betrifft, so geht es hier um die Beziehungen zwischen den objektiven und den subjektiven Produktionsbedingungen, die begrifflich klar voneinander unterschieden werden müssen.

Unter den objektiven Produktionsbedingungen werden die gegenständlichen Produktionsmittel verstanden, während die lebendigen Arbeitsvermögen als die subjektiven Produktionsbedingungen gelten. In jedem Produktionsprozeß erfolgt eine Vergegenständlichung des Subjekts,

Schau nach bei Marx!

Das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte

des Produzenten, wie die vorgefundenen Naturgegenstände durch ihn zweckmäßig verändert werden. Seine Kenntnisse, Erfahrungen, Fertigkeiten und seine Geschicklichkeit werden im Prozeß der produktiven Tätigkeit in den Arbeitsgegenständen objektiviert und gleichzeitig erweitert.

Die Beziehungen zwischen subjektiven und objektiven Produktionsbedingungen nehmen unter den verschiedenen, historisch aufeinander folgenden Produktionsweisen notwendigerweise unterschiedliche konkrete Gestalt an. So wurden der Sklave (bezeichnenderweise „Instrumentum vocale“/sprechendes Werk-

Wenn das lebendige Arbeitsvermögen, die subjektive Produktionsbedingung, den Charakter von Kapital annimmt, dann gehen damit seine Fähigkeiten ebenfalls auf das Kapital über. Dessen personifizierte Gestalt aber ist der Kapitalist, der selbstverständlich nicht nur als einzelne Person, sondern meistens als Kapitalgesellschaft auftritt. Er erscheint jetzt als das Subjekt des Produktionsprozesses, während das eigentliche Subjekt, der arbeitende Mensch, zum Objekt dieses Prozesses wird. So wendet das Kapital den Arbeiter und nicht der Arbeiter das Kapital an. Das Verhältnis von Subjekt und Objekt wird damit umgekehrt.

Allen Leserinnen und Lesern revolutionäre Grüße zum Kampf- und Feiertag der internationalen Arbeiterklasse

zeug genannt) und in gewisser Hinsicht auch der leibeigene Bauer als bloßes Produktionsinstrument betrachtet und damit unter die objektiven Produktionsbedingungen gezählt. Anders verhält es sich mit den Lohnarbeitern in einer kapitalistischen Gesellschaft. Ihr ganzer „Reichtum“ besteht in ihrem Arbeitsvermögen. Die objektiven Produktionsbedingungen, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände stehen ihnen als Kapital gegenüber. Damit überhaupt produziert werden kann, müssen objektive und subjektive Produktionsbedingungen in tätige Beziehung zueinander gebracht werden. Die hierfür notwendige Institution ist der Arbeitsmarkt, auf dem der Kauf bzw. Verkauf der Arbeitskraft erfolgt. Soweit der Arbeiter, Angestellte, Ingenieur oder was auch immer, hier auf Bedarf nach seiner Arbeitskraft stößt, was bekanntlich heute immer seltener der Fall ist, findet er einen Arbeitsplatz. Mit dem Verkauf der Arbeitskraft wechselt sie den Besitzer, der sie nunmehr seinen Zwecken entsprechend anwendet. In den kapitalistischen Produktionsprozeß einbezogen, nimmt die Arbeitskraft selbst den Charakter von Kapital an und wird als solches verwertet. Der häufig gebrauchte zynische Begriff „Humankapital“ spiegelt diesen Sachverhalt ziemlich treffend wider.

Während im Arbeitsprozeß für sich genommen der Arbeiter die Produktionsmittel verwendet, verwenden die Produktionsmittel im kapitalistischen Produktionsprozeß den Arbeiter. Dieser Sachverhalt hat nun weitreichende Konsequenzen.

Diese Verkehrung des Subjekt-Objekt-Verhältnisses findet einen entsprechenden Ausdruck im Charakter des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses. Es liegt auf der Hand, daß ohne die tägliche Arbeit von Millionen Menschen jegliches gesellschaftliches Leben zum Erliegen kommen müßte. Sie halten den Entwicklungsprozeß in Bewegung. Sie sind dessen eigentliches Subjekt. Gleichzeitig müssen sie jedoch die Erfahrung machen, daß sich dieser von ihnen bewirkte Prozeß gegen sie wenden kann. Der Verlust des Arbeitsplatzes und allgemeine soziale Unsicherheit mit all den üblen Begleiterscheinungen sind ja keine bloßen Zufälligkeiten. Der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß ist ihr Werk, und dennoch verselbständigt er sich ihnen gegenüber und wirkt wie eine fremde Macht, der sie unterworfen sind, auf sie. Ihre Situation gleicht der des Goetheschen Zaubrerlehrlings, der die Geister, die er rief, nicht beherrschen konnte.

Gewiß wird das alles nicht mehr widerstandslos hingenommen. Demonstrationen und Streiks, die sich gegen die Verlagerung von Produktionskapazitäten in sogenannte Billiglohnländer oder gegen die erpresserische Forderung auf Lohnverzicht als Voraussetzung für die Erhaltung des Arbeitsplatzes richten, sind ein Ausdruck dafür. Die Frage ist, wie die Erfahrungen aus diesen Auseinandersetzungen zur Grundlage für tiefere Einsichten in die gesellschaftlichen Zusammenhänge gemacht werden können, um die verkehrte Welt ins Gleichgewicht zu bringen. **Prof. Dr. Helmut Klotsch**
Unser Autor lehrte an der Parteihochschule beim ZK der SED.

Post von Oberst Biedermann

Unter dem Datum des 15. März ist bei der Redaktion ein Schreiben eingegangen, das wir unseren Lesern im Wortlaut bekanntgeben.

Als ehemaliger Berufssoldat der NVA und nunmehr bereits langjähriges Mitglied des Deutschen Bundeswehr-Verbandes drängt es mich, zur Erwidern auf den Artikel von Generalleutnant a.D. Leonhardt im Märzheft, diesen Leserbrief zu schreiben.

Zunächst zur Klarstellung: Der DBwV ist, ähnlich einer Gewerkschaft, der Interessenvertreter der aktiven und ehemaligen Soldaten, darunter auch der ehemaligen NVA-Angehörigen. Insofern ist er selbstverständlich eine „rechtsstaatliche, demokratisch geprägte Organisation“.

Nachstehend einige Fakten, die den Ausführungen von Herrn Leonhardt entgegenzustellen sind.

Fakt ist, daß Oberst Gertz gewählter Vorsitzender des DBwV ist und nicht wegen seiner Haltung oder Verdienste sein Amt ausüben darf.

Fakt ist, daß Oberst Gertz nicht militärischer Vorgesetzter der Mitglieder des Verbandes ist, dem sie Gefolgschaft zu leisten hätten. Insofern kann sie ihm auch nicht verweigert werden.

Fakt ist, daß der DBwV vielen ehemaligen NVA-Soldaten finanzielle Unterstützung für Anwalts- und Gerichtskosten geleistet hat, ohne die sie ihr Recht nicht hätten durchsetzen können. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum Herr Leonhardt, nachdem er das ausdrücklich anerkannt hat, die ehemaligen Angehörigen der NVA und der Grenztruppen der DDR dazu auffordert, zu prüfen, wie lange sie die Zugehörigkeit zum BundeswehrVer-

band noch mit ihrem Gewissen vereinbaren können.

Es stellt sich die Frage: Wer, wenn nicht der Deutsche Bundeswehr-Verband, kann angesichts der politischen und militärischen Lage die Interessen der aktiven und ehemaligen Soldaten wirksam vertreten?

In seiner Rede in Dahlewitz am 16. 2. 06 hat Oberst Gertz unmißverständlich klargestellt, daß er sich weiter für die Überwindung noch bestehender Ungerechtigkeiten im Renten- und Besoldungsrecht sowie für die vollständige Anerkennung der Rechte der ehemaligen Soldaten der NVA einsetzen wird.

Warum sollen wir diesem Mann unser Vertrauen entziehen bzw. ihm „die Gefolgschaft verweigern“?

Oberst a. D. Bernd Biedermann

Schreiben der RF-Redaktion

Sehr geehrter Herr Oberst!

Ihr Leserbrief hat bei uns lebhaftes Verwunderung hervorgerufen. Angesichts der von Ihnen offenbarten politischen Farbenblindheit nahmen wir zunächst an, der Absender sei ein Oberst der Bundeswehr. Daß einem früheren hohen Stabsoffizier der NVA das einfachste politische Unterscheidungsvermögen zwischen rechts und links, also der elementare Klassenstandpunkt, der schon auf jeder Unteroffiziersschule der DDR-Streitkräfte gründlich vermittelt wurde, derart abhanden gekommen ist, hat uns erschüttert.

Ihre Wortwahl muß befremden. Sie vergleichen den DBwV – den Traditions- und Interessenverband der Armee des deutschen Imperialismus – nicht nur mit einer gewerkschaftlichen Klassenorganisation von Arbeitern, sondern bezeichnen ihn zugleich auch noch als den „einzigen Interessenvertreter deutscher Soldaten“. Sie tun das, obwohl Sie selbst jahrzehntlang mit der Tatsache konfrontiert waren, daß es zur Zeit von DDR und BRD zwar zwei

konträre, sich wie Feuer und Wasser unterscheidende deutsche Armeen, aber keine indifferenten „deutschen Soldaten“ gegeben hat. In Ihren Augen ist der DBwV, der sich wie sein Vorsitzender für die BRD-Aggressionsbeteiligung auf dem Balkan, in Afghanistan und am Horn von Afrika verwandte, nicht mehr als eine „rechtsstaatliche, demokratisch geprägte Organisation“. Dem Grundsatzprogramm des seit fast 50 Jahren bestehenden DBwV entnehmen wir, daß für ihn „die NATO als Garant von Sicherheit und Stabilität im europäisch-atlantischen Raum weiterhin das politisch-militärische Fundament bleibt“.

Offensichtlich gibt es in Ihren Augen sehr handfeste materielle Gründe, dem DBwV und seiner Führung auch weiterhin Gefolgschaft zu leisten. In Anbetracht der Existenz solcher die Anliegen früherer

NVA-Angehöriger wahrnehmender Verbände wie ISOR und GRH die Frage aufzuwerfen, „wer, wenn nicht der DBwV“, die Interessen der aktiven und ehemaligen Soldaten vertreten könne, ist aus unserer Sicht eine politische Geschmacklosigkeit ersten Ranges. Um richtig verstanden zu werden: Niemandem, der weniger Einblick in die Zusammenhänge als der Verbandsbeauftragte Ost für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Oberst a. D. Bernd Biedermann, hat, werfen wir seine Zugehörigkeit zum DBwV vor.

Wir benutzen die Gelegenheit, um Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt zu seiner klassenmäßigen und couragierten Haltung zu beglückwünschen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die „RotFuchs“-Redaktion

Am 13. Mai 2006, um 10.00 Uhr, spricht **Prof. Dr. Stefan Doernberg**, der als Offizier der Roten Armee an der Befreiung vom Faschismus teilnahm, in Strausberg, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, auf einer Veranstaltung der

Regionalgruppe des RF.

Thema: **Wachsende Kriegsgefahr?**

Die Veranstaltung wird vom Stadtverband der **Linkspartei.PDS**, der **DKP**-Gruppe und der **TAG** der **GRH** unterstützt.



Die NVA wurde radikal liquidiert. Unser Foto zeigt die Schulungsgruppe des Leiters des Bekleidungsdienstes der NVA im Herbst 1989. Von den 33 Bekleidungs-fachleuten wurden 32 entlassen, einer als Zivilangestellter in die Bundeswehr übernommen.
Foto: Heinz Pocher

Was spielte sich auf dem Dahlewitzer „Kolloquium“ des Bundeswehrverbandes ab?

Die Resonanz, die der 50. Jahrestag der Gründung der NVA fand, und die sich besonders in den Artikeln der Genossen Generalleutnant a. D. Karl Leonhardt, Oberst a. D. Dr. Harry Voitzech und Oberstleutnant a. D. Günter Freyer niederschlug, hat mich sehr erfreut. Auch ich erhielt als ehemaliger Offizier der NVA von Freunden und einstigen Kampfgefährten Glückwünsche.

Ohne Mitglied des Bundeswehrverbandes Ost zu sein, nahm ich am 16. Februar am „Wissenschaftlichen Kolloquium“ zum Thema „Zwei deutsche Armeen im kalten Krieg“ – 15 Jahre Ringen um die Armee der Einheit“ in einem Dahlewitzer Hotel teil. Dort erlebte ich einen DBwV-Vorsitzenden Oberst Gertz, der eine „Sonntagsrede“ hielt, in der er den „besonnenen Beitrag der NVA zur Wende 1989“ (sprich: Konterrevolution) lobte, den angeblichen Kampf um die „Einheit beider Armeen“ beschwor und versicherte, die Bundeswehr werde „den Schutz des Friedens im In- und Ausland“ weiterhin als ihr Ziel betrachten.

Auf meine kritischen Nachfragen zum völkerrechtswidrigen Einsatz der BRD-Streitkräfte in Kosovo, Afghanistan und am Horn von Afrika, die ich Herrn Gertz zuvor schriftlich übermittelt hatte, schrieb mir der Oberst, er habe als Verbandsvorsitzender nur wenig Einfluß bei der Gestaltung der Militärpolitik. Im übrigen solle ich als ehemaliges Mitglied des Verbandes doch nicht neue Gräben aufwerfen. Ich muß dazu erwähnen, daß ich aus Protest gegen die verbrecherische Bombardierung Serbiens durch Kampfflugzeuge der Bundesluftwaffe seinerzeit meine Funktion als Stellvertreter der Vorsitzender der „Kameradschaft Berlin-Hellersdorf“ niedergelegt habe. Leider folgten zu wenig ehemalige Offiziere der NVA meinem richtigen Entschluß, zumal der Bundeswehrverband den Kriegskurs der Regierung ausdrücklich billigte.

Zum Verlauf des „Dahlewitzer Kolloquiums“, an dem etwa 450 frühere Offiziere und Generäle teilnahmen – es trifft nicht zu, daß nur geladene Gäste zugegen sein durften –, kann ich sagen, daß nach dem Grundsatzreferat von Oberst Gertz mehrere Redner unmißverständlich den Standpunkt der Masse der Anwesenden zum Ausdruck brachten, die NVA habe allein dem Frieden gedient und sei nach dem Anschluß mit Prozessen, Strafrenten, Diffamierungen usw. „belohnt“ worden.

Generalleutnant a. D. Manfred Grätz wies „das Gerede von der Armee der Einheit“ entschieden zurück. Er wandte sich gegen „den erneuten Rückgriff auf die Sprache des kalten Krieges“ im Zusammenhang mit dem 50. Gründungstag der NVA. Den abermaligen Versuch, seine Biographie auszuradieren, betrachte er als Beleidigung. Das gelte auch für die meisten der 9000 ehemaligen NVA-Angehörigen, die Mitglieder des DBwV geworden seien. Ein Oberst der Bundeswehr, der als Leiter einer „Forschungsgemeinschaft“ vorgestellt wurde, bemühte sich in seinem

negative Erfahrungen bei der „Abwicklung der NVA“ gesammelt hatten. Insofern scheiterte die Absicht der Veranstalter, die „Kameraden des DBwV Ost“ auf Linie zu bringen. Das ist jedenfalls mein Eindruck.

In diesem Sinne war das „Kolloquium“ durchaus von Wert, weil es Gelegenheit bot, dem Herrn Vorsitzenden des DBwV und seiner Umgebung unmißverständlich die Meinung zu sagen. Die beiden gegensätzlichen und miteinander unvereinbaren Traditionslinien von NVA und Bundeswehr wurden klar herausgearbeitet. Die Forderung nach rückhaltloser Anerkennung der Friedensmission und der Leistungen der Armee des sozialistischen deutschen Staates bleibt bestehen.

Ich selbst fand mich in meinem Entschluß bestätigt, dem auch viele meiner ehemaligen Waffengeführten zustimmten, die bereits persönliche Konsequenzen gezogen haben oder sich mit dem Gedanken tragen: Der Militärpolitik der Bundesregierung und deren unfähigen Verteidigungsministern aus SPD wie CDU versagen wir die Gefolgschaft. Gegen ihre Ziele und Machenschaften werden wir den Kampf auch 16 Jahre nach der Annexion der DDR durch die BRD fortsetzen.

Übrigens habe ich als ehemaliger Oberstleutnant der Raketentruppen der NVA in Nordrhein-Westfalen, wo ich jetzt ansässig bin, ein weites Feld der Betätigung, da der Aufklärungsbedarf außerordentlich groß ist. Auch bei Offizieren der Bundeswehr.

Hans-Joachim Hartlieb

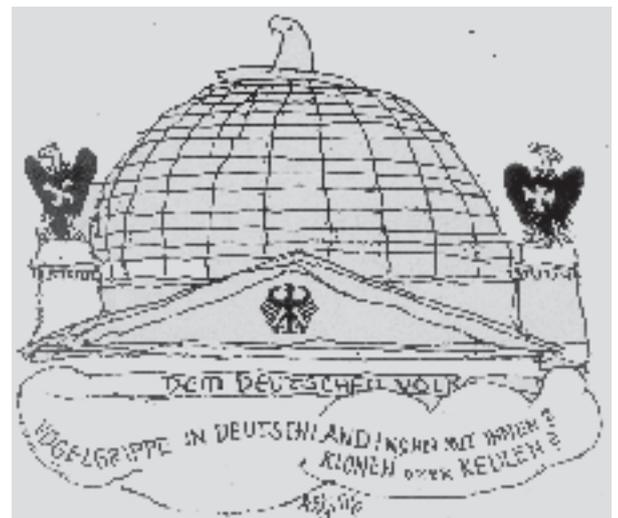


„Er ist ein geschickter Militär und Geschäftsmann. Während seiner Dienstzeit im Mittleren Osten hat er es zum Millionär gebracht!“ „In Dollar oder in Leichen?“

Aus: „Proletären“, Göteborg

Diskussionsbeitrag, die NVA als „hörige Partei-Armee der SED“ und „Instrument der SED-Diktatur“ abzuqualifizieren. Er wurde energisch zurückgewiesen und widerlegt. Insgesamt nahm das „Kolloquium“ nicht den von seinen Organisatoren erwünschten Verlauf. Diese hatten sich offenbar mehr „Verständnis und Kompromißbereitschaft“ der „Offizierskameraden“ aus der NVA erhofft und fühlten sich daher „unverstanden“.

Das von Gertz abgegebene Versprechen, sich für die Belange der NVA-Offiziere und Berufssoldaten einzusetzen, stieß bei der Mehrheit der Teilnehmer auf Mißtrauen, zumal die meisten von ihnen



Grafik: Karlheinz Effenberger

Es war ein Sonntag im Mai 1979. Der Tag war so schön, wie er in Märchenbüchern beschrieben wird. Selbst das oft besungene Maienlütchen fehlte nicht. Mir aber war schon seit mehr als einer halben Stunde die Festtagsstimmung abhanden gekommen. Ungeduldig trat ich von einem Fuß auf den anderen. Verzweifelt wartete ich an der Haltestelle. In beiden Richtungen fuhren keine Bahnen, also mußte irgendwo auf der Strecke eine „Störung“ sein. Natürlich war auch kein Taxi zu sehen. So früh am Sonntagmorgen gab es kaum Betrieb auf den Straßen.

Zwar hatte ich, wie es sich gehört, ein Zeitpolster von einer Stunde eingeplant, doch das war so gut wie aufgebraucht. Die Straßenbahn hatte mich pünktlich ins Zentrum der Stadt gebracht, aber jetzt stand ich hilflos an einer Kreuzung und kam nicht weiter. Man erwartete mich als Redner zu einer Festveranstaltung der Jugendweihe. 70 Mädchen und Jungen sowie einige Hundert Erwachsene, Eltern, Großeltern, Verwandte und Bekannte der jungen Leute würden an der Feierstunde teilnehmen.

Die Jugendweihe war in der DDR für die meisten Schüler der 8. Klassen ein nahezu selbstverständliches, zugleich aber auch bedeutendes Ereignis geworden. Sie wurden in festlicher und kulturvoller Form in den „Kreis der Erwachsenen“ aufgenommen. Diese Formulierung war sicher überhöht, entsprach jedoch weitgehend dem Lebensgefühl der Jugendlichen, machte sie stolz und zeigte ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft.

Wenn die Kinder bald erwachsen werden, sind sie sehr aufgeschlossen und neugierig auf das, was da kommen soll. Ihnen ihre Verantwortung für das eigene Leben und zugleich für die Entwicklung der Gesellschaft vor Augen zu führen, ihnen

Wie mir zwei Pfarrer bei der Jugendweihe halfen

zu zeigen, wie sie sich selbst betätigen und auch bestätigen können, das hat mir selbst stets große Freude bereitet.

Daß in der DDR der Jugend die besondere Aufmerksamkeit der Gesellschaft galt – das war keine leere Deklamation. Die Jugendweihefeier selbst bildete Höhepunkt und Abschluß eines ganzen Zyklus monatlicher Veranstaltungen, die sich über das 8. Schuljahr erstreckten. Es wurden Museen und Betriebe besucht, Gesprächsrunden mit Künstlern und Arbeiterveteranen organisiert, um nur einige Themen zu nennen.

Die Jugendlichen und deren Familien freuten sich natürlich besonders auf den eigentlichen Festtag. Der Abend klang in vielen Klassen mit einem fröhlichen Beisammensein der Jugendweiheteilnehmer aus. Dort waren sie mehr oder weniger unter sich. Lustig und unbeschwert ging es in diesen Stunden zu.

Der Festredner eröffnete üblicherweise das Jugendweihjahr und nahm auch möglichst an ein oder zwei Veranstaltungen teil. Da er oft mehrere Jahre hintereinander in derselben Schule sprach, entwickelte sich auch ein bestimmtes Verhältnis zum Lehrerkollegium und den Elternvertretungen. Man fühlte sich mit „seiner“ Schule verbunden und wurde gewissermaßen mit dazugerechnet. Ich selbst habe das über Jahrzehnte hinweg erlebt.

Da die Jugendweihefeier also auch für mich etwas Besonderes war, wurde ich an diesem Maienmorgen von Minute zu

Minute unruhiger. Wenn nicht bald eine Straßenbahn oder ein Taxi auftauchten, würde ich nicht rechtzeitig zur Festveranstaltung kommen. Diese Vorstellung war mir unerträglich.

In meiner verzweifelten Lage hielt ich kurzerhand ein gerade vorbeifahrendes Auto an. Der Trabant war himmelblau, wie er damals in einem Schlagertext besungen wurde. Zwei Männer in dunklen Anzügen saßen darin. Ich bat sie, mich ein Stück in Richtung Hygiene-Museum mitzunehmen. Freundlich erklärten sie, dies liege ohnehin auf ihrem Wege. Der eine von ihnen stieg nach hinten um, so daß ich mich neben den Fahrer setzen konnte. Irgendwie fühlte ich mich verpflichtet, den beiden Herren zu erklären, warum ich mich in der Uniform eines Oberstleutnants der NVA als Anhalter betätigt hatte. Der Hinweis auf die Festrede zur Jugendweihefeier, die schon in wenigen Minuten beginnen sollte, ließ sie lächeln. Sie nickten freundlich, und der eine sagte: „Wir verstehen Ihre Sorgen sehr gut. Wenn wir zur Predigt in die Kirche müssen, geht es uns nicht anders.“

Ich war zu zwei Pfarrern ins Auto gestiegen. Alle drei schmunzelten wir nun. Jeder hatte seinen Spaß an der gewiß nicht alltäglichen Situation. Den Vergleich von Jugendweiherede und Predigt meinten beide jedenfalls ernst. Sie brachten mich mit dem Auto direkt zum Eingangportal des Hygiene-Museums und wünschten mir zum Abschied ehrlichen Herzens viel Erfolg. Dann waren sie auch schon verschwunden.

Der Direktor und die anderen Verantwortlichen waren genauso erleichtert wie ich, daß der Redner doch noch eintraf. Die Feier begann pünktlich. Jugendliche und Gäste hatten nichts von der Aufregung kurz zuvor bemerkt.

Später erzählte ich im kleinen Kreis von meiner mißlichen Lage und der Rettung durch die beiden Theologen. Jetzt konnten wir alle laut und herzlich lachen. Dabei gab es keine hämischen oder abwertenden Bemerkungen.

Heutzutage muß ich oft an diese Episode denken, wenn über das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR die unwahrscheinlichsten Lügen verbreitet werden. Tatsächlich bestanden zwischen Vertretern beider Institutionen oftmals ganz normale Beziehungen. Sicher gab es Sektierer auf unserer Seite. Und es gab Eiferer im Talar, Personen, die sich nach 1990 bei den neuen Machthabern anbiedern wollten und behaupteten, es sei zwischen Staats- und Parteifunktionären auf der einen und Kirchenleuten auf der anderen Seite ständig ein erbitterter Kampf im Gange gewesen. Solche Aussagen stimmen mit der Wahrheit nicht überein.



Wir waren nicht reich genug,
die Kassen waren voll,
aber die Kosten für Sie leider zu doll.

Darum musstest du gehen,
aufgegeben hat man dich,
schämen müssten die sich.

Wir danken allen denen, die an dich
geglaubt haben und dich in deiner letzten
Stunde zu Grabe getragen haben.
Einen herzlichen Dank an den Redner
Herrn König und das Bestattungshaus
Trendel.

Im Namen aller Angehörigen
Christel Schumann

Schwerin, Januar 2006

Tobias Brockmann
geb. 25. 7. 1984
gest. 15. 1. 2006

Den Rittern folgten die Priester; dem Schwert das Kreuz. So wurden aus den heidnischen Germanen und Slawen fromme christliche Untertanen. Nun ließ sich das Volk regieren, ausbeuten, drangsaliieren. Gewiß, das ist Geschichte. Aber was geschieht gegenwärtig in Sachsen, nach dessen Vereinnahmung durch das große Deutschland? Es gibt einen Niedergang, der bis zur Verödung ganzer Regionen führt, eine Perspektivlosigkeit vor allem für junge Menschen, Landflucht und viele Probleme, die sich unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt nicht lösen lassen. Was unternehmen die Machthaber? Sie beginnen damit, das Land zu christianisieren. Das geschieht besonders im Schulwesen. Laut „Freie Presse“ (31. 1. 2006) gibt es im Freistaat Sachsen etwa 300 Privatschulen. Die Tendenz ist steigend. 58 500 Schülerinnen und Schüler besuchen sie. Das sind schon 11 % der Gesamtschülerzahl. Diese Bildungseinrichtungen werden „in freier Trägerschaft“ organisiert, stehen also im Gegensatz zu den staatlichen Schulen. Sie heißen „Evangelische Grundschule“, „Christliche Montessori-Schule“, „Evangelisches Schulzentrum“, „Waldorfschule“, „Freie integrative Mittelschule“ oder ähnlich. Meist ist die kirchliche Bindung schon am Namen erkennlich. Religionsgemeinschaften und Vereine unterstützen und kontrollieren sie. Die Vielfalt ihrer „Profile“ ist verblüffend, doch nach welchen Lehrplänen dort unterrichtet wird, erfährt man nicht. Privatschulen sind nach Artikel 102 der sächsischen Verfassung erlaubt, „wenn eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird“.

Moderne Christianisierung in Sachsens Schulen

Genau dies ist der Fall! Aus der „Freien Presse“ (17. 9. 2005) erfuhr man, daß das monatliche Schulgeld pro Kind im Chemnitz-Raum von 48 bis maximal 152 Euro beträgt. Was in der Verfassung vorsichtig „Sonderung“ genannt wird, ist tatsächlich die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich schon im Kindesalter. Nur Schülern aus wohlhabenden Elternhäusern wird der Weg zum Abitur, zum Studium und zu einem Platz auf der Sonnenseite der Gesellschaft geebnet. Sie sind die künftige Elite des Landes. Kinder einfacher Leute sind davon ausgeschlossen. Diese frühe Selektion ist nicht nur ein Unrecht und verstößt gegen die Chancengleichheit, sie verhindert auch die Entfaltung vieler Talente, sie mindert das Vorankommen von Wissenschaft und Technik.

Der Gründung einer Privatschule geht meist die Schließung einer staatlichen Schule voraus, oder es bestehen Zweifel an deren weiterer Existenz. Die „Eltern hängen in der Luft“, sagt Kultusminister Flath in einem solchen Falle („Wochenpiegel“ vom 4. 2. 2005). Natürlich werden zu wenig Kinder geboren, und viele junge Familien verlassen das für sie perspektivlose Land. Die vielen Privatschulen verschärfen die Situation, denn sie führen zur Schrumpfung der Schülerzahlen in staatlichen Einrichtungen. Wenn allgemein gilt, daß privat besser als staatlich ist, dann kommt der Augenblick, einen „Evangelischen Schulverein“ zu gründen, der den Schulstandort dieser Gemeinde „rettet“. Aus der bisher staatlichen Schule wird eine „in freier Trägerschaft“. Zwar versichert man, es würden auch Kinder aufgenommen, die aus nichtchristlichen Familien kämen; aber das ändert nichts am Ziel einer religiös ausgerichteten Erziehung.

Das Schulsystem Sachsens, dem Land gleich nach der sogenannten Wende übergestülpt, ist in seiner Dreigliedrigkeit hoffnungslos veraltet. Nach nur

vierjähriger Grundschulzeit erfolgt die Selektierung in Gymnasium oder Mittelschule. Die Mittelschule ist wiederum in den Hauptschul- und den Realschulteil gegliedert. Folglich werden pro Jahrgang zwei Klassen benötigt, deren Stärke laut Schulgesetz mindestens 20 Kinder betragen soll. Wird die Zahl 40 nicht erreicht, droht der Schule die Schließung. Die Landesregierung entzieht ihr die „Mitwirkungspflicht“. Sie bezahlt also keine Lehrer mehr. Die Schule wird geschlossen oder privatisiert. Bei Privatschulen spielt die Schülerzahl keine Rolle.

Die Folgen sind bekannt: Das sind zum einen die für die Eltern teuren und für die Kinder belastenden Busfahrten, zum anderen aber ist es der gesellschaftliche Druck, der auf allen Beteiligten ruht, auf den Kindern, den Eltern und den Lehrern. Wer geht wohin zur Schule? Was können wir uns finanziell leisten? Und wie steht es mit unserem Glauben? Soll unser Kind beten lernen, obwohl es gemäß unserer Erziehung gar nicht beten will? So werden doch Heuchler erzogen!

Ich vermute eine konzertierte Aktion von Ministerium, Kirchen, Eltern und Lehrervereinigungen konservativer Prägung. Man propagiert den Wertehalt christlich-europäischer Kultur und spricht von „bildungsfernen Schichten“. Nicht die soziale Herkunft sei entscheidend für die Bildung, sondern die „Lernwilligkeit“ der Kinder.

Der chaotische Zustand des Schulsystems soll durch eine „Reform“ genannte Festigung des dreigliedrigen Schulsystems mit seiner Klassenbezogenheit beendet werden. Wir aber wollen eine einheitliche Schule, die alle Kinder mindestens bis zur achten Klasse gemeinsam besuchen. Es versteht sich, daß kein Schulgeld erhoben werden und kein Religionszwang bestehen darf. Ziel ist ein Volksentscheid in Sachsen, der über ein Volksbegehren stattfinden kann. Ich werde viele Unterschriften sammeln.

Joachim Weise

Heine in Deutschland

Der Harry Heine war nie beliebt bei Pfaffen und Nationalisten, aus Deutschland vertrieben mußte er in der Fremde sein Leben fristen.

Eine scharfe Zunge schätzt Deutschland nicht, das merkt man auch noch heute, die meisten Medien schweigen sich aus. Sie bevorzugen staatstreue Leute.

Die Heine-Lyrik können sie nicht ganz und gar verschweigen, jedoch politische Kritik darf man dem Volk nicht zeigen.

„Pfui, ein Rebell, wir wollen nicht einen nestbeschmutzenden Dichter!“ So reden sie leise und halten es mit Nazifaschisten-Gelichter.

„Hat er nicht sogar korrespondiert mit Marx, dem Kommunisten? Solches Gesindel braucht man hier nicht. Das kommt auf die schwarzen Listen.“

150 Jahre ist er nun tot, aber er lebt in den Herzen. Denk ich an Heine, denke ich an Deutschland nur mit Schmerzen.

Eva Ruppert

Heinrich Heine wurde in der Familie und von Freunden Harry genannt.

„Wir haben gerade fünf Milliarden Dollar an ausländischen Börsen verschleudert. Wir wollen nicht noch mehr verschwenden.“

Aus: „The Guardian“, Sydney



Günther Jauchs „Bildungsfernsehen für Millionen“

Nicht nur bei Leuten, die von Millionengewinnen träumen, ist die RTL-Sendung „Wer wird Millionär?“ beliebt. Ich gestehe, daß ich sie ebenfalls unterhaltsam und manchmal im Detail lehrreich finde. Verständlich ist auch, daß Jauch als ihr Moderator aufgrund von Witz, Charme und Geschick Popularität genießt. Daß er Bildungslücken hat, kann man ihm nicht vorwerfen, zumal er sie oft freimütig gesteht. Kritikwürdig finde ich allerdings, daß er, der ja wohl russische Adoptivkinder hat, deren Sprache offenbar in keiner Weise beherrscht und um ihr Erlernen kaum bemüht scheint. Doch weit schlimmer ist, wenn Jauch Ignoranz – seine und die der Redaktion – in dumpfe antikommunistische Propaganda ummünzt. Vor knapp drei Jahren gehörte er ja immerhin jenem Gremium an, das damals den 50. Jahrestag des 17. Juni auf üble Weise zu „begehen“ wußte.

In einer Sendung Ende Februar 2006 wurde Günther Jauch gefragt, was der Wortherkunft nach „befohlen“ werde. Zur Auswahl standen Klausur, Diktat, Test (und wohl Examen). Die Kandidatin, eine Studentin aus Leipzig, druckste herum, weil sie offenbar die Frage nicht begriffen hatte: „Wortherkunft“ war in der Frage ein entscheidender Begriff. Statt daß nun aber Herr Jauch, wie er das hin und wieder zu tun pflegt, die hilflose Kandidatin darauf hingelenkt hätte, die Frage richtig zu verstehen, spielte er darauf an, daß sie doch offenbar eine gebürtige DDR-Bürgerin sei. Und er wollte wissen, „in was für einem Staat sie denn da gelebt“ habe. Woraufhin die junge Frau ihre Begriffsstutzigkeit lockerte und fragte, ob er „Diktatur“ meine. Jauch: „Das hieß doch aber ‚Deutsche Demokratische Republik‘“ Die Leipzigerin, die als „Quoten-Ossi“ diene, erriet nun, was erwartet wurde, und sagte: „Na ja, ‚demokratisch‘ hieß sie wahrscheinlich nur zum Schein.“ Jauch sinngemäß: Mit dieser Antwort sei er sehr zufrieden. Das Mädchen tippte jetzt auf „B: Diktat“ und kam eine Runde weiter.

Jauch, der gern ein wenig mit seiner klassischen Bildung (also Latein- und Griechischkenntnissen) kokettiert (in derselben Sendung allerdings behauptete, in „Antipyretikum“ sei pyr griechisch und anti lateinisch, obwohl auch dies griechischen Ursprungs ist), bemerkte freilich nicht, daß schon die Frage – die er nach allem, was man weiß, nicht zu verantworten hatte und vorher nicht kannte – von einer falschen Voraussetzung ausging: Das Wort Diktat hat seiner Herkunft nach nur entfernt mit „befehlen“ zu tun, wie einschlägige Wörterbücher zeigen. Handelt es sich doch um die eingedeutschte Form des Partizips dictatum vom Verb dictare, das seinerseits vom Verb dicere „sagen“ abgeleitet ist und laut Langenscheidts Taschenwörterbuch folgendes bedeutet: „oft nennen; vorsagen, diktieren [epistulam]; anfertigen, verfassen; [spät- oder mittellateinisch:] bestimmen; verleihen; ersinnen, erdichten“. Im selben Wörterbuch findet sich als potentielle Rechtfertigung für die Fragenredaktion der Sendung allenfalls der bei dem Sub-

stantiv dictum an letzter Stelle (nach „Aussage, Äußerung, Wort“) angeführte „Befehl“.

Gebildete wissen, daß Diktat im heutigen Deutschen zwei Bedeutungen hat: 1. a) Ansage (zum Nachschreiben), b) Nach-, Niederschrift; 2. Gebot, aufgezwungene harte Verpflichtung. Für die zweite Bedeutung steht zum Beispiel das berühmte Münchner Diktat, das auf Betreiben der deutschen Faschisten per Abkommen Hitlerdeutschlands mit Großbritannien, Frankreich und Italien die Tschechoslowakei zwang, sich mit der Abtrennung der sogenannten sudetendeutschen Gebiete und ihrer Angliederung an das Deutsche Reich abzufinden.

Jauch hat auf der Grundlage der falschen Quizfrage auf recht plumpe Weise die zentralen Thesen der gegenwärtigen bürgerlichen Propaganda bedient, daß der grundsätzliche Gegensatz von gut und schlecht in Gesellschaftsordnungen und politischen Systemen der jüngeren Geschichte und Gegenwart mit der Gegenüberstellung von „Demokratie“ und „Diktatur“ identisch und daß die DDR eine Diktatur und folglich undemokratisch und böse gewesen sei.

Die DDR war laut Verfassung die „politische Organisation der Werktätigen, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen“. Das heißt durchaus, daß eine Partei „das Sagen“ (dictum) hatte, aber „führte“ sie nur mit „Befehlen“? Und was waren die Ziele dieses Führens? „Diktatur des Proletariats“ nicht als Gegensatz zu Demokratie, sondern im Gegenteil vom Anspruch her die eigentliche Demokratie – das ist eine Betrachtungsweise, die Günther Jauch vermutlich nicht einmal im Schlaf begegnet ist. Es dürfte ihm auch nicht bewußt sein, daß der Privatsender, für den er arbeitet, mit seiner auch sonst verschiedentlich an den Tag gelegten „Parteilichkeit“ der Stützung einer Diktatur dient. Das große Kapital hat „das Sagen“ – das ist unsere gegenwärtige gesellschaftliche Wirklichkeit. Aber auch diese Diktatur wäre mit dem Begriff „befehlen“ nicht ganz treffend beschrieben. Die Medien der Bourgeoisie tun als interessierte Akteure dieses Herrschaftssystems alles, um die genannte Diktatur zu verewigen, und der charmante Herr Jauch gibt in deren Diensten sein Bestes.

Prof. Dr. Bernd Koenitz

Herzliche Glückwünsche den Jubilaren unter unseren Mitgliedern

Wir gratulieren

Heinz Schwarz, Halle, zu seinem **85.** Geburtstag am **7. Mai**.

Liebe Grüße gehen an

Christa Heyer (**30. Mai**) und

Siegfried Rataizik (**29. Mai**), beide aus Berlin, die **75** werden.

Die Reihen der **70jährigen** gewinnen drei neue Mitstreiter:

Alfred Kutschke (**8. Mai**) aus Berlin,

Axel Kohlsmann (**11. Mai**) aus Barth und

Ernst Piel (**28. Mai**) aus Königs Wusterhausen.

Besonders herzliche Grüße gehen auch an unseren Autor und thüringischen Regionalgruppenleiter

Peter Franz (**10. Mai**) aus Weimar-Taubach und an

Dietmar Huth (**5. Mai**) aus Wiegendorf,

die als **65jährige** ins gesetztere Alter eintreten.



Wie die CDU ihre „Kader“ schützt

Das Parteimitglied hat die Pflicht, c) ... Wachsamkeit zu üben und allen Bestrebungen, die sich gegen die Grundsätze der Politik der DDR und gegen die Beschlüsse der Partei richten, entgegenzutreten.“

Wo kann man wohl diese Verpflichtung lesen, die den Auftrag an alle Parteimitglieder abdeckt, jederzeit und aktiv um die staatliche Sicherheit der DDR und ihrer politischen Grundlagen bemüht zu sein? Sicher steht das, wird jetzt mancher annehmen, in den Dokumenten eines der letzten SED-Parteitage, deren genüssliche Ausschlichtung zum täglichen Broterwerb der Schranzen und Wanzen einer gewissen Schnüffelbehörde gehört. Doch weit gefehlt! Der Satz ist wörtlich in der Satzung der CDU der DDR zu finden. In dieser Fassung wurde er 1982 vom 15. Parteitag meiner damaligen Partei – ich war Bezirksvorsitzender in Neubrandenburg und Mitglied des Hauptvorstandes – beschlossen. Er blieb gültig bis zu deren schämlichem Ende.

Mit diesem Passus im politischen Gepäck wurde die DDR-CDU von der Kohl-CDU in ihr Boot gehoben. Oder besser gesagt: mit Haut und Haaren verschlungen. Die zitierte Festlegung bildete eine wichtige Arbeitsgrundlage für hauptamtliche Funktionäre der DDR-CDU, besonders solche, die sich zu ihrer Führungsspitze rechnen durften. Dazu zählten auch die Vorsitzenden der Bezirksverbände, die sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben überall in der DDR auf den Rat und die Hilfe eines ständigen und persönlichen Verbindungsoffiziers der jeweiligen Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit stützen konnten. Ich selbst habe das erlebt und kann sagen, daß diese Zusammenarbeit gut, sachorientiert und kameradschaftlich war.

Ein Zeitsprung: Alle kennen inzwischen die breitgetretene Affäre des Eislauftainers Ingo Steuer, der nach dem Willen der Sportoberen der BRD bei den Olympischen Winterspielen 2006 in Turin nicht mitmachen sollte, weil er als 18jähriger Jüngling eine Verpflichtungserklärung für das MfS unterschrieben hatte. Steuer ist übrigens inzwischen weichgeklopft worden und hat „abgeschworen“. Schließlich geht es im Sportgeschäft um sehr viel Geld.

Was hat diese Angelegenheit mit dem eingangs erwähnten Passus aus der CDU-Satzung zu tun? Warten wir's ab. Da gibt es den Sportfreund Rolf Rau, geboren 1944 in Zweenfurth bei Leipzig, evangelisch und verheiratet. Er war 1989 Bezirksvorsitzender der DDR-CDU in Leipzig. Für ihn galten natürlich keine anderen Dienstpflichten und Regularien als für seine 14 Kollegen in den übrigen Bezirken der DDR. (Mit anderen Worten: Auch er hatte zu DDR-Zeiten seinen Verbindungsoffizier.) Rau blieb im „goldenen Herbst“ der „Heldenstadt“ nicht untätig. Schließlich war es eine Periode, in der sich „verständigungsbereite“ Kreise in der DDR-CDU anschickten, ihre Partei mit allem, was dazu gehörte, der namensgleichen Westpartei zu Füßen zu legen, die uns zuvor die dicksten Knüppel zwischen die Speichen

gehalten hatte. Für Rolf Rau zahlte sich sein „Vereinigungswille“ aus. Er gehörte bis 1998 dem 11., 12. und 13. Deutschen Bundestag als CDU-Abgeordneter an. R. R. vertrat Kohls und Schäubles Partei, man höre und staune, auch im Sportausschuß des Hohen Hauses. Kurioserweise kann man aus dessen Dokumenten erfahren, daß er der West-CDU schon seit dem Jahre 1975 (!) angehört haben soll. Wie der Presse zu entnehmen war, hat Rau den Bundestag und seinen Sportausschuß auch im Ausland vertreten, sogar gegenüber Gastgebern olympischer Spiele. Er blieb vom Steuer-Reflex der Gauck-Birthler-Behörde unbetroffen.

Dieser Beitrag soll sich nicht gegen R. R. persönlich richten. Ich weiß nicht, was er heute macht, wie es ihm geht; und ich weiß auch nicht, was ihn bewogen hat, sich dieser CDU anzuschließen und in ihrem Namen ein derart exponiertes Amt zu bekleiden. Deshalb will ich mich an dieser Stelle jeder Wertung dazu enthalten. Ich weiß auch nicht, warum er heute nicht mehr im Bundestag sitzt. Allerdings habe ich in all den Jahren nirgendwo gelesen oder gehört, daß Partei und Frak-

tion irgendwann seine Suspendierung von diesen Ämtern aufgrund gewisser „Verstrickungen“ verkündet hätten. Rau war nämlich, nebenbei bemerkt, durchaus nicht der einzige ehemalige Bezirksvorsitzende der DDR-CDU, der seine Karriere im Bundestag fortsetzte.

Mir geht es allein darum, die Unterschiedlichkeit der Maßstäbe, mit denen gemessen wird, zu konstatieren. Haben die Schürer der „Stasi“-Hysterie jene Abgeordneten der CDU, deren „Kontakte“ gewissermaßen per Arbeitsvertrag geregelt waren, bewußt aus dem Schüttelsieb der Nachforschungen herausgehalten? Während man ein 18jähriges Greenhorn mit allen Mitteln zu schassen versucht, räkeln sich „gestandene politische Funktionäre“ der gehobenen Ebene unbekümmert im Rund des Reichstags. Es gilt die alte Regel: Die Karrieristen der einen sind auch die Karrieristen der anderen. Die Doppelzüngigkeit der dieses Land so trefflich Regierenden mit einem weiteren Beispiel zu belegen, ist mein Anliegen – völlig unabhängig davon, wie sich der Einzelfall weiter entwickelt hat.

Wolfgang Mäder



„Dieses Medikament ist vielversprechend: Es hält die Patienten solange am Leben, bis ihr Geld alle ist.“
Aus: „People's Voice“, Kanada



„Das ist unfair. Wir müssen all die Lügen über die Gewerkschaft erfinden, aber sie dürfen die Wahrheit über den Konzern sagen.“

Als Karl Liebknecht auf der Jenaer Osterkonferenz sprach

An 23./24. April 1916 fand in Jena eine illegale Reichskonferenz der oppositionellen Arbeiterjugend statt, die unter dem Namen Osterkonferenz bekannt wurde. Unter dem Eindruck des ersten Weltkrieges waren in vielen Orten Deutschlands revolutionär orientierte Jugendgruppen entstanden, die das Bestreben hatten, sich von den opportunistischen Kräften der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands zu lösen, sich zu vereinigen und ein eigenes linkes Programm zu beschließen.

Dieser Wunsch entsprach auch den Überlegungen der Spartakusgruppe, die eine Verselbständigung der Jugendbewegung nachdrücklich unterstützte. Auf Anregung Karl Liebknechts bereiteten einige Jugendliche aus Berlin, Jena und Weimar für Ostern 1916 eine Konferenz der Arbeiterjugend vor. Als Tagungsort wurde Jena gewählt, da hier eine starke sozialistische Jugendgruppe existierte und der Ort selbst als beliebtes Ausflugsziel bekannt war, in dem die Anreise von Jugendlichen kaum auffiel. Den geeigneten Versammlungsraum fand man im „Vegetarischen Speisehaus“, Zwätzengasse 16.

Die Konferenz wurde als Versammlung von Wander- und Abstinenzvereinigungen angemeldet, die ihr Sommerprogramm besprechen wollten. Um die Aufmerksamkeit der kaiserlichen Behörden abzulenken, wurde für den ersten Osterfeiertag zu

einem Bezirksspieltag der Arbeiterjugend auf der nahen Leuchtenburg und zu einer Friedensdemonstration in das benachbarte Kahla eingeladen.

Die Delegierten zur Osterkonferenz, etwa 60 Personen, kamen aus ganz Deutschland und vertraten rund dreizehntausend Jugendliche. Es waren vor allem Lehrlinge, Jungarbeiter und Handlungsgehilfen im Alter von 15 bis 25 Jahren. Bekannteste Teilnehmer waren Otto Rühle, Edwin Hoernle und Georg Schumann. Karl Liebknecht trotzte dem ihm auferlegten Versammlungs-, Rede- und Reiseverbot und kam von Berlin illegal nach Jena.

Den Vorsitz führte der siebzehnjährige Albert Seidel aus Frankfurt am Main. Das einleitende Referat zur Lage des Proletariats und der Arbeiterjugend unter den Bedingungen des imperialistischen Weltkrieges hielt Otto Rühle. Anschließend sprach Karl Liebknecht über die nächsten Aufgaben. Leidenschaftlich wurde die von ihm vorgelegte Resolution diskutiert, bevor sie einmütig Bestätigung fand. Sie war das wichtigste Ergebnis der Osterkonferenz, wies der revolutionären Jugendbewegung in Deutschland Weg und Ziel. Als dringendes Gebot wurde die Verständigung aller oppositionellen Kräfte, vor allem der Jugendlichen, angesehen. Der organisatorische Bruch mit der unter opportunistischem Einfluß stehenden Zentralstelle der arbeitenden Jugend, die auf

der Position der Politik des Burgfriedens stand, müsse vollzogen werden. Der Tenor der Resolution lautete: „Erst Klarheit und dann Mehrheit! Keine Sammlung ohne Einheit der Anschauungen!“

Weiter wurde beschlossen, den 1. Mai 1916 mit Friedensdemonstrationen gegen den imperialistischen Krieg zu begehen und Antikriegsaktionen für die Sicherung und Verteidigung der Lebensinteressen der jungen Generation durchzuführen. Die Jenaer Konferenz markierte damit den Beginn einer neuen Etappe in der Geschichte der deutschen Arbeiterjugendbewegung. Nach Abschluß der Tagung unternahm ein kleiner Kreis der Konferenzteilnehmer zusammen mit Karl Liebknecht einen Spaziergang auf den bei Jena gelegenen Berg Jenzig. Dabei übergab er Curt Böhme das Manuskript für ein Flugblatt „Auf zur Maifeier!“ Es wurde in der Jenaer Druckerei des Sozialdemokraten August Gretsch hergestellt und dann nach Berlin weitergeleitet.

Der Tagungsort war zu Zeiten der DDR eine Gedenkstätte. Heute erinnert in der Zwätzengasse nichts mehr an die Osterkonferenz. Eine im Oktober 1989 neu gestaltete Ausstellung wurde geschlossen und abgerissen. Die Bilder- und Schilderstürmer entfernten auch die am Haus befindliche Erinnerungstafel.

Manfred Meyer

Liefert Keynes das gültige Rezept?

Auf die Frage, ob die Lehre von John Maynard Keynes den Schlüssel zur Beherrschung der ökonomischen Gebrechen des modernen Kapitalismus liefert, kann es aus linker Sicht nur eine Antwort geben: Nein. Dafür sind politökonomische (wer mag: makroökonomische) und historisch-politische Gründe anzuführen.

Ich beginne mit den historischen Argumenten. Mit Recht sprechen wir vom Gregorianischen Kalender, dem kopernikanischen Weltbild und dem mendelejewischen System der Elemente. Die Modelle dieser geschichtlichen Persönlichkeiten betreffen mathematische und naturwissenschaftliche Phänomene, die jederzeit empirisch überprüft und bestätigt werden können. Linke Wirtschaftspolitik wird jedoch nicht im Labor, sondern in Zeit und Raum, sagen wir 2006 in Deutschland, gemacht. Keynes starb 1946 in Großbritannien und schrieb seine Hauptwerke zwischen 1923 und 1936. Beziehen wir sein Mitwirken am Bretton-Woods-Abkommen von 1944 ein, dann können wir ihm als Wirkungsraum das angelsächsische Pfund-Dollar-Währungsgebiet zuordnen. Seitdem sind über 60 Jahre verflossen, in denen die Welt gewiß nicht stehenblieb. Wie sehr die Zeit über Keynes hinwegegan-

gen sein sollte, ersehen wir aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe seines Buches „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ (1936): „Obschon ich sie [die Theorie] also mit dem Blick auf die in den angelsächsischen Ländern geltenden Verhältnisse ausgearbeitet habe, wo immer noch ein großes Maß von Laissez faire (Gewährenlassen) vorherrscht, bleibt sie dennoch auf Zustände anwendbar, in denen die staatliche Führung ausgeprägter ist.“ Damit umschrieb Keynes die faschistische Diktatur der Nazis in Deutschland. Die Theorien genialer Wirtschaftstheoretiker früherer Jahre lehnte er ab. So erklärte er 1935 in einem Brief an George Bernard Shaw, er sähe nicht, daß Marx und Engels irgendeinen Schlüssel für das Verständnis der Ökonomie entdeckt hätten. Konnte Keynes, weder rückwärts noch seitwärts schauend, linken politischen Zielen nichts abgewinnen, so ist es fraglich, ob der Keynesianismus oder der Neo-Keynesianismus dazu geschaffen sind, in der heutigen und auch der kommenden Zeit mehr als nur formale Theoreme der Fiskalpolitik aufzustellen.

Wirtschaftspolitik auf Geld- und Steuerpolitik zu reduzieren ist etwa das gleiche, wie Marxismus auf Band II des „Kapitals“

zu beschränken. Statt der Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems hinzuzufügen, wie aus ihm hinauszusteuern ist, formuliert eine keynesianische Wirtschaftspolitik bestenfalls Projekte und Instrumente des Staatskapitalismus. In keinem der Werke von Keynes ist etwas über nicht-marktliche Erwerbssektoren oder über umweltverträgliche und zukunftsfähige Makroökonomie zu lesen. 2006 ist nicht 1936, und Wirtschaftspolitik ist mehr als Fiskalpolitik.

Statt Lösungsvarianten für die anti-sozialistische Welt aufzubereiten und rhetorisch zu modernisieren, sollte die Linkspartei.PDS die real existierenden Erfahrungen von Ländern, gesellschaftlichen Gruppen und wirtschaftlichen Institutionen analysieren, die sich bemühten, eine Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftsmodell zu entwickeln.

Keynes heute, da ihn auch die kapitalistische Wirtschaftswissenschaft über Bord geworfen hat, in ein anderes Gesellschaftskonzept implantieren zu wollen, ähnelt sehr den Bemühungen von Wissenschaftlern, Bohnengene in Mäuse einzupflanzen.

Dr. Hermann Wollner



Aus den Gefängniszeichnungen des portugiesischen Revolutionärs, Romanciers und Graphikers Álvaro Cunhal.

Zur Strategie radikaldemokratischer Reformen

Der gegenwärtige gesellschaftliche Zustand der imperialistischen Länder läßt deutlich werden, daß der Kapitalismus nur noch zerstörerische Energien entfalten kann. Die ihm innewohnenden Widersprüche sind Ausdruck der tiefen Irrationalität dieser Produktionsweise. Systemimmanente Faktoren bedingen, daß er sich nicht von selbst mit heilender Wirkung reformieren kann. Der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen hat seine Ursachen in der Systemlogik des Kapitals. Obgleich die Arbeitsproduktivität steigt und ein wachsendes Sozialprodukt bei sinkender gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit erzeugt wird, erfolgt die Vernichtung von Produktivkräften. Dabei handelt es sich nicht nur um die technische Seite, sondern vor allem um die menschliche Komponente. Die aus dem Kapitalverhältnis resultierenden Widersprüche führen zu einer hohen Arbeits-

Absatzmärkten führen zu immer neuen militärischen Projekten, die wiederum zu einer nicht zu kalkulierenden ökonomischen Belastung werden und an den finanziellen sowie produktiven Ressourcen des Imperialismus zehren.

Objektiv verlangt die Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise ihre revolutionäre Umwandlung in eine sozialistische Gesellschaftsformation. Eine in sich schlüssige Lösungsstrategie für die Beseitigung des Kapitalismus muß unter Beachtung der Subjekt-Objekt-Dialektik alle relevanten Faktoren

derlich, eine ganze Bandbreite linker Reformalternativen zu erarbeiten. Das betrifft ökonomische, ökologische, soziale, kulturelle, bildungskonzeptionelle, staatlich-rechtliche, internationale und friedensichernde Maßnahmen. Damit ist auch die zweite Phase der Aufklärung im Denken der Bürger zur qualitativen Veränderung ihres Bewußtseins und ihres Emanzipationsgrades verknüpft; denn es ist unabdingbar, den „kapitalistisch domestizierten Menschen“ (R. Kurz) aus seinen geistigen Fesseln zu befreien. Nur so kann er begreifen, daß es keinen anderen Weg gibt, als „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (K. Marx).

In groben Umrissen sei skizziert, wie solche radikaldemokratischen Reformen im politischen sowie im ökonomisch-sozialen Bereich aussehen könnten. Die politische Reformalternative muß zunächst auf die Entlarvung der bürgerlichen Demokratie als Ausdruck der arbeitsteiligen Machtausübung des Kapitals gerichtet sein. Sie muß verbunden werden mit der Forderung nach Elementen der Volksherrschaft wie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden über die die Interessen der Bevölkerung berührenden Grundprobleme. Die partizipative Demokratie (H. H. Holz) ist durchzusetzen, um die Gesamtheit der Bürger in den Entscheidungsprozeß einzubinden. Damit wird auch die bourgeoise Stellvertreterdemokratie in Eckpunkten demontiert, zumal deren tonangebende Parteien im Bundestag, im Bundesrat, in der Bundesregierung, aber auch in der Justiz bestimmend wirken. Das ganze politische System und somit der bürgerliche Parlamentarismus gehören auf den Prüfstand.

Im ökonomisch-sozialen Bereich sind, ausgehend von den gegenwärtigen Bedingungen, die Agenda 2010 und die damit in Zusammenhang stehenden Hartz-Gesetze zu beseitigen. Das trifft auch auf die von der großen Koalition geplanten neuen sozialen Grausamkeiten zu. Dabei geht es nicht nur um die Verteidigung sozialer Besitzstände und demokratischer Errungenschaften. Es müssen politische Pflöcke gesetzt werden, um einen weiteren Raubbau zu verhindern. So müssen die Arbeitseinkommen und Renten mindestens dem Produktivitätszuwachs und den Preissteigerungen folgen, Mindestlöhne sind gesetzlich festzulegen und Ausbildungsabgaben einzuführen. Front zu machen gilt es gegen die Massenarbeitslosigkeit, die Privatisierung öffentlichen Eigentums, die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Heraufsetzung des Rentenalters. **Prof. Dr. Werner Roß**

„... wenn im Kampfe selbst die Mehrheit der Werktätigen – nicht nur die Mehrheit der Arbeiter, sondern die Mehrheit aller Ausgebeuteten und Unterdrückten – auf unserer Seite stehen wird, dann werden wir wirklich siegen.“
Lenin (LW, 32/500)

losigkeit sowie zu einem Mangel an sinnvoller Arbeit. Menschliche Energien und Talente werden zunehmend zerstört. Hier wirkt das Primat des Profits gegenüber dem Menschen, der auf betriebswirtschaftliche Funktionen reduziert und lediglich unter den Aspekten der Kosteneffizienz bewertet wird.

Es nimmt deshalb nicht wunder, daß Modernisierung der Wirtschaft im Lichte der Großunternehmen bedeutet: jegliche sozialstaatlichen Leistungen als unnützes Beiwerk der Lohnnebenkosten auf ein Minimum zu drücken und wo immer möglich zu beseitigen, das Tarifvertragssystem auszuhebeln, das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen aufzuheben sowie das im Kapitalismus nur in Ansätzen vorhandene System der sozialen Sicherheit abzuschaffen.

Für den wirtschaftlichen Niedergang der entwickelten kapitalistischen Länder, unter Einschluß der Bundesrepublik, sprechen solche negativen Kenngrößen wie die Absenkung des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner, die permanent hohe Arbeitslosigkeit, die Haushaltsverschuldung, das dümpelnde wirtschaftliche Wachstum, die zunehmenden Insolvenzen, ferner die durch den angestrebten Maximalprofit beeinträchtigte Akkumulationsfähigkeit und der Teufelskreis zwischen der sich erhöhenden Produktivität und der sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung.

Diese Widersprüche finden ihren Ausdruck auch in den Interessengegensätzen der imperialistischen Staaten. Der ständige Drang nach Neuaufteilung der Welt, nach Sicherung von Rohstoffquellen und

analysieren. Dabei wird deutlich, daß diese Zielsetzung gegenwärtig durch den subjektiven Faktor behindert wird. Diesen zur Emanzipationsreife zu führen, bedeutet, das Bewußtsein der Lohn- und Sozialabhängigen sowie der sozial Ausgegrenzten als geschichtsmächtiger Kraft in politischen Auseinandersetzungen zu stärken. Im Sinne der Aufklärung gilt es, erkenntnisgestützt die politischen, ökonomischen und sozialen Ursachen der gesellschaftlichen Widersprüche zu erkennen, um politik- und aktionsfähig zu werden. Der Leidens- und Verzweiflungsdruck führt noch nicht zu Handlungen. Die eingeengte Vorstellungswelt der meisten Menschen muß aufgebrochen und die Meinungsdictatur der bürgerlichen Medien bekämpft werden. Ohne eine marxistisch-leninistische Partei mit Masseneinfluß sind diese Aufgaben des Bewußtseinswandels nicht lösbar.

Da der Kapitalismus zur Zeit nicht durch einen revolutionären Akt beseitigt werden kann, sollte eine Zwischenetappe in Form von radikaldemokratischen Reformen konzipiert werden, die an den Sozialismus heranzuführen. Hier handelt es sich um Stufenlösungen, Übergangsforderungen, deren Ziel eine neue, sozialistische Gesellschaftsformation sein muß. Sie machen nur Sinn, wenn im politischen Koordinatensystem die Macht- und die Eigentumsfrage den zentralen Platz einnehmen und breite Bevölkerungsschichten in diesen Prozeß der revolutionären Zwischenetappe einbezogen werden. Bei diesem strategischen Zwischenziel auf dem Wege zum Sozialismus ist erfor-

Albert Funk wurde am 15. 10. 1894 im Zwickauer Kohlenrevier in einer Bergmannsfamilie geboren. Schon als 15jähriger fuhr er ein. Bald wurde er Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Bergarbeiterverbandes.

1914 mußte er in den Krieg ziehen, aus dem er 1917 verwundet zurückkam. 1918 arbeitete Albert Funk auf der Zeche „Westfalen“ in Ahlen. Jetzt gehörte er bereits der USPD und dem revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat an.

1920 stellte er sich als Arbeiterratsvorsitzender in Ahlen gegen die Kapp-putschisten. Durch die Schlotbarone auf die „schwarze Liste“ gesetzt, wurde Albert Funk von mehreren Schachtanlagen vertrieben. Unterdessen Mitglied der KPD, wurde er 1923 auf der Zeche „de Wendel“ in Hamm-Herringen angelegt, wo ihn seine Kumpel in den Betriebsrat wählten. 1928 gehörte er dem Kreistag von Hamm an. Nach dem Blutmai 1929, bei dem in Berlin 30 Arbeiter unter den Kugeln der Mordkommandos des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel starben, wurde Albert Funk fristlos entlassen. In diesem Jahr vertrat er die Ruhrbergleute auf dem Parteitag der KPD.

1930 wurde er in den Reichstag gewählt. Am 11. Januar 1931 gründete sich in

Kumpel, Kämpfer, Kommunist: Albert Funk



Duisburg der Einheitsverband der Bergarbeiter Deutschlands. Sein Vorsitzender: Albert Funk. Unter dessen Leitung fanden Streiks gegen Lohnraub und anwachsenden Terror der Faschisten statt. Die Partei setzte den bewährten Arbeiterfunktionär als Leiter des Unterbezirks Dortmund ein. Hier errang die KPD 1932 bei der Reichstagswahl mit 31,2 % das beste Ergebnis aller Parteien im Ruhrgebiet. Im Februar 1933 organisierte sie eine Großkundgebung gegen die Macht-

übertragung an die Faschisten auf dem Dortmunder Hansaplatz.

Die KPD-Bezirksleitung tagte illegal in der Stadt. Auch am 16. April 1933 sollte ein Treffen stattfinden. Auf dem Weg dorthin wurde Albert Funk von einem Spitzel erkannt und bei der Gestapo denunziert. Über die berüchtigte Dortmunder Steinwache führte sein Leidensweg in das Polizeipräsidium Recklinghausen. Dort fiel er unter „die Barbaren“, wie der dort „tätige“ Kriminalkommissar Tenholt seine Leute und sich selbst bezeichnete.

In der Gewalt Tenholts war Albert Funk grausamsten Torturen ausgesetzt. Die Gestapo-Folterer wollten aus ihm Angaben über die illegalen Strukturen der KPD herauspressen. Doch Albert Funk gab die Namen seiner Genossen nicht preis. Am 27. April 1933 stürzte er sich in einem unbeobachteten Moment aus der zweiten Etage des Polizeipräsidiums fünfzehn Meter in die Tiefe. Im Prosper-Hospital in Recklinghausen erlag er seinen Verletzungen.

Hans-Dieter Hesse

Mecklenburg-Vorpommern: Die Koalition auf dem Prüfstand

E. Felfe, E. Kischel und P. Kroh haben ein Buch über sieben Jahre Koalition SPD-PDS in Mecklenburg-Vorpommern herausgegeben, in dem, nach einem Geleitwort von Hans Modrow, 16 Autoren zu Wort kommen. Die Arbeit ist ohne Auftrag und Honorar, außerhalb von Strukturen als Diskussionsangebot „von unten“ entstanden. Analysen zu diversen Politikfeldern zeigen Fortschritte und Mißerfolge seit 1998. Dabei werden auch Hoffnungen reflektiert, die meinen, wenn man mit Ausdauer und Klugheit eine Schuhbürste als Säugetier behandelt, könnte sie irgendwann Milchdrüsen bekommen. Andere erinnern allerdings an Friedrich Engels und meinen: Schuhbürsten werden auch mit viel Regierungsgeschick keine Milch geben.

Mitregieren – so ein „roter Faden“ – verkommt zum Dogma, wenn die Partei immer weniger nach Bedingungen für erfolgreiches Mitregieren im Interesse „derer da unten“ fragt. Denn: Politik ist stets auf die Durchsetzung von Interessen dieser sozialen Kräfte gegen die Interessen jener sozialen Kräfte gerichtet.

Interessen aber entspringen aus gesellschaftlichen Verhältnissen. Darauf fußend werden die unvereinbaren Ziele und Anliegen von Kapital und Arbeit sowohl auf der Grundlage soziologischer und statistischer Materialien als auch in Forderungskatalogen der Unternehmerverbände in MV (!) gezeigt.

Ohne neue Komplexitäten in der gesellschaftlichen Entwicklung der BRD zu ignorieren, gehen die Autoren davon aus,

daß der veränderte, technologisch moderne Kapitalismus des 21. Jahrhunderts nach wie vor Kapitalismus ist. Deswegen sind Aussagen von Marx, z. B. zu Ausbeutung, Profit, Klassenkampf, Krisen, aber auch seine Kritik am Gothaer SPD-Programm hochaktuell.

Im Buch werden Machtmechanismen herausgearbeitet, die es den Herrschenden ermöglichen, ihr „neoliberales Projekt“ gegen legitime, ja sogar existentielle Interessen der „kleinen Leute“ sowie gegen Widerstände verschiedenster Gruppen der Bevölkerung durchzusetzen. Außerordentlich interessant ist in diesem Zusammenhang das Kapitel vom „Weg (der PDS) in die Koalition“. Es hilft u. a. beim Finden der Antwort auf die Frage: „Ist die mitregierende PDS auch am „Klassenkampf von oben“ beteiligt oder „nur“ daran, daß ihm derzeit „von unten“ inadäquat begegnet wird?

Mit all dem weicht das vorgelegte Material z. T. erheblich von anderen Analysen der PDS-Regierungsbeteiligung ab. Dort tritt z. B. an die Stelle der Frage nach der Macht die Behauptung, das Geflecht politischer Verhältnisse sei so kompliziert, daß diese Frage nicht mehr gestellt werden könne, weshalb es auch keine „Schmerzgrenze“ fürs Mitregieren gebe.

Die Autoren belegen anschaulich das Bild einer Gesellschaft, die durch „Kapitalmacht in neuen Dimensionen“ gekennzeichnet ist, in der es „keine Macht- und Chancengleichheit zwischen Kapital und Arbeit (gibt)“. Die derzeitige Politik verändert die Gesellschaft entgegen den

Verfassungsgeboten Schritt für Schritt: Demokratie wird durch Kommissionen, Lobbyismus, inkonsequente Verfolgung neonazistischer Aktivitäten ausgehöhlt; die Würde von Millionen wird durch den Staat per Gesetz verletzt; Frauen und Männer erhalten bei gleicher Arbeit ungleichen Lohn; Millionen Deutschen bleibt das Recht auf Beruf und Ausbildung vorenthalten; sehr vielen wird Zwangsarbeit ohne gerichtliche Freiheitsstrafe verordnet; in vielen Wohnungen darf nach dem Platz von Zahnbürsten und Bettstellen ebenso geschmüffelt werden wie auf Konten der Wohnungsinhaber.

Ein Fazit der Herausgeber lautet: Die „Beteiligung der PDS an einer Landesregierung ist dann zu bejahen, wenn sie ... ihren spezifischen Beitrag leistet, die tägliche Lebenslage der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung wenigstens in Ansätzen erlebbar zu verbessern und wenn sie dazu beiträgt, gegen Kapitalherrschaft, Sozialabbau, Militarisation, autoritäres und neofaschistisches Gedankengut und geistig-psychologische Unterwerfung der Benachteiligten aufzuklären, Kräfte im Widerspruch und Widerstand zu bündeln und Gegenmacht zu entwickeln“. Ein „Weiter so!“ in MV darf es nicht geben, wenn sich die Partei in den Neuformierungsprozeß der Linken einbringen will.

Dr. Peter Kroh

Autorenkollektiv: Warum? Für wen? Wohin? 7 Jahre PDS Mecklenburg-Vorpommern an der Regierung. GNN-Verlag Schkeuditz 2005, 15 €, ISBN 3-89819-209-1

Produktiver Meinungsstreit

Konträre Standpunkte

In der März-Ausgabe hat mich besonders der Beitrag von Fred Matho interessiert. Im wesentlichen stimme ich seinen Ausführungen zu, bin jedoch der Auffassung, daß wegen der komprimierten Darstellung die Beachtung des Wertgesetzes in der DDR nicht hinreichend betrachtet werden konnte.

Ich möchte aus meiner Erfahrung auf wenige Aspekte eingehen. Das entscheidende Problem lag nach meinem Ermessen darin, daß Politik (hier ist besonders das Politbüro gemeint) und Wirtschaft (einschließlich der Fachministerien, der Staatlichen Plankommission und des Preisamtes) nicht konform gingen, zumal es auch unter Politbüromitgliedern,

insbesondere zur Preispolitik, konträre Standpunkte gab. Die bewußte Ausnutzung des Wertgesetzes war, wenn es sie überhaupt gab, der Politik stabiler Verbraucherpreise nachgeordnet. Eine prinzipielle Veränderung ihrer Stabilität wäre ein Abgehen von der erklärten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik gewesen. Bestrebungen auf dieser Linie hatten große Unruhe unter der Bevölkerung hervorgerufen. Das Problem des Preissystems und der Zahlungsbilanz wurde nicht gelöst. Andererseits waren Versuche, die Politik stabiler Verbraucherpreise und das Anwachsen der Subventionen auf über 50 Milliarden Mark (bei einer Verschuldung von 25 Milliarden Mark) in Übereinstim-

mung zu bringen, nicht gangbar. Diese Probleme eskalierten besonders 1979, als der Wirtschaftssekretär Preiserhöhungen mit Belastungen von rund 23 Milliarden Mark, davon bis zu 13 Milliarden Mark auf Kosten der Bevölkerung, an den Vorsitzenden der SPK in Auftrag gegeben hatte, ohne offensichtlich den Generalsekretär zu fragen. Der SPK-Vorsitzende wurde wegen dieses Vorschlags vom Generalsekretär kritisiert und der Auftraggeber bekundete „völliges Einverständnis mit dem Generalsekretär“. Diese Unaufrichtigkeit mußte übrigens auch der Minister und Leiter des Amtes für Preise mehrmals über sich ergehen lassen.

Mit solchen und anderen „Ereignissen“ konnte das Wertgesetz weder „weggeplant“ noch „überlistet“ werden, geschweige denn im Interesse des Sozialismus in der DDR wirken. **Harry Müller, Vierlinden**

Marx habe dieses und jenes zum Thema gesagt, so daß „dogmatische Wortklauberei nicht weiterführt“. Ganz sicher ist sich Fred Matho aber in seinem „schöpferischen“ Schluß aus der Marxschen Werttheorie, daß „relativ verselbständigte Produzenten unter gesellschaftlichem Eigentum im Sozialismus als echte Warenproduzenten anzusehen“ sind. Fungieren alle Produktionsmittel der Gesellschaft unter einem gemeinsamen Eigentum, nehmen auch hier die Produkte (mit derselben Begründung) keine Warenform an, und die notwendige Koordinierung der Teilarbeiten nennt man Plan. Gibt's keine Waren, so gibt's auch kein Wertgesetz. Marx hat große Mühen

Erstaunliches im „RotFuchs“

darauf verwandt, den historischen, weil an die Existenz der Warenproduktion gebundenen Charakter der Wertform der Produkte zu zeigen, und ich kenne nur eine einzige Stelle (MEW 25, S. 859), an der er von Wert – und zwar als Wertbestimmung, nicht Wertform! – im Zusammenhang mit dem Kommunismus spricht. Bekanntlich hatten wir in den sozialistischen Ländern noch unterschiedliche Eigentumsformen und deshalb auch noch Warenproduktion. Während Stalin die historische Begrenztheit der Warenproduktion klar bestimmte, wenn er in „Ökono-

mische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ anführt, daß es eigentlich nur an den unterschiedlichen Eigentumsformen in Industrie und Landwirtschaft liege, wenn Warenzirkulation und „Geldwirtschaft“ noch nicht verschwunden seien, hörte sich das bei Walter Ulbricht schon etwas anders an. Aus der praktischen Not, in einer Planwirtschaft den gesellschaftlichen Aufwand für die Herstellung der einzelnen Produkte zu messen, wurde eine theoretische Tugend gemacht: Die Notwendigkeit der Warenproduktion wurde nicht mehr aus unterschiedlichen Eigentumsformen abgeleitet, sondern aus dem Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, dem Charakter der Arbeit und dem Entwicklungsstand des gesellschaftlichen Bewußtseins („Politische Ökonomie des Sozialismus und seine Anwendung in der DDR“, S. 264). Und: Das Wertgesetz wurde auf diese Weise zu einem Gesetz des Sozialismus erklärt (ebenda S. 390).

Nun bilden aber Markt und Plan einen Antagonismus. Zum Markt gehören untrennbar privat und unabhängig voneinander wirkende Produzenten, deren Zusammenhang durch den Tausch gestiftet wird. Der Tausch ist verbunden mit einem Besitzerwechsel, und in seiner Realisierung nehmen die Produkte die Form einer Ware an. Die gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeitquanten für die Produkte bestimmen sich im nachhinein, gewaltsam. Das besorgt das hinter dem Rücken der Agierenden wirkende Wertgesetz.

Die komplementäre Aussage dazu: Zum Plan gehören untrennbar abhängig voneinander produzierende Produzenten, deren Zusammenhang durch Kooperation herbeigeführt wird. Die Kooperation ist nicht mit einem Besitzerwechsel verbunden, und in Kooperation erzeugte Produkte nehmen nicht die Form einer Ware an. Die gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeitquanten stehen von vornherein fest. Es ist erstaunlich, eine so offene Propagierung der „sozialen Marktwirtschaft“ im „RotFuchs“ zu lesen.

Helmut Dunkhase, Berlin

„Riesige Subventionswirtschaft“

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag von Fred Matho gelesen und kann ihm ohne Abstriche zustimmen. Dennoch vermisse ich einiges in den Ausführungen und würde gern eine Antwort auf meine Fragen bekommen.

Der Autor nennt zwei wichtige Funktionen des Wertgesetzes und zwar 1. als Regulator der Produktion und 2. als Motor der Produktivkraftentwicklung zu wirken. Er schreibt dann weiter: „Dieses Wertgesetz kann man nicht ‚wegplanen‘ oder überlisten. Man kann es aber im Verein mit einer volkswirtschaftlichen Rahmen- und Strukturplanung bewußt ausnutzen.“

Werden hier nicht die betrieblichen und die volkswirtschaftlichen Auswirkungen vermischt? Einerseits ist das einzelne Unternehmen daran interessiert, die Produktivität jeder bezahlten Arbeitsstunde zu erhöhen, andererseits hat es aber keinen direkten Einfluß auf die Rahmen- und Strukturplanung der gesellschaftlichen Arbeitsproduktivität. Diese Planung kann jedoch nur auf staatlicher Ebene erfolgen.

Grundlage hierfür muß doch die gesamte Kapazität an lebendiger Arbeit des Volkes sein. Daraus ergibt sich, daß die Produktivität der Arbeitsstunde aus volkswirtschaftlicher Sicht eine andere als aus der Sicht des einzelnen Unternehmens ist. Hier bestehen nach meiner Auffassung Interessenkonflikte, die im o. g. Beitrag unberücksichtigt geblieben sind.

Der Autor kritisiert berechtigt die „riesige Subventionswirtschaft“ in der DDR. Ist aber der Unterhalt des Arbeitslosenheeres von 5 Millionen in der BRD keine Subvention? Statt Produkten wird hier doch das Arbeitspotential der Gesellschaft subventioniert. Oder nicht?

Lösungsansätze werden in dem Beitrag leider nicht angeboten. Nach meiner Auffassung sind diese in der bürgerlichen Gesellschaft nicht möglich. Hierzu müßte in die Macht der Unternehmen durch Steuergesetze, Handelsbeschränkungen und andere Maßnahmen eingegriffen werden. Wer aber sollte dies tun?

Dr. Manfred Graichen, Berlin

Wertgesetz im Sozialismus?

Keine „Ultralinken“

Fred Matho stellt die Frage „Gilt das Wertgesetz auch im Sozialismus?“ Sie müßte aber anders lauten: „Wirkte das Wertgesetz auch im Sozialismus?“ Und Mathos Antwort ist eindeutig, auch wenn man sie ein wenig aus den Zeilen herauslesen muß: Nein, es wirkte nicht. Es hätte so sein sollen, ist seine Meinung, aber es war nicht der Fall; weshalb der Beitrag auch die DDR-Praxis des Sozialismus kritisch hinterfragt. Er spricht zwar vom Wertgesetz als einer „wichtigen Errungenschaft, ... die den Menschen großen Nutzen bringt“, meint dann aber: „In der DDR waren hinsichtlich Warenproduktion und Wertgesetz Licht und Schatten zu verzeichnen.“ Es „gab Ansätze einer wirtschaftlichen Rechnungsführung“, „Preise ... (orientierten) ... sich am gesellschaftlich notwendigen Aufwand“, „beides geschah

zum Teil aber nur formell bürokratisch, ... wodurch die Triebkräfte für ein gutes Arbeiten nicht voll zur Geltung kamen“. Aber wenn das so war und Zweifel hinsichtlich der Praxis des Wertgesetzes in der DDR angemeldet werden müssen, was soll dann die Kritik: „Das in das Stammbuch einiger Überschlauer, die das (Mathos Meinung vom „großen Nutzen“ des Wertgesetzes) ‚ultralinks‘ negieren, es ideologisch gar verteufeln wollen und meinen, sich sogar auf Karl Marx stützen zu können.“ Es muß doch in der DDR jemand gewesen sein, der sich nicht so mir nichts dir nichts dem Wertgesetz gebeugt hat. Wer war das? Die für die staatliche Preisbildung in der DDR Verantwortlichen waren keine „Ultralinken“, sie haben die notwendige

Praxis der Planwirtschaft auf dem Gebiet der Preispolitik umgesetzt. Es gilt (!) für die wirtschaftliche Praxis der Planwirtschaft oder des Sozialismus nicht mehr, daß man falsche oder schlechte Preispolitik macht, wenn man nicht mehr „wirkliche Wertpreis-Politik macht“. Planung der Preise ist bereits ein ökonomisches Prinzip und geplanter Preis ein ökonomischer Preis, d.h. ebenso ein ökonomischer Preis wie ein wertbestimmter Preis: Ein Wertpreis verkörpert gegen den geplanten Preis nicht den ökonomischen Preis gegen einen politischen Preis, sondern umgekehrt, der eine wie der andere sind ökonomische Preise; der eine ist ein wert- oder warenökonomischer Preis und der andere ein Plan- oder planwirtschaftlich bestimmter Preis. Man kann sich nicht künstlich stark machen gegen die geplante Preispolitik, indem man einseitig auf den Wertpreis als ökonomischen Preis setzt. **Hermann Jacobs, Berlin**

Das Wertgesetz gilt im Sozialismus nur noch eingeschränkt. Das geht schon aus der Definition hervor, die Prof. Matho selbst gibt. Zunächst will ich diese kritisieren. Ganz richtig führt er an: „Unter den Bedingungen gesellschaftlicher Arbeitsteilung und selbständiger Wirtschaftseinheiten werden die arbeitsteiligen Produkte und Leistungen zu Waren ...“ Dann fährt er aber fort: „Der Wert erscheint ... als Preis. Dabei kann das Verhältnis von Angebot und Nachfrage Abweichungen des Preises vom Wert bedingen.“ Das stellt die Dinge auf den Kopf. Zunächst sind die Tauschverhältnisse mehr oder weniger zufällig. Erst mit der Erfahrung aus regelmäßigem Tauschhandel regulieren Angebot und Nachfrage den Preis auf den Geldausdruck des Werts. Was in Mathos Definition fehlt, ist der Aspekt, daß die Konkurrenz, Angebot und Nachfrage, die „richtigen“ Werte hinter dem Rücken der Produzenten herstellen. „Wert“ erscheint so als ein Verhältnis von Dingen, während es in Wahrheit ein gesellschaftliches Verhältnis ist, das Verhältnis scheinbar voneinander unabhängiger Produzenten. Diese Erscheinung, daß die Waren „sich miteinander vergleichen“, daß sie scheinbar menschliche Fähigkeiten erlangen, während sich die menschlichen Beziehungen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als Beziehungen von Sachen darstellen, hat Marx als Fetischcharakter der Waren bezeichnet. Zu diesem Begriff gehört der anarchische Charakter der Produktion, daß die Produzenten erst „auf dem Markt“ erfahren, ob sie für die Gesellschaft produziert haben oder für die Müllhalde. Ohne diesen Aspekt bleibt der Begriff der Ware undialektisch. Aber wie sieht es dann im Sozialismus damit aus? Matho hat als Voraussetzung für den Wert und das Wertgesetz „selbständige Wirtschaftseinheiten“ genannt. Wie kann er dann unter den Bedingungen gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln das Fortbestehen des Wertgesetzes dekretieren? „Dieses Wertgesetz kann

man nicht ‚wegplanen‘ oder ‚überlisten‘, wie in der Planwirtschaft z.T. geglaubt wurde.“ Wer glaubte denn in der DDR an ein ewiges Wirken des Wertgesetzes auch im Sozialismus, obwohl die Voraussetzungen dafür entfallen sind oder tendenziell entfallen? Zwischen den VEBs bestand kein Austausch mit Angebot und Nachfrage, sondern es ging um gemeinsame Planerfüllung. Hierbei geht es nicht um „dogmatische Wortklaubereien“ von überschlauen „Ultralinken“, hier geht es darum, ob man den historischen Charakter der Warenproduktion, ihr Entstehen und Vergehen begreift oder ob man sie für alle Zeiten für unvermeidlich erklärt. Das Wertgesetz gilt im Sozialismus noch in zwei Bereichen: erstens im Verhältnis der Betriebe mit genossenschaftlichem Eigentum (LPG, PGH) zur übrigen Gesellschaft, da diese Eigentümer ihrer Produkte sind, also Waren produzieren. Zweitens

Eingeschränkte Geltung

betrifft es den Handel mit dem kapitalistischen Ausland. Für diese beiden Bereiche ist die Gültigkeit des Wertgesetzes nie in Frage gestellt worden. Innerhalb des Bereichs staatlichen oder gesamtgesellschaftlichen Eigentums gibt es keine Warenbeziehungen. Der Preis war eine Rechenhilfe, die Anreize zum rationalen Umgang mit Ressourcen und Arbeit schaffen und die Produktivität fördern sollte. Darüber hinaus war er in seiner Gestalt als ungleicher Lohn für ungleiche Arbeit dasjenige Mittel, mit dessen Hilfe das Verteilungsprinzip realisiert werden sollte: Jedem nach seiner Leistung! Dabei war es völlig richtig, die Preise so zu gestalten, daß mit normaler Arbeit eine Befriedigung der elementaren Bedürfnisse garantiert und mit besseren Leistungen der Zugang zu zusätzlichen Gütern ermöglicht wurde. **Fritz Dittmar, Hamburg**



Alte Kontakte mit Castros Gegnern

Um nicht in den Verdacht zu geraten, einem PDS-Abgeordneten vorwerfen zu wollen, „reaktionär“ zu sein oder ihn gar mit einem jener SPD-Parlamentarier auf eine Stufe zu stellen, die 1914 den kaiserlichen Kriegskrediten zustimmten, versichere ich vorab, den Beschluß des Parteivorstandes vom 27. Februar 2006 „Solidarität mit Kuba“ gewissenhaft gelesen zu haben. Ungeachtet des Umstandes, daß ich diese Partei wegen der skandalösen Entschuldigung des PDS-Fraktionsvorsitzenden bei Mr. Bush im Bundestag verließ, begrüße auch ich ihn. Der Beschluß ist deutlicher und klarer als vieles, was aus PDS-Büros in die Öffentlichkeit gelangte. Daß Lothar Bisky obendrein über Nacht nach Havanna flog und dort – nach eigenem Bekunden – ein sachliches und konstruktives Gespräch mit den Genossen führte, stärkte meinen Optimismus im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der PDS-Führung und dem ZK der KP Kubas. Ein solcher Optimismus scheint mir dringend erforderlich.

Er ist indes kein Allheilmittel gegen Vergeßlichkeit. Das fand ich schon wenige Stunden später bestätigt. Michael Brie wurde auf einer Doppelseite der „jungen Welt“ mit der Kurzversion eines Vortrags vom 5. März 2006 zitiert, in dem er – das wird verblüffend gern und oft getan – Rosa Luxemburg in seinen Zeugenstand gerufen hatte. Schon die Titelzeilen „Was hätte Rosa gesagt? Über politische und soziale Menschenrechte ... und die Haltung zur Republik Kuba“ ließ ahnen, wohin der Brie-Hase lief. Ungeachtet des Wagnisses, von einer Doppelseite nur einen einzigen Satz wiederzugeben, führe ich ihn an: „Weder mit Rosa noch mit dem geltenden Parteiprogramm läßt sich der kubanische Staat ... als ‚sozialistisch‘ bezeichnen.“ So etwas verkündet Michael Brie! Tags darauf widersprach dem an gleicher Stelle mit Vehemenz Uwe-Jens Heuer und befand treffend: „Aber dieser Ausflug in die Geschichte ist nur Mittel zum Zweck.“

Ich würde den „RotFuchs“ überlaufen lassen, wollte ich versuchen, Vorgeschichte, Geschichte und den gegenwärtigen Streit auch nur in Andeutungen darstellen zu wollen. Dieser Konflikt um die Haltung der Linken zu Kuba droht zu eskalieren, und der „RotFuchs“ gibt sich nicht der Illusion hin, daß er ein Ausufer verhindern könnte. Nur: Seine Meinung kann er nicht für sich behalten!

Wo Kuba liegt, weiß jeder, wie nahe uns die kubanischen Genossen sind, wissen viele,

das Ausmaß unserer Solidarität mit dem durch die USA in Terrormanier eingeschlossenen und belagerten Staat kann sich sehen lassen.

Ein Ahnungsloser könnte fragen: Worin besteht das Problem? Die Antwort müßte lauten: Zum Beispiel in der Haltung einiger PDS-Abgeordneter des Europaparlaments, die einer rüden Anti-Kuba-Resolution zustimmten – und damit viele Linke in Rage geraten ließen. André Brie hatte sein Verhalten noch ausdrücklich gerechtfertigt und in einer Presseerklärung am 16. 2. 2006 betont, „Solidarität mit Kuba ... bedeutet aber nicht, die Verletzung politischer Menschenrechte in Kuba mit Stillschweigen zu übergehen“. Der PDS-Vorstand schien Klarheit geschaffen zu haben, aber nun wurde sogar Rosa Luxemburg mobilisiert und entschieden: Kuba ist kein sozialistischer Staat.

Beim Lesen solcher Äußerungen kam mir in Erinnerung, daß die PDS in dieser Frage mit Geburtsmängeln zu kämpfen hat. Schon vor einem Dutzend Jahren schrieb ich über den Besuch der ersten offiziellen PDS-Delegation in Havanna in meinem Taschenbuch „Überlebt Kuba?“. „Ich hatte den Bericht eines Gesprächs in der Tasche, das die PDS-Bundestagsabgeordnete Dr. Ursula Fischer im Frühjahr 1993 in der

kubanischen Hauptstadt mit dem ‚Dissidenten‘ Sanchez geführt hatte. Als Frau Fischer sich mit ihm traf, wurden sogleich Agenturmeldungen verbreitet. ... Die spanische Agentur efe teilte mit: ‚Wie am heutigen Freitag aus Dissidentenkreisen in Kuba verlautete, haben sich die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) – hier irrte efe, denn es handelte sich um die PDS – Ursula Fischer und Ulla Jelpke mit den kubanischen Dissidenten Elizardo Sanchez, Vladimiro Roca und René del Pozo getroffen. Das Zusammentreffen fand ohne nähere Angabe des Datums in dieser Woche auf Ersuchen der Parlamentarierinnen statt. ... Dies geht aus einem Kommuniqué hervor, das die Kubanische Kommission für Menschenrechte und Nationale Versöhnung, eine illegale Dissidentenorganisation, der ausländischen Presse vorlegte.“ Das wurde vor 13 Jahren verbreitet. Ich will auf die Wiedergabe der Meinung kubanischer Freunde über das Treffen der PDS-Damen mit den Herren der „Opposition“ verzichten, aber doch nicht verschweigen, daß die PDS schon damals Kontakte zu denen für angeraten hielt, die angeblich die „Menschenrechte“ verteidigten.

Manches deutet darauf hin, daß André Brie und andere heute die Tradition der Begegnungen mit dieser „Opposition“ fortsetzen möchten. Der entscheidenden Frage gingen sie dabei immer aus dem Wege. Diese lautet nämlich: Ist die „Opposition“ für oder gegen die gnadenlose Blockade Kubas durch die USA? Daß so manches ungelöste Problem in diesem Land allein der Blockade zuzuschreiben ist, hat sich längst herumgesprochen! Also: Für Blockade und USA, oder gegen Blockade und – zum Beispiel – Castro. Dritte Wege gibt es nicht. Und wer den Kubanern zu raten gedenkt, sie sollten bei den Menschenrechten doch etwas „großzügiger“ sein, möge eine Kuba-Reise buchen und einen Ausflug in die Schweinebucht unternehmen. Dort lassen sich seit der von den USA gelenkten Invasion konterrevolutionärer Kommandos im April 1961 die den Kubanern zugeordneten Menschenrechte „vor Ort“ studieren. Die Gräber der gefallenen Verteidiger der Revolution und massakrierter Bauern beseitigen letzte Zweifel. Und Worte, die Rosa Luxemburg an dieser Stelle wohl geäußert hätte, findet sicher auch Michael Brie. Wie man weiß, starb sie in einen ähnlichen Tod wie die in der Schweinebucht ermordeten Milizionäre.



Monate vor ihrem Tod am 6. März 2005 hielt sich die chilenische Kommunistin Gladys Marin – schon unrettbar krebskrank – noch einmal zu einem letzten Behandlungsversuch in Kuba auf, wo sie mit Fidel Castro zusammentraf.

Washington versucht mit allen Mitteln, die antikapitalistische Entwicklung auf Kuba zu beenden. Der permanente Krieg gegen die revolutionäre Republik wurde zur Staatspolitik. Er drückt sich in politischen, diplomatischen, psychologischen und propagandistischen Aktionen, Spionageunternehmungen, Terroranschlägen und Sabotageakten aus. Die Vorbereitung, Ausrüstung und logistische Unterstützung bewaffneter Banden sowie geheimer Söldnergruppen, die Ermutigung zum Desertieren und illegalen Verlassen des Landes sowie zahlreiche Versuche, die führenden Persönlichkeiten der kubanischen Revolution zu töten, gehören dazu. Solche Praktiken, von den Medien der USA – auf andere bezogen – oft als Staatsterrorismus bezeichnet, wurden und werden gegenüber Kuba offiziell angewandt. Das begann schon kurz nach dem Sieg der Revolution. Am 17. März 1960 wurde von USA-Präsident Eisenhower das „Programm der verdeckten Aktionen gegen das Castro-Regime“ gebilligt und am 18. Oktober 1962 das „Projekt Kuba“ den höchsten Vertretern der USA-Administration und der erweiterten Spezialgruppe des Nationalen Sicherheitsrates vorgelegt. Es enthielt 32 Aufgaben für einen verdeckten Krieg. Überaus deutlich kam die antikubanische Strategie in den bewaffneten Aktionen zum Ausdruck, die im März/April 1961 in der „Schweinebucht“ stattfanden. Ähnlich brutal waren die Mafia-Kämpfe gegen junge Lehrer, die in den unwegsamen Bergregionen die Alphabetisierung durchführten. Im Mai 1999 wurde in einer Anklageschrift kubanischer Anwälte nachgewiesen, daß allein 3478 kubanische Bürger durch terroristische Aktionen ums Leben gekommen sind, während 2099 bleibende körperliche Schäden davontrugen.

Parallel zu den Terrorakten verhängte Washington zur nachhaltigen Destabilisierung Kubas eine totale Wirtschaftsblockade. 1992 und 1996 wurden in den USA sogar entsprechende Gesetze erlassen, die nach den Einbringern, dem Senator Robert Toricelli bzw. dem Abgeordneten Dan Burton und dem Senator Jesse Helms, benannt wurden.

Später verkündeten die Yankees, sie würden die „irakische Lektion“ allen erteilen, die nicht bereit wären, sich der „freien Welt“ anzuschließen. In den antikubanischen Plänen begann eine neue Eskalationsphase. Offenbar ging es darum, eine entsprechende Eingreifsituation zu schaffen. Das Budget der USA-Regierung für 2002 enthielt 8099181 Dollar zur Unterstützung von „Nicht-Regierungsorganisationen“, für „unabhängige Journalisten“, „für die Planung des gesellschaftlichen Übergangs in Kuba“. Im März 2003 forderte Bushs damaliger Außenminister Colin Powell vom USA-Senat die Bewilligung von weiteren 27 Millionen Dollar für den Ausbau des antikubanischen Hetzsenders „José Martí“. Dissidentenzentren wie „Reporter ohne Grenzen“ und andere erhielten großzügige Unterstützung. Nicht mitgezählt sind dabei die enormen

Mittel der exilkubanischen Terrororganisationen.

Im Herbst 2003 wurde der speziell für antikubanische Provokationen vorbereitete James Cason als Leiter der USA-Interessenvertretung in Havanna tätig. Er nutzte seinen diplomatischen Status, um in der eigenen Residenz und in der USA-Interessenvertretung Regierungsfeinde anzuwerben, Dissidenten zu formieren und diese für Aktionen gegen den kubanischen Staat vorzubereiten. In dieser angespannten Situation wurden gezielte Provokationen gestartet: die Entführung kubanischer Flugzeuge und Schiffe in sieben Fällen. Unschuldige Bürger, darunter ausländische Touristen, wurden dabei in Lebensgefahr gebracht. Die kubanischen Sicherheitsorgane waren zu raschem und energischem Durchgreifen gezwungen. Die vom Ausland bezahlten Anführer

eines dubiosen Sacharow-Preises nach Brüssel eingeladen werden?

Doch die Doppelzüngigkeit der USA-Politik kennt keine Grenzen. Da ruft man die Welt heuchlerisch zum „Feldzug gegen den Terrorismus“ auf, während zur gleichen Zeit fünf junge Kubaner unter Mißachtung ihrer Menschenrechte in USA-Gefängnissen langjährig eingekerkert sind, weil sie versucht haben, die terroristischen Pläne in Miami agierenden konterrevolutionärer Kampfgruppen von Exilkubanern aufzudecken und zu durchkreuzen.

Kuba hat trotz aller Blockaden und Bedrohungen aus dem Norden, die dem Land eine ständige wachsame Bereitschaft abverlangen, trotz jahrelanger Trockenheit und verheerender Stürme im vergangenen Jahr die besten wirtschaftlichen und sozialen Ergebnisse seit 1990 erzielt. Das

Antikubanischer Feldzug unter dem Mantel der „Menschenrechte“

wurden festgesetzt. Überführte konterrevolutionäre Straftäter erhielten in 29 ordentlichen Gerichtsprozessen Haftstrafen, gegen drei vorbestrafte Schiffsführer wurde die Höchststrafe verhängt und vollstreckt.

Verärgert über den ausbleibenden heißen Konflikt schalteten die USA nun die Europäische Union ein. Unter dem Vorwand der Verteidigung von Menschenrechten wurde eine Kampagne gegen Kuba entfesselt. Sie soll dazu dienen, von in den USA und anderen kapitalistischen Ländern täglich begangenen Verbrechen gegen die Menschenrechte abzulenken. Initiator der ursprünglichen EU-Aktionen war Aznar, Bushs spanischer Komplize bei der Aggression gegen Irak. Als Versuche der Vereinigten Staaten, Kuba den Dollar als faktische „Leitwährung“ aufzuzwingen, fehlschlagen, wurde ein hochdotierter „Verein zur Förderung eines Überganges in Kuba“ gegründet.

All das geschieht im Namen der unteilbaren Menschenrechte. Die imperialistischen Akteure aber ignorieren die Grundnormen des Völkerrechts gegenüber Kuba und treten die Menschenrechte mit Füßen, wenn es darum geht, ihre hegemonialen Ziele durchzusetzen.

Niemand kann die kubanische Regierung daran hindern, ihr Volk und Land zu schützen, um die dort verwirklichten Menschenrechte dauerhaft zu sichern. Dabei geht es keineswegs um irgendwelche vom Westen ins Spiel gebrachten „Damen in Weiß“, die in Kuba kaum jemand kennt oder wahrnimmt. Ist es etwa kein feindseliger Akt, wenn solche Damen ohne Kenntnis Havannas unter dem Jubel der bürgerlichen Medien zur Entgegnung

Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich um 11,8 %. Auch für dieses Jahr wird eine Steigerung um 10 % anvisiert. Inzwischen nimmt Europa nicht mehr den ersten Platz in den Außenwirtschaftsbeziehungen Kubas ein, sondern China, Venezuela, Kanada und andere befreundete Länder rangieren an vorderster Stelle.

Man kann dem Präsidenten der Zentralbank Kubas zustimmen: „Trotz aller Unzulänglichkeiten vermochte der stärkste Wirtschaftskrieg in der Geschichte der Menschheit nicht zu verhindern, daß Kuba unter allen Ländern der dritten Welt das Land ist, dessen Bürger das höchste Alter erreichen, dessen Kindersterblichkeit am niedrigsten ist, dessen junge Menschen am besten ausgebildet werden, dessen Sportler die meisten Medaillen gewinnen, dessen Bevölkerung am meisten Elektrizität und Trinkwasser zur Verfügung hat.“ Das ist ein hohes Maß der Verwirklichung von Menschenrechten. Kuba hofft und kämpft dafür, daß die latente Kriegsdrohung aus dem Norden beseitigt wird, damit es die äußeren Bedingungen einmal gestatten, sie noch umfassender und vorbildlicher zu realisieren.

Hiesige „Volksvertreter“ sollten zur Kenntnis nehmen, daß sie wahrlich keinen Grund haben, sich angesichts der Menschenrechtslage in Deutschland (erinnert sei nur an das Recht auf Arbeit, auf gleiche Bildung für alle, auf gleiche gesundheitliche Betreuung oder auf Achtung der Menschenwürde für alle Bürger), völkerrechtswidrig in die inneren Angelegenheiten Kubas einzumischen.

Heinz Langer

Unser Autor war DDR-Botschafter in Kuba.

Iran: Merkel steht „in jedem Falle“ bei Bush

Unter der Überschrift „Mit Conplan 8022-02 gegen die Mullahs“ berichtet Springer „Welt“ am 7. 2. 2006 über den Stand der Kriegsplanung der USA gegen Iran. Ihr Kernelement ist die zentrale Rolle Israels in der zielgerichtet ins Auge gefaßten Aggression. Verklausuliert heißt es: „Israel ist direkt mitbetroffen und wird, anders als im Falle Iraks 1991 und 2003, seine Interessen notfalls unabhängig von den USA wahren.“ Conplan 8022-02 wurde nach Informationen des „gut vernetzten“ US-Experten William Arkin im Januar 2003 von George W. Bush abgesegnet. Er richtet sich gegen nukleare Schwellenländer und sieht unter Verzicht auf reguläre Bodentruppen einen Mix aus Luftangriffen, Computerattacken und dem Einsatz von Special Forces vor. Sein markantestes Kennzeichen ist die ausdrückliche Option für den Einsatz von Atomwaffen: bei einem unmittelbar drohenden Nuklearschlag gegen US-Interessen oder gegen Tiefbunker des Gegners. Die Voraussetzungen gelten im Fall Iran als gegeben. Das Land bereite kurzfristig einen Atomtest vor, wird behauptet. Ohne zuverlässiges Wissen darüber, ob Iran auch den komplizierten Wandel einer Bombe zum Raketen-sprengkopf gemeistert hat, seien „Israel und die USA zur Annahme des schlimmsten Falles gezwungen“. Bush hat am 23. Januar bei einem Auftritt in Kansas erklärt, daß er eine „nukleare Erpressung Israels“ (Wie erpreßt man einen Nuklearstaat? – E. K.) nicht hinnehme. Das wiederum heißt: Israel könnte in Conplan 8022-02 als „US-Interesse“ definiert werden.

Der „vorbeugende Schlag“ gegen Iran würde durch das Strategic Command in Omaha eröffnet. Seit April 2004 hält es Bomber, Satelliten und andere Mittel mit wenigen Minuten Vorwarnzeit bereit. Die Flugzeuge sind mit der Bombe B-61 ausgerüstet, deren Sprengkraft zwischen 0,3 und 340 Kilotonnen (Hiroshima-Bombe ca. 20 kt TNT – E. K.) einstellbar ist und die rund eineinhalb Kilometer in den Boden eindringen kann. Die Schockwelle selbst der schwächsten Variante kann Bunker in bis zu 100 Meter Tiefe zerstören. Das könnte für die Urananreicherungsanlage Natanz zutreffen.

Zusätzlich ist der Einsatz der „extrem zielgenauen Trident-Raketen“ amerikanischer U-Boote geplant. Über die Rolle der als Atomwaffenträger ausgelegten supermodernen deutsch-israelischen U-Boote schweigt sich das Blatt aus. Bei der gegebenen Konstellation, insbesondere der von Deutschland aus über viele Jahre betriebenen Aufrüstung des zionistischen Staates und den von deutschen Politikern

bis zu Merkel abgegebenen Treueschwüren gegenüber Israel ist davon auszugehen, daß die BRD automatisch und unmittelbar Kriegspartei an der Seite Israels in einem vom Westen geplanten Atomkrieg gegen Iran ist. Darüber sollte sich niemand täuschen.

Die nichtatomare Komponente von Conplan 8022-02 sieht u. a. die Störung des Stromnetzes, die Sabotage oder Vernichtung von Fabriken, gezielte Anschläge auf Schlüsselpersonen vor. Bereits Anfang



„Festgefahren in Irak? Unsere künftigen Pläne sind schon klar.“
Aus: „Solidaire“, Brüssel

2000, also schon lange vor dem Irak-Krieg, plante die CIA zusammen mit dem israelischen Geheimdienst Mossad, eine iranische Atomanlage mit einer elektromagnetischen Kanone zu beschießen und sämtliche Computer lahmzulegen. Das Projekt scheiterte an der damaligen Größe solcher Waffen. Doch die Technik schreitet voran, wie die „Welt“ optimistisch zu berichten weiß. Nach Mitteilung des Magazins „New Yorker“ sind U. S. Special Forces seit einiger Zeit in Iran unterwegs, um solche Möglichkeiten zu erkunden. Aus all dem wird klar, daß der Krieg gegen Iran ein durch Israel und die USA sehr langfristig und sorgfältig geplantes Unternehmen ist, um den Status Israels als uneingeschränkter Regionalmacht nicht nur zu behaupten, sondern technologisch und militärisch weiter auszubauen. Entsprechend der zionistischen Staatsdoktrin verweist Tel Aviv völlig zu

Recht darauf, daß es die Interessen des Westens im Nahen und Mittleren Osten wahrnimmt – sprich eine Schlüsselrolle bei der vollständigen Unterwerfung des gesamten Raumes einnimmt, bevor die asiatischen Konkurrenten China und Indien eigene Wirtschaftsinteressen in der Region geltend machen können.

Iran ist Bestandteil einer erweiterten Aufmarschzone zur Kontrolle Eurasiens. Die Strategie wurde bereits 1997 von Ex-Chiefsicherheitsberater Zbigniew Brzezinski, heute Professor für amerikanische Außenpolitik, in seinem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ skizziert: „Im Fernen Osten Eurasiens wird wahrscheinlich China immer stärker in den Mittelpunkt des Geschehens treten ... In der Mitte Eurasiens wird der Raum zwischen einem sich erweiternden Europa und einem regional aufstrebenden China geopolitisch so lange ein schwarzes Loch bleiben, wie sich Rußland noch zu keiner postimperialen Selbstdefinition durchgerungen hat, während die Region südlich von Rußland – der eurasischer Balkan – ein Hexenkessel ethnischer Konflikte und Großmacht-Rivalitäten zu werden droht. ... Wie beim Schach müssen Amerikas globale Strategien etliche Züge im voraus durchdenken und mögliche Züge des Gegners vorwegnehmen. Eine konsequente Geostrategie muß daher zwischen einer kurzfristigen (grob gesagt, für die nächsten fünf Jahre), einer mittelfristigen (bis zu zwanzig Jahren in etwa) und einer langfristigen (über zwanzig Jahre hinaus) Perspektive unterscheiden. ... Zunächst besteht die Aufgabe darin, sicherzustellen, daß kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die

Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen.“

Zumindest in Sachen Iran ließ ein zionistischer Irrgänger auf seinem Amoklauf in das biblische Armageddon schon mal die Katze aus dem Sack: „Das Risiko einer militärischen Intervention könnte zwar Opfer in Größenordnungen des ersten und zweiten Weltkrieges mit sich bringen, doch der Triumph des islamistischen Terrors würde an Gräßlichkeit alles überbieten, was uns die Weltgeschichte vermittelte.“ Das Zitat erschien am 25. Januar 2006 in der „Welt“. Es wurde weder kommentiert noch zurückgewiesen. Es blieb mucksmäuschenstill im Land, denn es stammt von dem allseits hochgeschätzten und „gut vernetzten“ Lord Weidenfeld!

Die mittelasiatischen Republiken Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan und Tadschikistan reichen von Sibirien bis an das Himalaja-Massiv, von der chinesischen Grenze bis ans Kaspische Meer. Sie verfügen gemeinsam über die Fläche Westeuropas und fielen bis zum 19. Jahrhundert an Rußland. Außer den Turkmenen hatten sich die jeweiligen Herrscher widerstandslos an das Zarenreich angeschlossen, wofür sie ihre Privilegien behalten durften. Daher hielt sich hier der Feudalismus bis zur Oktoberrevolution. Da es keine nennenswerte Bourgeoisie gab, konnten die Bolschewiki bis Anfang 1918 die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und nationalistischen Gruppierungen aus den Städten vertreiben und dort die Sowjetmacht errichten. Dann aber erhob die Konterrevolution ihr Haupt: Britische Truppen drangen im Südwesten vor, und rebellierende tschechoslowakische Einheiten unterstützten die Weißen im Nordwesten. Die Rote Armee und Partisanen aus allen Völkern – unter ihnen legendäre Kämpfer wie Wassili Tschapajew und Michail Frunse – kämpften gegen die weißgardistischen Truppen von Kolttschak, Annenkow, Tolstow, Dutow und des Emirs von Buchara und besiegten sie bis 1920.

Der Aufbau des Sozialismus begann faktisch aus dem Feudalismus heraus, was größere Probleme als anderswo mit sich brachte. Dazu mußte die Macht der moslemischen Mullahs und Beis gebrochen werden, die das Dorf beherrschten. Allein das Ablegen des Schleiers kostete Tausende Frauen das Leben. In den Südregionen Turkestans kämpften bewaffnete Konterrevolutionäre (Basmatschen) noch bis in die 30er Jahre gegen die Sowjetmacht. Erst als sie ausgeschaltet waren, konnten die Menschen ein neues Leben beginnen. Bis 1936 entstanden in Mittelasien fünf sozialistische Sowjetrepubliken mit den heutigen Grenzen. Die Sowjetgesellschaft führte zu gewaltigen Veränderungen. Industrialisierung und Kollektivierung der Landwirtschaft ermöglichten den Völkern auch kulturell einen Sprung in die Zukunft.

Der Untergang der Sowjetunion kam für die Völker Mittelasiens völlig überraschend und ungewollt. Trotz des Vorhandenseins nationalistischer Tendenzen und Strömungen votierte kaum jemand für eine „staatliche Unabhängigkeit“. Fast alle sowjetischen Mittelasiaten stimmten beim Referendum für den Erhalt der UdSSR. Gorbatschows Perestrojka war unbeliebt, und der fehlgeschlagene Augustputsch 1991, bei dem Verteidiger der Sowjetunion in letzter Minute das Ruder rumzureißen versuchten, wurde eher wohlwollend kommentiert. Eine Ausnahme machte der kirgisische Parteisekretär und später als Präsident gestürzte Askar Akajew. Er ruinierte sein Land, füllte sich kräftig die Taschen und räumte den USA einen Stützpunkt nahe der Hauptstadt Bischkek ein. Die Parteisekretäre der anderen Republiken konstituierten selbständige Staaten, zumal der neue starke Mann in Moskau, Jelzin, an einer

Aufrechterhaltung der Union nicht interessiert war.

Nun kamen die Schwierigkeiten zuhauf. Mittelasien war zwar reich an Rohstoffen, verfügte aber kaum über eine verarbeitende Industrie und war jetzt wie abgeschnitten: Von der Union kamen über Jahrzehnte Importe fast aller Art und enorme Subventionen. Alles mußte neu angegangen werden. Hierzu beschritt jede Republik einen anderen Weg. In Kasachstan und Kirgistan wurden die kommunistischen Parteien aufgelöst, in Turkmenistan und Usbekistan umbenannt und dann im Charakter verändert. Einzig die Kommunisten Tadschikistans hielten zusammen, da die Nachfolger der Basmatschen überraschend zur Schaffung eines Gottesstaates ansetzten und

gibt noch viele Lenin-Denkmal,er, wenn gleich nicht mehr auf allen Hauptplätzen. Etliche Straßen sind nach russischen und einheimischen Kommunisten benannt, und die Veteranen tragen weiterhin mit Stolz ihre sowjetischen Auszeichnungen. Keiner wird wegen seiner Biographie benachteiligt. Obwohl das Leben immer noch schwer ist, haben die Republiken – außer Kirgistan – ihren Tiefpunkt überwunden und sich stabilisiert. Die alte „Nomenklatura“ hat es verstanden, einer Politisierung des Islam entgegenzuwirken und ihn in den weltlichen Staat einzubinden. Lediglich in Tadschikistan bilden die Moslems eine ernstzunehmende politische Kraft. In Süd-Usbekistan nutzen verschiedene Kräfte – nicht nur Fundamentalisten – ethnische Konflikte

Was wurde aus den mittelasiatischen Sowjetrepubliken?

dem Land einen langjährigen Bürgerkrieg bescherten.

Der kasachische Parteisekretär setzte auf eine Präsidialdiktatur mit einer ihn unterstützenden Bewegungspartei, wodurch auch andere – vorwiegend bürgerliche – Parteien entstanden. Die kasachischen Kommunisten organisierten sich neu, erreichten bei Wahlen 1999 durchschnittlich 20 %. Sie wurden zweitstärkste – in einem Drittel des Staatsgebietes sogar stärkste – politische Kraft.

Usbekistan, Kasachstan und Kirgistan setzten nun auf „Marktwirtschaft“. Im rohstoffreichsten Land Mittelasiens – Kasachstan – konnte nach schweren Krisen der höchste Lebensstandard in der Region erreicht werden. Er liegt aber immer noch deutlich unter sowjetischem Niveau. Im Gegensatz zu Tadschikistan, Usbekistan und Kirgistan gibt es in Kasachstan mit seinen über 100 Nationalitäten keine politischen oder ethnischen Konflikte, was das Land für Investoren attraktiv macht. Turkmenistan hat offensichtlich die günstigste gesellschaftliche Variante gewählt. In diesem über erhebliche Ressourcen verfügenden Land dominiert das staatliche Eigentum und wird für soziale Belange viel ausgegeben: Gas, Strom und Wasser gibt es kostenlos, jeder erhält zwei Monate bezahlten Urlaub usw. Auch Lebensmittel sind hier billiger als sonst in Mittelasien. Dennoch ist die Arbeitsproduktivität in dieser Republik besonders niedrig.

Bilderstürmerei und „Abrechnungen“ mit der sowjetischen Vergangenheit, wie es sie in anderen Teilen der UdSSR gegeben hat, fanden in Mittelasien nicht statt. Es

und sozialökonomische Probleme zu de-stabilisierenden Aktionen.

Der „Westen“ mit den USA an der Spitze, der in Mittelasien erhebliche Investitionen getätigt hat und weitere beabsichtigt, spielt vor allem die „demokratische“ Karte. Das gilt besonders für Kasachstan mit seiner strategischen Lage zwischen China und Rußland, einer fast völlig privatisierten Wirtschaft und zumeist bürgerlichen Parteien. Washington und einigen westeuropäischen Kreisen sind allerdings die guten Beziehungen dieser Republik zu China und besonders zu Rußland ein Dorn im Auge. In Mittelasien ist man überhaupt – ganz anders als im Baltikum, dem Kaukasus und der Westukraine – prorussisch eingestellt. Die Freundschaft zum großen Nachbarn im Norden wird oft hervorgehoben und der Zerfall der UdSSR allgemein bedauert.

Rußland nimmt übrigens mit 38 % den ersten Platz beim kasachischen Import und den dritten beim Export ein. China liegt bei Investitionen und beim Export an vierter Stelle. Im Import ist die Volksrepublik der dritte Partner. Auch das Ölgeschäft mit China läuft gut. Kasachstan wird also kaum etwas tun, was Rußland und China verärgern könnte. Das stößt auf Widerstände, zumal die USA ihr strategisches Interesse an Kasachstan bekundet haben und mit 37 % der größte ausländische Investor sind. Die kasachische Präsidentenwahl im Dezember 2005 zeigte, daß es durchaus politische Kräfte im Lande gibt, die bereit wären, eine – wie man hier sagt – „bunte Revolution“ anzuzetteln.

Dr. Bernhard Majorow

Belarus: Konterrevolution fiel aus

Unsere Glückwünsche gehen diesmal in die belorussische Hauptstadt Minsk. Wie erwartet, hat Aleksandr Lukaschenko haushoch gesiegt. Die geifernden Stimmen der in Kiew einst so triumphierenden Korrespondentinnen von ZDF und ARD – des CDU- und des SPD-Senders der gleichgeschalteten Medienkette des deutschen Imperialismus – überschlugen sich vor Haß, als sie am 19. März das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in der Republik Belarus kommentieren mußten. Natürlich wußten sie schon Wochen vor der Abstimmung, daß lediglich eine massive Fälschung dabei herauskommen würde. Ihre Wortwahl war ebenso synchronisiert wie ihre Empörung. Denn der Schoßhund des Westens – ein von allen Seiten „gesponserter“ Gegner der antifaschistisch-demokratischen Ordnung namens Milinkewitsch – hatte von Beginn an schlechte Karten besessen. Die mit Präsident Lukaschenko verbundenen patriotischen Kräfte des Landes, das viele Errungenschaften aus Sowjetzeiten bewahrt und weiterentwickelt hat, waren auf der Hut und hielten das antikommunistische Gesindel westlicher Provenienz und Fürsorge in Schach. Da verwunderte es nicht, daß die meisten der 1500 Wahlbeobachter – unter ihnen nicht wenige Spione und Agitatoren aus imperialistischen Ställen – zwar kaum



Ein Wahllokal in Belarus. Alle vier Präsidentschaftskandidaten wurden gleichberechtigt präsentiert.

„Unregelmäßigkeiten“ vermeldeten, ihre Aufmerksamkeit aber ganz auf die eher bescheiden ausfallenden Zusammenrotungen der bürgerlichen Opposition konzentrierten. Natürlich hatte Lukaschenko im Westen eine „schlechte Presse“. Daheim aber votierten über 82 % der Belorussen für den auch von Moskau unterstützten Minsker Staatschef. Das war zuviel des Guten. So zogen die Stationen und Gazetten der Bourgeoisie aller Länder heftig vom Leder.

Darunter befanden sich auch solche, die sich gewöhnlich als „links“ zu bezeichnen pflegen. Sie alle schlugen die Trommel für NATO-Strohmannen wie den als Bürgerrechtler zurechtgeschminkten Milinkewitsch. Das Resultat in Belarus zeigt indes: Eine wichtige antiimperialistische Position im postsowjetischen Raum ist mit Erfolg verteidigt worden. Der Versuch, die Einkreisung Rußlands perfekt zu machen, wurde durchkreuzt. All das sind Gründe zur Freude. **S. R.**

Kongo: Bundeswehr vorneweg

Ein neuer „Friedenseinsatz“ der BRD-Armee, die schon unter Scharping und Struck infolge Fehlens geeigneter Feinde in Europa als internationale Interventionsstreitmacht umstrukturiert wurde, steht unmittelbar bevor. Das bundesdeutsche Militär hat sogar den Hut auf und entsendet 500 von 1500 Mann einer EU-Sondertruppe, die in Belgiens früherer Kolonie Kongo (heute: Demokratische Republik Kongo) für Ordnung sorgen soll, wenn dort im Juni oder Juli gewählt wird. Blitzblanke „freie Wahlen“ sollen dabei herauskommen, wird versprochen. Warum sich die Merkel-Crew in dem an Bodenschätzen so überaus reichen Land zu engagieren sucht, bedarf keiner großen Recherchen. Das Kapital der Bundesrepublik interessiert sich – wie seine Konkurrenten in den USA, Frankreich, Belgien und anderen Staaten – dafür, daß bei dem Manöver eine „prowestliche“ und „hinreichend zugängliche“ Regierung herauskommt. Das große Land am Kongo-Strom hat einst mit Patrice Lumumba, seinem ersten Premier nach der Unabhängigkeit, einen Politiker von außergewöhnlicher Reinheit und Würde hervorgebracht. Er wollte Kongo auf den Weg zu wirklicher Unabhängigkeit führen. Das rief die Imperialisten und deren Geheimdienste auf den Plan. 1961 wurde Lumumba auf CIA-Geheiß ermordet. Lange Zeit war dann in Kinshasa die USA-Marionette Mobuto am Ruder. Als dieser

endlich gestürzt wurde, faßte das kongolesische Volk neue Hoffnung. Der linksnationalistische Präsident Laurent-Desiré Kabila suchte sich am Beispiel Lumumbas zu orientieren. Doch schon im Januar 2001 wurde auch er im Auftrag der fremden Ausbeuter Kongos – offiziell: durch eine Palastrevolte – umgebracht. Ihm folgte sein Sohn Joseph, der sich leichter unter Druck setzen ließ. Ein von Rwanda und Uganda entfesselter und vom „Westen“ unterstützter blutiger Krieg kostete vier Millionen Bürger Kongos das Leben. Um den Weg zum Frieden und zu Wahlen zu bahnen, machte der junge Präsident dem Imperialismus durch das Ende 2002 abgeschlossene Abkommen von Pretoria weitreichende Zugeständnisse. Eine interimistische Koalitionsregierung und ein Übergangsparlament verweisen die Nationalisten Kabilas gegenüber den von Rwanda und Uganda (pro-USA) gestützten „Rebellen“ und alten oder neuen Mobuto-Leuten in die Minderheit. Eine internationale Kommission aus Botenschaffern verschiedener Staaten „überwacht“ seitdem die Wahlvorbereitungen. Doch zunächst geht es um eine Amnestie, die den Verantwortlichen für Massaker und andere Kriegsverbrechen Straffreiheit gewähren soll. Etliche bekannte Mobuto-„Politiker“ sind unterdessen auf den Listen verschiedener Parteien, die miteinander kooperieren, aufgetaucht.

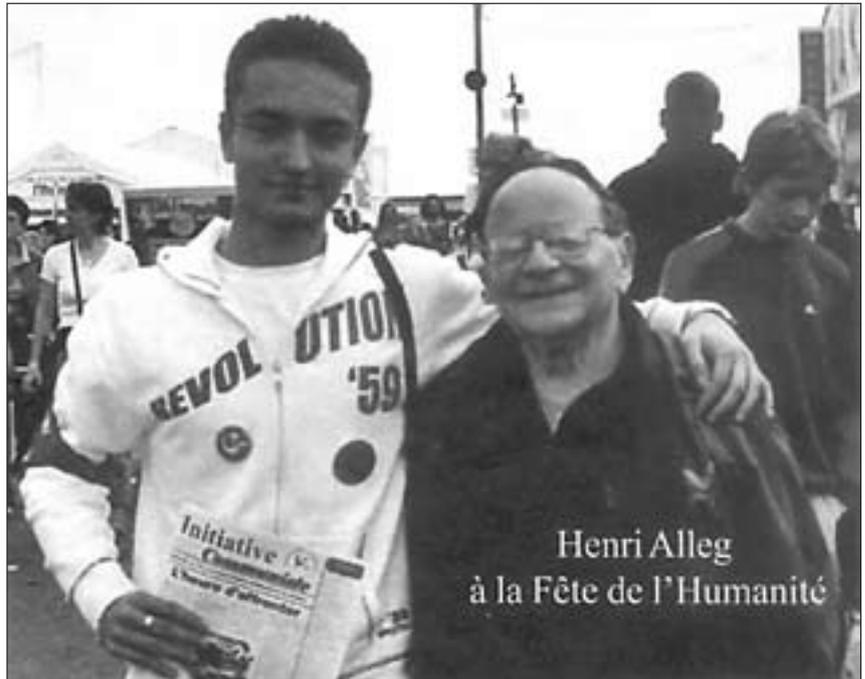
Unlängst wurde in der Demokratischen Republik Kongo ein neues Wahlgesetz angenommen. Es gestattet nur „seriösen“ Personen die Kandidatur. Ein Bewerber für die Präsidentschaft muß 40 000 Euro Kautions stellen, ein Parlamentsanwärter 200. (Das durchschnittliche Monatseinkommen der Kongolesen beträgt 5,50 Euro – ein Staatsbeamter verdient 25 bis 80 Euro.) 1999 hatte Laurent-Desiré Kabila die Komitees der Volksmacht ins Leben gerufen. In jeder Straße, jedem Viertel und jeder Gemeinde wählten die Einwohner damals ihre Vertreter. Davon ist wenig übriggeblieben. Wie es aussieht, dürfte Kabila junior aufgrund seiner Popularität die größten Chancen besitzen, zum Präsidenten gewählt zu werden. Zugleich aber rechnet man damit, daß sich im Parlament die „alten Krokodile“ und neue Reiche tummeln werden, die daran interessiert sind, das Land den europäischen und überseeischen Multis noch stärker zu öffnen. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn Merkel, Steinmeier und Jung so darauf drängen, die Bundeswehr nach Kinshasa zu schicken und ihr bei der Operation den Oberbefehl zu übertragen. Zur Debatte steht nicht weniger als ein saftiges Stück vom kongolesischen Mineralienkuchen. **R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel**

Unlängst hat der namhafte französische Marxist-Leninist Henri Alleg – bekannt wurde der langjährige Journalist der „Humanité“ vor allem durch sein Buch „Die Folter“ – den Band „Algerische Memoiren“ herausgebracht. Die Pariser Zeitung „Initiative Communiste“ interviewte den aktiven Teilnehmer am Befreiungskampf des nordafrikanischen Volkes. Auf die Frage, wie er die offizielle französische Geschichtsschreibung zum Algerien-Krieg beurteile, antwortete er u. a.: „Ich bin ein Augenzeuge, der sich von A bis Z dem entgegenstellt, was über diesen Krieg und die Thesen zur Kolonialisierung Algeriens bis heute behauptet wird. Beim algerischen Befreiungskampf zwischen 1954 und 1962, der von der Masse des Volkes getragen wurde, ging es vor allem um Unabhängigkeit und nationale Souveränität. In diesem Zusammenhang muß man den Mythos, der von den Regierenden der Epoche aus verschiedenen Parteien verbreitet wurde, es habe sich um ein ‚französisches Algerien‘ gehandelt, als Schutzbehauptung der Kolonialisten zurückweisen.“

Zu den Verdiensten der KP Algeriens und der Französischen Kommunistischen Partei während des antikolonialen Befreiungskrieges erklärte Alleg: „Die KPA gab der nationalen Bewegung von Anfang an ihre Unterstützung. Im Unterschied zu den nationalistischen Parteien, die sich auf die Bauernschaft orientierten, bestand sie auf der besonderen Betonung der Rolle der Arbeiterklasse. Zugleich verwies sie darauf, daß die Interessen der vom Kolonialjoch unterdrückten Völker und der Proletarier der großen Industrieländer im Kampf gegen dieselben Ausbeuter zusammenzuführen. Und sie verdeutlichte, daß man wahre Freiheit, wahre Gerechtigkeit und Gleichheit nur durch die Schaffung einer Algerischen Republik erreichen werde, die sich auf den Sozialismus orientiere. Bekanntlich haben sich die Führer Algeriens nach anfänglichen Erklärungen in diesem Sinne von der Notwendigkeit des Systemwechsels abgewandt.“

Was die FKP betrifft, so genügen wenige Worte nicht, um über ihre Meriten während des Algerien-Krieges zu sprechen. Doch zunächst eine Bemerkung zu gewissen falschen Interpretationen. Die Behauptung, die Partei habe sich den Positionen anderer Kräfte in Frankreich angeschlossen und die Zukunft Algeriens nur im kolonialen Rahmen gesehen, beruht auf bewußten und kalkulierten Lügen. In Wahrheit war die Partei in dieser Frage immer prinzipienfest. Sie hat nie aufgehört, den Befreiungskampf der Völker zu fördern – vom Aufstand der Rifkabylen über Vietnam bis nach Algerien. Eines ihrer großen Verdienste war es, den Kolonialkrieg und seine Grausamkeiten anzuprangern und in Frankreich alle Kräfte für den Frieden – darunter auch in der Armee unter jungen Wehrpflichtigen – zu mobilisieren. Sie hat von Anfang an die Putschgeneräle und ihre Verbündeten in der faschistischen OAS entlarvt und dem algerischen Volk ein Gesicht des französischen Volkes gezeigt, das mit dem

Algerische Memoiren von Henri Alleg: KPA und FKP



der Fallschirmjäger und Folterer scharf kontrastierte.“

Der Interviewer fragte Henri Alleg, was es mit dem Aufgehen der KP Algeriens in der Nationalen Befreiungsfront FLN sowie mit der Fusion des KP-Organs „Alger Républicain“ und der FLN-Zeitung „Le Peuple“ auf sich gehabt habe. Zu Zeiten von FKP-Generalsekretär Georges Marchais sei die Nachfolgepartei der KP Algeriens, die illegale Partei der Sozialistischen Avantgarde, geschnitten und die FLN privilegiert worden.

Henri Alleg präziserte: Eine Verschmelzung von KPA und FLN sei zwar beabsichtigt gewesen, habe aber nicht stattgefunden. Genauso habe es sich mit den Zeitungen verhalten. Der eine wie der andere Prozeß sei durch den Staatsstreich gestoppt worden, der den linken Präsidenten Ben Bella von der Macht vertrieben und durch Boumedienne ersetzt habe. Diesen Putsch hätten rechte Kräfte in der FLN unternommen, um die Kommunisten und den linken Flügel der eigenen Bewegung durch harte Maßnahmen der Repression auszuschalten. Die KPA und der „Alger Républicain“ seien sofort verboten wor-

den. Im Urteil der KPA habe man die Realitäten des Klassenkampfes unterschätzt und irrtümlicherweise angenommen, die FLN werde sich rasch in eine Partei verwandeln, die – nach dem Vorbild Kubas – Algerien zum Sozialismus führen werde. Die Partei sei der Meinung gewesen, diese Entwicklung durch die eigene Auflösung zu erleichtern. Für diesen Fehler habe sie einen hohen Preis bezahlt.

Was die Führung der FKP betreffe, so habe sie damals alle Beziehungen mit den algerischen Kommunisten abgebrochen und ihre Kontakte auf die FLN konzentriert. Das sei eine völlig falsche Einschätzung gewesen, diktiert von Opportunismus. Dieser Bruch zwischen zwei Parteien, die immer solidarisch miteinander gewesen seien, müsse als unverzeihlich betrachtet werden.

Henri Alleg fügte hinzu: „Was mich betrifft, so habe ich der Treue zu den Prinzipien und in erster Linie zum proletarischen Internationalismus immer fundamentale Bedeutung beigemessen.“

R. F., gestützt auf „Initiative Communiste“, Paris



Nach jahrelangem Tauziehen sah sich die USA-Postbehörde dazu gezwungen, im Rahmen ihrer Serie „Schwarzes Erbe“ eine Briefmarke zu Ehren des großen afroamerikanischen Künstlers und Kommunisten Paul Robeson herauszugeben. Hier der Ersttagsumschlag.

Bietet der Reaktion die Stirn: Lettlands Alfred Rubiks

Der Name Alfred Rubiks und sein Lebenslauf sind in den Ländern Westeuropas kaum bekannt. Doch vor uns steht ein ungewöhnlicher Mensch, der in seiner Treue zum Sozialismus und im Dienst für die Bewohner seiner multikulturellen Heimat Lettland nicht schwankend geworden ist.

Alfred Rubiks, ein einfacher Bauernjunge, lernt frühzeitig Landarbeit kennen. Als 15jähriger organisiert er in seiner Siedlung eine Gruppe des Komsomol. Er geht in die Fabrik, erhält eine technische Ausbildung. Später studiert er am Rigaer Polytechnikum. Ein dreijähriges Praktikum folgt, dann wird er zur Sowjetarmee eingezogen.

Alfred Rubiks sieht seine wirkliche Berufung im Wirken mit und für Menschen. Daraus ergibt sich sein Enthusiasmus für die Arbeit in der Partei. Die KPdSU stellt ihn zunächst (1984) auf den Posten des Vorsitzenden der Rigaer Stadtverwaltung. Selbst politische Kontrahenten spüren, daß sie es mit einem Parteiaktivisten zu tun haben, dem Demagogie fremd ist. Das Vertrauen zu ihm wächst. Im kritischen Jahr 1990 übernimmt Alfred Rubiks die schwierige Aufgabe des Ersten Sekretärs der KP Lettlands. Aber seine politische Entwicklung kommt zu einem abrupten Ende, als die frühere Sowjetrepublik im September 1991 ihre Selbständigkeit erklärt und sich viele „Genossen“ schleunigst „demokratisieren“. Nur wenige ziehen es wie Alfred Rubiks vor, an Ort und Stelle zu bleiben, statt sich im Eiltempo nach Moskau abzusetzen. Er schlägt eine entsprechende Empfehlung aus und verbringt die nächsten sechs Jahre im Gefängnis. Seine kommunistische Überzeugung verhökert er nicht. Er macht keinerlei politische Aussagen und tritt aus Protest gegen seine willkürliche Arretierung in den Hungerstreik. Innerhalb eines Monats verliert er 15 Kilo Gewicht. Auch im Gefängnis genießt Rubiks die Achtung und Freundschaft anderer Inhaftierten und mancher Wärter. In dieser Zeit wird er sogar ins Parlament gewählt. Gorbatschow und der bereits demoralisierte Oberste Sowjet lehnen jegliche Verantwortung für das Schicksal von Rubiks ab.

Im Oktober 1997 wird er aus der Haft entlassen. Inzwischen hat das „demokratische“ Lettland bereits ein Gesetz verabschiedet, das die politische Tätigkeit früherer Mitglieder der KP untersagt. Unzählige bürgerliche Parteien schießen wie Pilze empor. Ihre „Plattformen“, die goldene Berge versprechen, machen die Wähler konfus.

Gleich nach seiner Freilassung gründet Rubiks die Sozialistische Partei Lettlands, die im Parlament (Seima) auf Anheb fünf Sitze erhält. (Inzwischen verfügt sie über ein knappes Viertel der 100 Mandate.) Sie ist die einzige echte Oppositionskraft zu



den regierenden Ultra-Nationalen, die genauso diebisch und bar jeglichen Talents sind wie die entsprechenden Leute in Moskau.

In einem Interview erläutert Alfred Rubiks seine Ansichten zur Lage in Lettland und zur Zukunft des Sozialismus. „Die Menschen verlangen, ihre früheren sozialen Rechte, ihre Arbeit zurückzuerhalten. Die ‚Nationalen‘ versuchen, alle derzeitigen Schwierigkeiten der Sowjetunion in die Schuhe zu schieben, aber sie sind ja selbst schon 15 Jahre an der Macht. Nach Angaben der Vereinten Nationen stand Lettland während seiner Zugehörigkeit zur UdSSR international auf dem 35. bis 37. Platz. Heute nimmt es den 80. ein. Diese Zahlen sprechen für sich. Alle Auslandswaren sind im Überfluß erhältlich, aber zu für den Großteil der Bevölkerung unerschwinglichen Preisen. In Belarus liegt die Wirtschaft jetzt bereits um 120 % über dem Sowjetniveau, in Lettland kaum bei 70 %.“

Und wo sind die Gelder, die angeblich von der EU kommen sollten?, wird Rubiks

gefragt. „Natürlich gewährt uns niemand irgendeine Finanzierung ohne Gegenleistung. Gelder gibt es nur für bereits fertiggestellte Projekte, und das auch nur teilweise. Praktisch heißt das: Erst einmal Entwicklungsgelder borgen und dann mit Zinsen zurückzahlen. Bankprofite haben eben Vorzug.“

Wie steht es mit der lettischen Landwirtschaft, die zu sowjetischen Zeiten einen führenden Rang einnahm? „Unsere Landwirtschaft ist praktisch vernichtet“, sagt Alfred Rubiks. „Die Menschen produzieren nur noch für den Eigenbedarf. Die uns von der EU zugeteilten Quoten sind lächerlich niedrig, aber die Ausgleichsgelder aus Brüssel garan-

tieren der Landbevölkerung ein minimales Einkommen ohne Arbeitsleistung: Ein Bauer, der 10 ha besitzt, erhält auf diese Weise 1200 Euro im Jahr. Er kann sich wohl mit Rasenmähen beschäftigen, aber das Vieh ist längst abgeschlachtet und braucht kein Heu mehr. Das ist keine gesunde Wirtschaftsbasis.“

Und die politische Stimmung im Lande? „Im Oktober 2006 werden Wahlen zum Parlament stattfinden. Ich beabsichtige zu kandidieren, denn meine Vorstrafe soll annulliert werden, aber ich kann mich hierzulande nicht als Kommunist zur Wahl stellen. Ich darf wohl für das Europäische Parlament antreten, aber irgendwo in Lettland. Unsere Kandidaten der Sozialistischen Partei werden von den Medien totgeschwiegen, gewinnen aber trotzdem Stimmen.“

Glauben Sie an die Zukunft des Sozialismus? „Ich glaube nicht nur an sie, sondern bin fest davon überzeugt, daß der Sozialismus die Zukunft der Menschheit bedeutet. Die Welt kann nicht so weiterexistieren. Überall regt sich der Widerstand gegen den Neokolonialismus, den modernen Sklavenhandel. Die Macht des Kapitalismus ist eine vorübergehende Episode der Geschichte. Aber Sozialismus ist kein Selbstzweck. Die Besserung des menschlichen Daseins ist das wirkliche Ziel.“

Am 24. September 2005 wurde Alfred Rubiks 70 Jahre alt. Wir danken ihm für seine Standhaftigkeit und Hingabe, die nicht nur viele seiner Landsleute inspirieren, sondern auch uns.

Dr. Vera Butler, Melbourne

Harzer „RotFüchse“ zu Karl!

Am 5. Mai treffen sich alle „RotFüchse“-Freunde aus dem gesamten Harzland um 10.00 Uhr in Warnigerode an der historischen Karl-Marx-Büste, um den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus an seinem Geburtstag zu ehren.

Wie einst Georgi Dimitroff in Leipzig hat Slobodan Milosevic in Den Haag über seine Feinde triumphiert. Der Prozeß gegen ihn wurde mit dem alleinigen Ziel angestrengt, den jugoslawischen Sozialistenführer umzubringen. Wenn ausreichend „Beweise“ für die ihm unterstellten „Verbrechen“ vorgelegt würden, mit juristischen Mitteln und in zermürbender lebenslanger Haft, wenn diese fehlen sollten, auf andere Weise. Milosevic hatte keine Chance, diesem Schicksal zu entgehen. Seine Anklägerin Carla del Ponte – eine fanatische Antikommunistin – zielte seit der ersten Minute auf das Leben des Angeklagten. So oder so. Das als Internationaler Sondergerichtshof für im ehemaligen Jugoslawien begangene Straftaten getarnte Abrechnungstribunal der NATO, die erst den Luftterror gegen Serbien exekutierte und dann den albanischen UCK-Abschaum im Kosovo an die Macht spülte, hat Milosevic vorsätzlich getötet. Hätte man ihn nicht in Komplizenschaft mit dem Belgrader Djindjic-Clan nach Den Haag verschleppt, wäre er noch am Leben. Er starb, wie offiziell behauptet wird, an einem Herzinfarkt oder, wie zu vermuten ist, an ausgetauschten bzw. entzogenen

Der Held von Den Haag



Medikamenten. Die Verweigerung der durch Moskau angebotenen ärztlichen Behandlung in vorletzter Stunde war ein Signal, daß man die baldige Liquidierung des schwerstkranken politischen Gefangenen im Schilde führte. Doch Milosevic überdauert seine Gegner. Er wird als Held von Den Haag in der Erinnerung der Völker Jugoslawiens weiterleben. Sein Grab wird ein Wallfahrtsort,

nicht nur für Kommunisten und Sozialisten. Seine Unbeugsamkeit bis zum Tod bleibt ein Maßstab für antiimperialistischen Widerstandswillen. Sein Platz in der Geschichte ist gesichert. Über seine Hässcher, Ankläger und sich als Gericht ausgebenden Vernichter wird die Zeit hinweggehen. Sie hatten kein Glück, denn die Täter standen stets im Schatten ihres Opfers. **K. S.**

Gewalteskalation in Irak: Wer will den Bürgerkrieg?

Am 22. Februar wurde die Kuppel der Aberühmten Goldenen Moschee zu Samarra – ein Heiligtum der Schiiten – durch eine von Experten angebrachte und gezündete Sprengladung total zerstört. Wie verlautete, hatten Uniformierte in der Nacht zuvor das gesamte Areal hermetisch abgesperrt. Die Medien des Imperialismus – allen voran das Fernsehen der BRD – behaupteten tags darauf, der Anschlag sei vermutlich ein „Werk der Sunniten“ (sie bilden unter den irakischen Moslems die Minderheit) gewesen, weshalb das arabische Land nun von Racheaktionen der Schiiten erschüttert werde. Der Ausbruch eines Bürgerkrieges stehe bevor.

Doch man hatte mit solchen Behauptungen die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn an einem bewaffneten Zusammenprall der beiden großen Religionsgemeinschaften sind nur die amerikanischen und britischen Okkupanten interessiert, die sich davon die Spaltung der Widerstandsbewegung und eine Abschwächung des gegen ihre Truppen gerichteten Drucks versprechen.

Die sunnitischen Moscheen gingen nicht – wie prophezeit – in Flammen auf. Statt dessen strömten hunderte Tausende Iraker beider Konfessionen gemeinsam auf die Straße. „Nein zu Amerika – Nein zum Terrorismus!“ war die vorherrschende Parole. Wie BBC berichtete, appellierte Scheich Moqtada al-Sadr, ei-

ner der einflußreichsten Schiitenprediger im Gürtel von Bagdad, an die Gläubigen, sich nicht zu Racheakten gegenüber Sunniten hinreißen zu lassen. „Ein Sunnit tut etwas Derartiges nicht“, erklärte er zum Anschlag auf die Goldene Moschee. Die riesige Menge applaudierte. Auch andere führende Schiiten in Irak, Iran und Libanon klagten die USA-Besatzer an, das Attentat begangen zu haben.

Zur weiter eskalierenden Gewalt in Irak ist folgendes zu sagen: Keineswegs alle Anschläge, die sich ereignen, werden von Kämpfern des nationalen Widerstandes, dem unsere Sympathie und Solidarität gehören, unternommen. Viele Aktionen

verfolgen gerade das Ziel, die patriotischen und antiimperialistischen Kräfte in Mißkredit zu bringen, um sie von der in Mitleidenschaft gezogenen Bevölkerung abzuschneiden. Außer religiösen Extremisten, die auf eine Zuspitzung des Konflikts mit den „Ungläubigen“ um jeden Preis bedacht sind, beteiligen sich auch Angehörige der durch die USA aufgestellten „Sicherheitskräfte“, berufsmäßige Terroristen, Provokateure aller Art und Agenten westlicher Geheimdienste an Greueln gegen Zivilisten. Attentate auf Märkten und belebten Straßen dürfen mit dem gerechten Kampf Aufständischer, die Bushs und Rumfelds Soldateska sowie deren irakische Kollaborateure das Fürchten gelehrt haben, auf keinen Fall verwechselt werden. Die Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit Iraks greifen in ihrer Verzweiflung immer öfter zu kriminellen Mitteln und Methoden wie der Sprengung der Goldenen Moschee von Samarra, weil sie mehr als drei Jahre nach Beginn ihrer Aggression bei der Unterwerfung des Zweistromlandes im Grunde genommen kaum weitergekommen sind. Daher hetzen sie auch zum „Bürgerkrieg“, der für sie selbst mit großen Risiken verbunden wäre.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



„Grob übersetzt, bietet er uns einen Waffenstillstand an, wenn wir die Waffen niederlegen.“

Aus: „The New Worker“, London

Das ungedruckte Buch des Genossen Golinsky

Nicht zu überblicken ist die Zahl der heute auf den Markt kommenden Bücher. Doch neben den erschienenen gibt es noch viele ungedruckte. Gerade sie verkörpern einen ungehobenen Schatz.

Heute möchte ich einen Autor vorstellen, der es wirklich verdient: Helmut Golinsky, geboren 1927 in Magdeburg. Inzwischen ist er 60 Jahre in Oschersleben zu Hause. Er gehörte zum letzten Aufgebot unter Hitler, war vier Jahre Kriegsgefangener in der UdSSR. Kein Mann des NKFD. Doch nach Hause gekommen, lernte er schnell, begriff vieles und nahm an allem Neuen Anteil. Er gehörte zu den Pionieren des Bitterfelder Weges. Der ehemalige Verkehrspolizist ist nun schon seit 55 Jahren schreibender Arbeiter.

Helmut befaßte sich mit Prosa. Zum Begriff aber wurde er weitem mit seiner Lyrik. Politische Themen dominierten. Bis 1989/90 wurde er oft gedruckt, in Zeitungen und Anthologien. Er rezitierte bei vielen Gelegenheiten und wurde häufig zitiert.

Ein ungewöhnlicher Mann. Er ging, bevor er über andere richtete, vorerst mit sich selbst streng zu Gericht. Das war nicht die Regel, und viele seiner Leser oder Hörer irritierte es zunächst. Daß er so scharf auf den Gegner jenseits unserer Grenzen schoß, hielten die meisten für selbstverständlich. Aufmerksam wurde man schon, wenn er im eigenen Land feuerte, gar auf Leute mit Rang und Namen. Er verstieg sich dabei mehr als einmal zu unglaublichen Aussagen und Forderungen. Von seiner Partei, der SED, wurde er – wohl zu Recht – energisch zurückgepfiffen, wenn er zum Beispiel lange vor dem August 1961 den Bau einer Mauer forderte. Helmut wurde wiederholt zu einem „Gespräch“ gerufen, verteidigte auch bei solchen Gelegenheiten seine Ideen mit einer Konsequenz, wie sie ihm bis heute eigen ist.

Golinsky schrieb in all den Jahren kritisch wie wenige in unserem Land über Leute neben uns, unter uns, beschrieb sie, entlarvte und klagte sie an: Spießler, Heuchler, Angepaßte, Feige, Gleichgültige, Opportunisten, Demoralisierte, Verantwortungslöse, Westbestimmte. Er traf die „Enthüllungsliteraten“ und „Enthüllungsfilmer“ mit ihren gequälten Künstlerseelen.

Jedes seiner Gedichte war eine Lektion in Sachen Geschichte. Unübertroffen sind dabei seine Verse aus den Jahren 1989, 1990 und danach. Kein Zugeständnis findet sich darin. Am 8. Dezember 1989 (!) formulierte er:

Und es führt die GROSSE WENDE
zum von ihm gewünschten Ende:
keine Kommunisten mehr,
dafür aber Bundeswehr,
Wirtschaftskrisen, Wohnungsnot,
Arbeitslose, Drogentod.
Und die Kommunisten stehn und weinen,
und sie streuen sich Asche auf das Haupt,
und sie lügen: „Wir sind alle Schurken!“
Was man ihnen schließlich auch noch glaubt!

Helmut Golinskys sprachliche und thematische Skala reicht weit. Im Mittelpunkt steht die Zeitgeschichte. Die DDR-Geschichte. Es ist eine Freude, diese Gedichte zu lesen. Sie sind voller Witz und Humor. Ihre Sichtweise ist oft ebenso ungewohnt, wie es ihre Wahrheiten sind. Seine Themen hat er aus dem Leben gegriffen: „Neubauten in der Börde“, „Erntehelfer“ (1958), „Aufbau-Sonntag“ (1959), „Nach 30 Ernten“ (1975) bis zu dem hier: „Die Ruinen des VEG Oschersleben“ (2000). Immer wieder Bekenntnisse zur UdSSR und zur DDR. Bis zum bitteren Ende. Zum Höhepunkt seines zunehmend zornigeren, empörteren Schreibens wird die Abrechnung mit jenen, die ihr sozialistisches Vaterland aufgegeben haben. Dafür stehen Gedichte wie „Wir sind das Volk“, „Triumph der Dummheit“ (8. 11. 1989), „Konterrevolution in der DDR“ (8. 12. 1989), „Endlich freie Wahlen“ (1990), „Der Honecker-Prozeß“ (1992) und „Berufsofpfertreffen bei Bohley“ (1995). Am 24. Oktober 1989 schreibt Golinsky

„Kranke Seelen“ – ein „Drama in 3 Aufzügen“.

1. Aufzug:

Gewandhausorchester in Japan. Hurra!
Fünftausendsechshundert Japaner sind da
und lauschen gespannt den herrlichen Weisen,
und sämtliche Zeitungen Japans lobpreisen
dieser Musik bezaubernde Macht
und den, der dieses Wunder vollbracht
und dessen Seele in Moll und in Dur
stets mitklang, die Seele des Kurt Masur.

2. Aufzug:

Der Platz vorm Gewandhaus in Leipzig. Hurra!
Zweihunderttausend Krakeeler sind da.
„Wir wollen nach Spanien!“ Sie gröheln Lieder.
Sie trampeln die Volkspolizisten nieder.
Und heulend ertönt es den Ring entlang:
„Heilt unsere Seelen! Die Seelen sind krank!“
Und mit ihnen heult (das ist Klassenkampf pur!)
auch die todkranke Seele des Kurt Masur.

3. Aufzug:

Der Sieg ist errungen, hurra, hurra.
Die Tage der großdeutschen Freiheit sind da.
Die Ostzone wurde angeschlossen.
Die Kommunisten sind alle erschossen.
Das ist nun einmal – wie jeder weiß –
für Dollar- und Westmarkspenden der Preis.
Was lacht da so fröhlich? Was ist das nur?
Es ist die Seele des Kurt Masur.

Heute ist unser Mann parteilos. 1991 hat er die PDS unter Schmerzen verlassen. Er tat das nicht, ohne seinen Gram ausführlich zu erläutern, das für ihn notwendige WARUM zu liefern. Seine diesbezüglichen Briefe sind Zeitdokumente allererster Ordnung. Schwere Vorwürfe macht er der sich wendenden und windenden Führung der PDS. Sie münden gar in dem Wort Verrat.

Helmut Golinsky ruft immer, wenn ich ihn wieder einmal lese, vieles in mir wach. Heinz Kamnitzers „Furcht und Liebe im neuen Reich“ und nicht zuletzt „Tamerlan in Berlin“ von Peter Hacks stehen mir dann vor Augen. Ihre Themen, ihr Ton sind seine Themen, sein Ton. Wer ihre Bücher kennt, der kennt auch den Genossen Golinsky.

Karl Schlimme

Wie sich der Kapitalismus dargestellt sehen möchte
Aus: „Proletären“, Göteborg



Anwalt der Verfemten

Vor ein paar Monaten erhielt ich den auf zehn eng beschriebene Maschinenseiten ausgedehnten „Leserbrief“ eines Leipziger Genossen, der 15 Jahre lang die Kriminalpolizei der Messestadt geleitet hatte. Zuletzt war er in verantwortlicher Position bei der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei tätig gewesen. Die Zuschrift Klaus Pinkaus, der sich als aktiver Werber für den „RotFuchs“ mit fünf neuen Abonnenten vorstellte, offenbarte im Hinblick auf die DDR-Zeit durchaus eine kritische und selbstkritische Sicht. Zugleich verteidigte er entschieden seinen sozialistischen Staat. An einer Stelle äußerte sich Pinkau auch zur Tätigkeit der Strafverfolgungsorgane. Er schrieb: „Der Stand der Rechtspflege am Ende der DDR wäre für die BRD beispielgebend gewesen. Da vertraute der Bürger noch der Polizei, da stand der Ersttäter noch vor dem Arbeitskollektiv, und der ABV war oft das ‚Mädchen für alles‘! Wer aus dem Knast entlassen wurde, bekam eine Wohnung und eine Arbeitsstelle. Ich habe dreimal eine Amnestie im Zusammenwirken mit der Abteilung Inneres des Rates der Stadt verwirklicht – davon spricht bei der ständigen Verteufelung der DDR keiner. Es war ein ausgesprochen humaner, nahezu hundertprozentig durchorganisierter Akt.“

Inzwischen gibt es die eindrucksvolle Autobiographie des Berliner Rechtsanwalts Erich Buchholz „Dem Unrecht wehren“, die in einer (für Juristen) erstaunlich lebendigen und überschaubaren Sprache der Frage nachgeht, wo der deutsche Rechtsstaat tatsächlich zu suchen war und wie die Leute aussahen, die ihn verkörperten. Einer von ihnen war Erich Buchholz selbst. Er gehörte zur ersten Generation von Rechtsfachleuten neuen Typs – Kämpfern für die Arbeitersache, die im Osten Deutschlands ausgebildet wurden und dann auf unterschiedlichen Ebenen Verantwortung trugen.

Seit 1952 Student an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität, habe ich den jungen Assistenten und späteren Strafrichter, der promovierte, sich habilitierte und als Professor auch Dekan wurde, schon damals persönlich kennengelernt. Viele Jahre hat er, den die DDR immer wieder mit brisanten Aufgaben in internationalen Gremien betraute, das Institut für Strafrecht der hauptstädtischen Alma mater geleitet. Der profilierte Wissenschaftler war ein durch nichts ins Wanken zu bringender Verteidiger der DDR. Wenn ihn sein sozialistischer Staat zur Erfüllung einer beliebigen Aufgabe an irgendeinen Punkt der Erde entsandte, konnte er sich auf den Genossen Buchholz blind verlassen. Dabei war der bescheidene, eher zurückhaltende Gelehrte durchaus kein blinder Gefolgsmann vom Schlage anpassungsfreudiger Karrieristen, sondern ein wacher und kritischer Geist.

Da blieb es nicht aus, daß ihn die mit der Konterrevolution zum Zuge gekommenen neuen Machthaber – im Buch ist unglücklicherweise von einer Wende die Rede – an den Rand zu drängen versuchten. Aus

dem versierten Hochschullehrer der DDR wurde ein Rechtsanwalt der BRD, der sich bald als Gewährsmann der Verfemten zu offenbaren wußte. Der ehemalige Strafrichter, der sich in Gerichtssälen auskannte, verwandelte sich gewissermaßen über Nacht in einen Strafverteidiger. Damit stand er der bürgerlichen Klassenjustiz auf der richtigen Seite gegenüber. Erich Buchholz tat alles, um seine widerrechtlich angeklagten Genossen mit juristischen Mitteln vor der Rache triumphierender Antikommunisten zu schützen. Auch das ist ein rühmliches Kapitel in der bewegten Laufbahn des im 80. Lebensjahr Stehenden. Erich Buchholz hat sich bei Sonnenschein wie bei Regen

und Sturm als couragierter Anwalt jener erwiesen, die seiner juristischen Hilfe bedurften. Dafür sei ihm gedankt. Mit der Herausgabe dieses Memoiren-Bandes profilierte sich der Kai Homilius Verlag in anerkennenswerter Weise. Das Handbuch über Recht und Unrecht in der deutschen Justiz sollte sich einem großen Leserkreis erschließen. Unbegreiflich ist dem Rezensenten lediglich die der Totalitarismus-Doktrin folgende Gestaltung des Covers durch Joachim Geißler. **Klaus Steiniger**

Erich Buchholz: Dem Unrecht wehren. Ein Berliner Jurist erzählt. Kai-Homilius-Verlag, Berlin 2006, 354 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-89706-874-5

Max von der Grün wäre 80 geworden

Romane aus dem Bergbaumilieu wie Emile Zolas „Germinal“ zählen von jeher zu den Bestsellern. Max von der Grün, der hier vorgestellt werden soll, wurde am 26. Mai 1926 in Bayreuth geboren. Als Ruhrkumpel begann er Gedichte, Essays, Stories und anderes zu schreiben. Mit 38 Jahren veröffentlichte er seinen ersten Roman „Männer in zweifacher Nacht“ (1962), mit dem er für großes Aufsehen sorgte, wenn das Manuskript zunächst auch fast ein Dutzend Verlage als „unliterarisch“ abgelehnt hatten. Mit seinem zweiten Roman „Irrlicht und Feuer“ (1963) durchleuchtete er die Gefühls- und Gedankenwelt eines Arbeiters in der Industriegesellschaft der BRD. Nachdem das Buch bereits in 23 Ländern und 24 Sprachen erschienen war, verfilmten es Heinz Thiel und Horst E. Brandt als zweiteiligen Fernsehfilm, der auch im Ausland beachtliche Resonanz fand. Für den Schriftsteller, der 17 Jahre lang Arbeiter war, lagen die Themen seiner Bücher stets „draußen auf der Straße.“ Nach dem Erzählband „Fahrtunterbrechungen“ (1965) veröffentlichte der Autor den Roman „Zwei Briefe an Pospischiel“ (1968), der mit Günther Simon verfilmt wurde. „Eine seltsame Geschichte“ erzählte von der Grün in seinem dritten Roman „Stellenweise Glatteis“ (1975). Ein Arbeiter entdeckte in seiner Firma eine Abhöranlage, mit der die Belegschaft bespitzelt werden sollte. In den achtziger Jahren legte Max von der Grün den Erzählband „Etwas außerhalb der Legalität“, die Sammlung mit Reden, Aufsätzen und Kommentaren „Klassengespräche“, Geschichten in „Friedrich und Friederike“, die Erzählung „Späte Liebe“ und die beiden Romane „Die Lawine“ und „Springflut“ vor. Letzterer handelt vom Mord an einer jungen Aussiedlerin. Er wurde auch als „Polit-Krimi“ bezeichnet. Aus Max von der Grüns Feder stammen zahlreiche Beiträge für den Rundfunk, mehrere Hörspiele und viele Texte in Anthologien. Sein knapper,

weitgehend aus Dialogen bestehender Erzählstil hat die Romane zu gefragten Vorlagen für Fernsehspiele gemacht, so daß zehn von ihnen verfilmt wurden. Seine Themen waren stets die Arbeiterwelt, speziell der Alltag des Industrieproletariats. Max von der Grün erwies sich als einer der ersten Alt-BRD-Autoren, die sich in ihren Romanen, Erzählungen, Kinder- und Jugendbüchern, Hörspielen, Theaterstücken, Filmen und publizistischen Beiträgen aus eigener Kenntnis mit den Widersprüchen ihrer Zeit auseinandersetzten. Da er den Arbeitern und deren Schicksalen Zugang in die Literatur verschaffte, deren Themen und Konflikte aus dem Arbeitsleben überzeugend zu gestalten wußte, lösten seine Bücher eine kontroverse Wirkung und nachhaltige Diskussionen aus. In Max von der Grüns Werken wurden gesellschaftliche Wahrheiten ausgesprochen und ans Tageslicht katapultiert. Auf diese Weise entwickelte er sich vom schreibenden Ruhrkumpel zum Alltags-Dichter, wenn auch von vielen Seiten politisch angefeindet und als „Klischeeschleuder“ geschmäht.

Max von der Grün verstarb mit 78 Jahren am 7. April 2005 in Dortmund. Seinen Nachlaß verwahrt das dortige Fritz-Hüser-Institut für deutsche und ausländische Arbeiterliteratur. **Dieter Fechner**

Günther Gaus: Sie gehen davon aus, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft nach wie vor eine Klassengesellschaft ist?

Max von der Grün: Ja, ich bin felsenfest davon überzeugt, daß wir keine pluralistische Gesellschaft sind, ich erlebe es täglich. Wir sind nach wie vor eine Klassengesellschaft. Der erreichte „Wohlstand“ ändert nichts an der sozialen Abhängigkeit der Arbeiter, die ist heute noch genauso, wie sie vor hundert Jahren gewesen ist.

(Aus einem Interview anlässlich der Ausstrahlung von „Irrlicht und Feuer“ in der ARD, 1968)

2005 beging man die 400 Jahre zurückliegende Erstveröffentlichung des Don Quijote von Cervantes, des bedeutendsten Werkes der spanischen Literatur. Es stellt den ersten modernen Roman dar, den die einfachen Menschen verstehen konnten.

Um dieses Nationalheiligtum nicht in „falsche Hände“ geraten zu lassen, legte sich Spaniens offizieller Kulturbetrieb mächtig ins Zeug: Seit Beginn des Jubiläumsjahres wurde Don Quijote vom König, von Politikern und Bildungskoryphäen für ihre Klasse vereinnahmt.

Miguel de Cervantes (1547–1616) ist das spanische kulturelle Aushängeschild, vergleichbar mit dem Rang Goethes in der BRD. Das Äquivalent zum Goethe-Institut heißt übrigens Instituto Cervantes. Der Dichter stammte aus dem niedrigen Adel. Aber anders als der Herr Geheimrat lebte und starb er arm. Ein Jahr nach dem Erscheinen des zweiten Teils des Don Quijote, am selben Tag wie Shakespeare. Cervantes fand keinen reichen Mäzen, sondern hing ausschließlich von seinen Lesern, dem einfachen Volk, ab. Er schrieb in ihrer Alltagssprache. Aber die armen Leute hatten kein Geld, um Bücher zu kaufen. Deshalb konnte er von ihrem Absatz nicht leben, obwohl schon die Erstveröffentlichung seines berühmtesten Werkes ein Erfolg wurde.

Das Spanien von Cervantes war eine Gesellschaft im Umbruch. Nach der „Entdeckung“ und Kolonialisierung Amerikas, der Umschiffung Afrikas und der Entstehung neuer Märkte, stieg das Land zur ersten Wirtschafts- und Militärmacht Europas auf. Aber die Dekadenz des Feudalismus zersetzte die alten sozialen Klassen schneller, als daß sie von neuen ersetzt werden konnten. Anstatt die spanische Landwirtschaft in eine weniger abhängige, produktivere umzuwandeln, blieben die feudalen Strukturen des Großgrundbesitzes erhalten. Der spanische Hof wurde als der glänzendste Europas betrachtet. Er lebte blendend auf Kredit. Adel, Offizierskorps und Kirche machten es ihm nach. Korruption war die Norm. Es entstand keine Bourgeoisie, die um ihre politische Macht gekämpft hätte. Außerhalb der Mauern der Paläste wütheten eine turbulente Misere, Verarmung und Hoffnungslosigkeit, die periodisch gewalttätige Revolten und Unruhen hervorrief.

Dies ist der Hintergrund des in Spanien als „golden“ bezeichneten Zeitalters. Niemals mehr erreichte die spanische Geisteswissenschaft solche Höhen. Dichter, Romanciers und Maler wurden von Königen und Adel unter ihre Fittiche genommen.

Die massiv erzwungene und gewalttätige Umwandlung des Volkes in Vagabunden, Bettler, Räuber und Diebe ist die Geburtsstunde der wohl spanischsten aller literarischen Gattungen: des Schelmenromans. Auch Cervantes war ein Vertreter dieses Genres.

Der „pícaro“, der Schelm, ist ein Schwindler, Schurke, Abenteurer, der auf Kosten

Don Quijote – das größte Werk der spanischen Nationalliteratur



seines „Genius“ lebt, seiner listigen Klugheit, weil er sonst nichts anderes besitzt! Der Schelmenroman ist das Produkt dieser Zeit. Der Verfall der alten Ordnung provozierte eine chaotische Situation, ein Mosaik reich an Betrügern und Gesindel, das vielleicht in der Weltgeschichte seinesgleichen sucht. Ihre Philosophie besteht im Überleben, darin, sich selbst der nächste zu sein. Den Letzten hole der Teufel! Die Täuschungen der Händler, die Brutalität der Soldaten, der Fanatismus des Klerus, die Verkommenheit der Höflinge und die Masse der Deklassierten bildeten das Kaleidoskop. Die Straßen Madrids waren gepflastert mit Kriminellen, Deserteuren und Aufschneidern. Der Schelmenroman reflektiert diese menschlichen Prototypen und löst die überholte Ritterromanze ab. Den Verfall der feudalen Werte verwandelt er in Ironie und Lächerlichkeit, wie eine Mode, die sich selbst überlebt hat. Die Klasse der Antihelden, wie Don Quijote, ist eine Karikatur des früheren Ritters.

Cervantes stellte dem fahrenden Ritter eine zweite Gestalt zur Seite: Sancho Panza. Die beiden gelten als eines der großen Duos der Weltliteratur. Es ist der arme, dumme Bauer Sancho, der mit jeder Unternehmung wächst, die wirkliche Situation begreift und sie seinem Herrn zu vermitteln sucht, der aber weigert sich, sie zu verstehen. Andererseits verschließt er sich vor Don Quijotes idealistischer Philosophie. Er akzeptiert nicht, daß fahrende Ritter und ihre Schildknappen nicht zu essen brauchten. Darüber hinaus weist Sancho Panza ihn auf eine eventuelle Bezahlung seiner Tätigkeit als Schildknappe hin; ganz überzeugter Materialist.

Don Quijotes Weltfremdheit entspricht der damaligen Philosophie, die von der Kirche maßgeblich bestimmt wurde, wie die meisten Aspekte des intellektuellen Lebens.

Im 15. und 16. Jahrhundert befand sich das katholische Spanien an der Spitze der europäischen Reaktion. Die heilige römische Kirche, Mittelpunkt der herrschenden Ordnung, verteidigte mit allen Mitteln Macht und Privilegien gegen die neue Epoche. Mit der Inquisition und den Jesuiten sorgte sie fanatisch für die „Reinheit“ des Glaubens. Cervantes läßt Don Quijote mit Sympathie über die Moriscos sprechen. Mutig, denn die Inquisition überwachte scharf die früheren Moslems, die zum Katholizismus übergetreten waren, um ihrer Vernichtung zu entgehen. „Mit der Kirche sind wir zusammengestoßen, Sancho“, läßt Cervantes seinen Helden sagen. Den rebellischen Geist spüren wir fast auf jeder Seite seines Werkes. In einem Gespräch mit ungläubigen Ziegenhirten erzählt Don Quijote ihnen von einer Epoche, in der alles Gemeineigentum war, nennt sie eine goldene Zeit. Es war ein Geniestreich, so gewagte soziale Kritik in den Mund eines „Verrückten“ zu legen.

Spanien, die herausragende Macht der Gegenreformation, versuchte die Geschichte mit einer quijotesken Politik zu unterlaufen. Doch wie Don Quijote konnte sie die Uhr nicht aufhalten. Sie war zur Niederlage und der Dekadenz auf allen Ebenen verdammt.

Wir befinden uns im Einklang mit dem Proletarier und seinem großen Herzen und gesunden Menschenverstand, der Sancho Panza war. Aber wir teilen den Haß auf alle Ungerechtigkeit mit dem Ritter aus der Mancha; teilen seine Fähigkeit, sich über die kurzsichtige, kleinbürgerliche Engstirnigkeit hinwegzusetzen. Wir wünschen eine bessere Welt und bewundern seinen Mut, dafür zu kämpfen.

**Übermittelt von Isolda Bohler,
Valencia, gestützt auf einen
Internet-Beitrag des britischen
Autors Alan Woods**



Seit Januar 2006 wird Griechenland von einer Streikwelle ohnegleichen überrollt. Das Bankpersonal, staatliche und städtische Angestellte, die Lehrer sämtlicher Schulen, Beschäftigte der Textil- und Lederindustrie sowie die Besatzungen der Schiffe traten in den Ausstand. Die zuletzt Genannten haben mit ihrem achtstägigen Streik den gesamten Passagier- und Frachtverkehr lahmgelegt. Vom Januar bis Mitte März wurden allein drei Generalstreiks ausgerufen. Die konservative Regierung Karamanlis will die Sonntage als arbeitsfreie Tage abschaffen. Den Anfang möchte sie bei den Banken machen. Die großen Einkaufszentren sollen folgen. Auch bei uns beabsichtigt man, das Rentenalter auf 67 Jahre zu erhöhen.

Am 20. März traten alle Universitäten in den Streik. Man glaubt, daß die französische Flamme auf Griechenland überspringt.

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Im Artikel von Franz Preiß „Zwangvereinigung?“ (April-RF) rät der Autor: „Fragt doch jene, die beim Vereinigungsprozeß dabei waren.“ Schlagartig fiel mir ein, daß viele meiner damaligen Genossen – ich selbst bin 78 – schon nicht mehr leben.

Mein Vater hatte mich zu einer Parteiversammlung mitgenommen. Ein Genosse H. C. Hetzer, der gerade aus dem KZ gekommen war, sprach über den dialektischen und historischen Materialismus. Ich war begeistert, und so wurde ich im September 1945 Mitglied der KPD. Den Vereinigungsprozeß habe ich im Chemiewerk Leuna mitgemacht. Was Franz Preiß schreibt, kann ich nur bestätigen. Alle Fragen wurden sehr offen diskutiert. Es gab keinerlei Zwang. Allen war es ein Bedürfnis, ein demokratisches Deutschland ohne Krieg und Ausbeutung aufzubauen. Uns war auch bewußt, daß dazu jede Hand gebraucht wurde.

Zum Vereinigungsparteitag delegierten wir den Mitbegründer der FDJ, Genossen Horst Weiß, Mitglied der SPD. Er kam begeistert aus Berlin zurück und berichtete über seine Erlebnisse. Nach dem Vereinigungsparteitag wuchs unsere Parteiorganisation im Leuna-Werk beträchtlich. Ob Horst Weiß noch lebt, kann ich nicht sagen. Doch ich weiß, daß sich unsere Reihen lichten. Darum halte ich es für meine Pflicht, der Aufforderung von Franz Preiß nachzukommen.

Brigitte Marx, Zörbig

Die erste „RotFuchs“-Ausgabe, die ich in Händen hielt, war die Nr. 45 vom Oktober 2001 mit damals noch 24 Seiten. Jetzt bekam ich die 99. Ausgabe, längst 32 Seiten stark. Meine Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen hat mich zum Schreiben ermuntert. Auch in ihrem Namen gratuliere ich zur 100. Ausgabe. Mein Dank gilt allen, die den RF auf die Fährte setzen, ihm Leben und stetig neuen Geist eingeben – vom Chefredakteur über die Verfasser der Beiträge bis zum großen Leserkreis.

Die Tribune für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland ist das Beste, was heute in der Auseinandersetzung mit der BRD, bei der Analyse von 40 Jahren DDR und für die Sammlung linker Kräfte existiert. Nach meiner Einschätzung ist diese Zeitung nicht nur Heimstatt für gestandene Kommunisten, sondern auch für Aufklärung und eine wissenschaftliche Weltanschauung Suchende. Ich warte in der Schlange der Leser an jedem Monatsanfang auf den Briefträger.

Johanna Mothes, Naundorf

Bei meiner Kuba-Reise im März 2006 konnte ich nach sechs Jahren auf der gleichen Route Fortschritte feststellen. Trotz vieler Schwierigkeiten waren Verkehr, Energieeinsparung durch moderne Lampen und Gebäudesanierung unübersehbar. (...)

Obwohl das Fluggepäck (pro Person 20 kg) ohne sehr hohe Mehrkosten nicht überschritten werden darf, hatten wir zu dritt 35 kg Soli-Geschenke. Eine Familienarztpraxis bekam Medikamente und eine Kombiwaage für Erwachsene und Babys; ein Behindertenheim erhielt Textilien und Geld zur Verbesserung der Einrichtung. Das schönste Soli-Erlebnis organisierten wir uns selber, ohne Übersetzer mit unserem Wörterbuch. Auf einer nahegelegenen Hotel-Sanierungsbaustelle sahen wir Arbeiter. Da unsere Solidarität für die Schwächsten am stärksten ist, gingen wir vorsichtig und ohne als arrogante Touristen zu erscheinen zu ihnen und übergaben Werkzeuge (Phasenprüfer), Textilien und eine Flasche Rum für die von uns gewünschte Fiesta. Von 15 Brigadisten waren drei Mitglieder der PCC, und sie verstanden, daß wir deutsche Kommunisten sind.

Den Analphabetismus hat das sozialistische Kuba kurz nach der Revolution beseitigt. Für politischen Analphabetismus sorgen Radio- und Tele-Sender der USA. Scheinbar strahlen sie bis in das Europa-Parlament. Oder haben Zimmer, Markov und Brie alte Vorbilder bei Sacharow, Walesa und Biermann entdeckt?

Auf welcher Liste sie auch wieder kandidieren mögen, meine Stimme erhalten sie nicht.

Holger Meyer, Hamburg

Im Zusammenhang mit der antikubanischen Kampagne habe ich folgende Fragen: Sind die von der 21. Vollversammlung der Vereinten Nationen 1966 beschlossenen Menschenrechtskonventionen für alle Staaten verbindlich? Sind sie noch gültig? Sind die Menschenrechte unteilbar, oder kann man sie selektiv anwenden, getrennt in politische und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte?

Auf welcher Rechtsgrundlage mischen sich einige Staaten in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten ein, z. B. die USA und die EU in Belorußland? Wer hat eigentlich gewisse Abgeordnete legitimiert, über die Staats- und Gesellschaftsordnung anderer zu befinden?

Helmut Baumgarten, Halle/Saale

Die jüngsten Wahlen in Belarus wurden lange vor ihrem Stattfinden von außen beeinflusst und eingeschätzt. Scharen von OSZE-„Wahlbeobachtern“ und selbst fünf Botschafter aus EU-Staaten, die sich als Schutzpatrone und Lobbyisten der Opposition betätigten, erschienen auf der politischen Bildfläche.

Die „oppositionellen“ Kandidaten wurden durch das Ausland (Fernseh- und Rundfunksendungen gegen Belarus von Polen, Litauen und Rußland aus, Vertreibung von Wahlmaterial noch während der Unterschriftensammlung, nicht genehmigte Kundgebungen, 65 000 gefälschte Exemplare der Zeitung „Sowjetskaja Belarus“, über 1 Million andere Druckerzeugnisse) massiv unterstützt. Es waren durchaus Alternativwahlen, zumal diesmal im Unterschied zu früher, als die Abstimmung von der Opposition boykottiert wurde, deren Kandidaten antraten. Dabei erwies sich die vom Westen angestrebte Einigung auf einen gemeinsamen Bewerber als Fiktion. Die Menschenrechtsfrage wurde in sehr einseitiger Auslegung politisch instrumentalisiert. Sind Menschenrechte etwa auf Meinungs-, Presse- und Kundgebungsfreiheit zu reduzieren, oder gehören nicht unbedingt die ökonomischen und sozialen Komponenten dazu?

Bruno Mahlow, Berlin

Im Dezember 2005 veröffentlichte der „RotFuchs“ die Rede Lukaschenkos vor der 60. UNO-Vollver-

sammlung. Ich habe sie damals sehr aufmerksam gelesen.

Nach den Wahlen in Belarus ist mir klargeworden, daß das Volk ganz offensichtlich hinter dem Präsidenten steht, weil er eine soziale, unabhängige Politik verfolgt. Damit wird zugleich deutlich, welche Kräfte sich in der Opposition zusammenschließen und wer sie unterstützt. Sehe ich mir die Berichte im Fernsehen an, dann erinnere ich mich unwillkürlich an die entsprechenden Demonstrationen in der DDR. Ist es nicht immer das gleiche Strickmuster?

Wolfgang Müller, Bad Dübén

Dieser Tage erreichte mich ein Schreiben aus Frankfurt am Main. Absender war das St. Josefs Indianer Hilfswerk e. V. in der Mainzer Landstr. 47. Ich nahm an, die christlichen Samariter würden um eine Spende für die bedrohten indigenen Völker im Amazonasgebiet bitten. Man ersuchte mich indes um eine milde Gabe für die Ureinwohner Nordamerikas. Es gehe darum, „armen, hungernden Indianerkindern der Lakota-Sioux im USA-Bundesstaat Süddakota“ zu helfen. Der Verein teilte mit, daß es unter den Indianern in den Reservaten „unglaubliche Armut und Not, Krankheit und Arbeitslosigkeit (bis zu 80 %)“ gebe. Viele Familien zerbrächen „unter der erdrückenden Last ihrer hoffnungslosen Existenz in menschenunwürdigen Reservaten, geprägt vom Kampf ums tägliche Brot“.

Als die ersten Europäer den nordamerikanischen Kontinent betraten, zählten die dort lebenden Indianerstämme etwa 8 Millionen Männer, Frauen und Kinder. Heute existieren nur noch ca. 400000 bis 500000. Und wie die Padres aus Frankfurt schreiben, sind auch diese Menschen in ihrer Existenz extrem bedroht.

Günter Freyer, Berlin

In so einer Gesellschaft sind (scheinbar kleine) Lichtblicke, Ermunterungen, Mutmacher besonders wichtig. „RotFuchs“ ist genau der Funke Hoffnung, der mir und so vielen anderen hilft, nicht den Boden unter den Füßen zu verlieren, der ein bißchen Orientierung gibt in diesem Dschungel der Reaktion. Der mir auch mal auf die Finger klopft, wenn ich resignieren will und mir zeigt: So wenige sind wir ja gar nicht ... Und mein richtiges Leben (die 39 Jahre DDR in mir) ist eine solide Basis, um im gesellschaftlichen Sumpf von Merkel und Ackermann nicht unterzugehen.

Andreas Barth, Batzdorf

Eine Ergänzung zur Rezension Bruni Steinigers (Das Gruselkabinett ...): Der frühere USA-Senator Joseph McCarthy hat seine Fahrt aus dem Jenseits nach Berlin angetreten, wo sich seine antikommunistischen Nachahmer und Nachfolger austoben. Sie ereifern sich, wenn ehemalige Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit auch nur an öffentlichen Veranstaltungen teilnehmen und sich gegen Angriffe und Verleumdungen zur Wehr setzen. Die heutigen Jünger McCarthys scheuen nicht davor zurück, frühere Angehörige des MfS als „Horde von 200 ehemaligen Stasi-Leuten“ zu diffamieren. Dieser Stil ist aus den Zeiten des kalten Krieges gut bekannt. Er führte damals zur Inhaftierung vieler Antifaschisten und endete mit dem Verbot der KPD, das am 17. August vor 50 Jahren ausgesprochen wurde.

Armin Lufner, Berlin

Frau Birthler, Leiterin einer gewissen „Behörde“, übte kürzlich Kritik an „Unbelehrbaren“ und sieht „aggressive Propaganda“ von Ex-MfS-Offizieren. Auslöser ihrer geistigen Verwirrung war eine Veranstaltung am Sitz des „Gruselkabinetts“ des Dr. Knabe(lari) in Berlin-Hohenschönhausen, wo es ehemalige MfS-Mitarbeiter wagten, den ihnen unterstellten Gruseleien die Stirn zu bieten. Nach 16 Jahren Anschluß der DDR sind wir heute in der BRD von Objektivität und Sachlichkeit im Umgang mit deutscher Geschichte weiter entfernt als jemals zuvor. Die Rechtsnachfolger

des Nazireiches wollen alles zerstören, was DDR war und verkörpert hat. Dafür fabrizieren sie immer neue „Gedenkstätten“ zur Verunglimpfung der DDR als „Unrechtsstaat“, den sie mit dem Faschismus gleichsetzen. Durch ihre Greueltaten infizieren sie besonders die ihnen ausgelieferte Jugend.

Die „Behörde“ ist in diesem Orchester voll integriert. Sie hat ihre „historische Mission“ bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag noch nicht erfüllt – sagt die Birthler selbst. Ihre Äußerungen kann ich nur mit Worten von Arthur Schnitzler kommentieren: „Wenn der Haß feige wird, geht er maskiert in Gesellschaft und nennt sich Gerechtigkeit.“

Gert Thiede, Suhl

Vor dem Öffnen des Umschlags mit dem April-Heft des RF hatte ich, ehrlich gesagt, etwas Angst. Was wird er bringen? Nachdem ich den Titel-Beitrag „Vermächtnis der Arbeitereinheit“ gelesen hatte, fiel mir im wahrsten Sinne des Wortes ein Stein vom Herzen, weil er mir und sicherlich auch vielen anderen Lesern mit jeder Zeile aus der Seele gesprochen hat. So und nicht anders war und ist es. Darauf läßt sich theoretisch und praktisch aufbauen.

Wolfgang Willms, Weida

In der April-Ausgabe, die ich mit großem geistigem Gewinn gelesen habe und die mir neuen Lebensmut gab, bin ich auf viele mir vertraute Namen gestoßen. Franz Preiß und Jürgen Scheue, Parteisekretäre aus Berliner VEB, kenne ich gut, obwohl ich sie nach dem Ende der DDR nicht wiedergesehen habe. Oft und gern war ich, nicht nur als Journalist der Berliner Zeitung, deren Moskauer Korrespondent ich dann wurde, bei ihnen im Betrieb, bei den Arbeitern an der Werkbank. Diese Genossen, gewählte Parteifunktionäre, fühlten sich mit den Arbeitern eng verbunden, aus deren Reihen sie kamen.

Ja, ich bin selbst ein „RotFuchs“ geblieben, wie diese und viele andere Genossen. Und das erwärmt das Herz.

Ralf Rüdiger, Berlin

Von den zahlreichen Publikationen, die der Spotless-Verlag zu zeitgeschichtlichen Themen veröffentlicht hat, ist „Wahrheiten über Gorbatschow“ von Justus von Denkmann wohl die bisher aufschlußreichste. Wer immer noch Zweifel an der Rolle Gorbatschows beim Auseinanderbrechen der Sowjetunion und der Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft hegte, bei dem dürften diese nach der Lektüre des Buches wohl endgültig ausgeräumt sein. Gorbatschow hat sich vom Generalsekretär der KPdSU zum (hochbezahlten) Wanderprediger des Kapitals gewendet. Er hat sich mit seinen Handlungen als größter Renegat des 20. Jahrhunderts erwiesen.

Gottfried Fleischhammer, Leipzig

Ein nicht seltenes, aber doch bemerkenswertes Beispiel von politischer Doppelzüngigkeit lieferte Bundestagspräsident Lammert (CDU). Während Rentner mit der Begründung, es gebe keine Lohnzuwächse, seit Jahren und bis 2009 sogenannte Nullrunden erleben, erhöhte Herr Lammert die Diäten der Abgeordneten mit dem „Argument“, sie müßten auf das Niveau der „allgemeinen Einkommenszuwächse“ angehoben werden. Ich kann mir das nur so erklären, daß die Renten an die Einkommen der arbeitenden Menschen gekoppelt sind, während die Bezüge der Abgeordneten denen der Raffkes entsprechen sollen.

Gerhard Rosenberg, Berlin

Unlängst hat der Dresdner Stadtrat seinen kommunalen Wohnungsbestand an einen Investor aus den USA verkauft – sprich privatisiert. Diesem Beschluß stimmte auch eine Reihe von PDS-Abgeordneten zu. Er ist vor allem vom Standpunkt der Mieter nicht nachzuvollziehen und unter dem Aspekt kommunaler Verantwortung völlig unverständlich. Eine Stadt gibt ihre Ein-

flußnahme auf eine äußerst wichtige Teilfrage der Lebensqualität ihrer Bürger aus der Hand. Alle Privatisierungen staatlichen Eigentums haben sich negativ für die Beschäftigten (durch Arbeitsplatzvernichtung zum Zwecke der Profitmaximierung) und die Bürger (durch Qualitätsverschlechterung der zu erbringenden Leistungen) ausgewirkt.

Probleme unserer Zeit sind nicht durch Privatisierungen, sondern nur durch die Schaffung eines starken staatlichen Sektors zu lösen. Es wäre wünschenswert, wenn zur Frage des Eigentums an den entscheidenden Produktionsmitteln eine Diskussion im „RotFuchs“ geführt werden könnte.

Horst Franzkowiak, Hoyerswerda

Gabi Zimmer erweckt den Eindruck, als ob sie nicht durch die PDS zu ihrem Parlamentsmandat in Brüssel gekommen sei. Tausende PDS-Wähler gaben den Europaabgeordneten einen Vertrauensbonus. Gabi Zimmer ist im Europaparlament nicht allein ihrem Gewissen verantwortlich, sondern sehr wohl auch ihren Wählern verpflichtet. Sie kann, muß aber nicht unbedingt vor fremden Türen kehren. Sie hätte genug zu tun, wenn sie bei den Räufern des Wirtshauses im Spessart anfinge. Mit einer wissenschaftlichen Arbeit zum Artikel I, Absatz 1 des Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ könnte sie sich Meriten verdienen.

A bissel „Karl“ und a bissel „Friedrich“ sollten sich trotz wohlbehaltenem Angekommensein in der neuen Gesellschaft auf der geläuterten weißen Seele der Angekommenen widerspiegeln. Muß ja nicht reines Purpur sein, rosa würde einem „zeitgemäßen Linken“ auch gut stehen. Übrigens eine Superwortzusammensetzung von Gabi. Kaum besser lassen sich Rückschlüsse auf Positionen ziehen! Sollten sich gar unter den „zeitgemäßen Linken“ die von Harry Nick im ND vom 13. 1. 06 erwähnten „rechten Linken“ gesammelt haben? Als wir noch fähig waren, uns parteipolitisch zu bilden, sagten wir zu denen Revisionisten.

Peter Skrabania, Strausberg

Als Ansporn für Eure weitere Arbeit anbei ein Auszug aus der „Lingener Tagespost“, der, wie ich meine, Euch eine gute Arbeit bescheinigt. Habt Ihr doch den Einzug in unsere Presse geschafft, werdet wahrgenommen und gelesen. Natürlich mit dem üblichen Gezeter. Es wäre auch fatal, wenn dies nicht so wäre.

Rote Grüße aus dem Emsland

Steffen Steinert, Lingen

Im Zusammenhang mit den Vorgängen anlässlich des 50. Jahrestages der NVA habe ich mir auch die Berichterstattung über die Jubiläumsveranstaltung der Bundeswehr in der Max-Schmeling-Halle in deren Magazin 12/05 angesehen. Vor allem, weil auf den ersten 29 Seiten 22 Mal die „Tarnkappe“ des Oberst Gertz (s. RF 1/06) in den vielfältigsten Abbildungen gezeigt wird. Personenkult im Westen!

Leider habe ich nichts darüber gelesen, welche Meinung Gertz zu der Entscheidung bezogen hat, keine Veranstaltungen anlässlich des 50. Jahrestages der NVA in Räumen der Bundeswehr zuzulassen.

Hardy Anders, Dresden

Betrachtet man den Wartburg-Kreis im Thüringer Land mit seiner Stadt Bad Salzungen, so ist auf allen Gebieten eine rückläufige Tendenz festzustellen. Aber das Landratsamt hat heute mehr Beschäftigte als zu DDR-Zeiten der Rat des Kreises, obwohl keine Industrie mehr vorhanden ist. Wurden doch damals die Betriebe vom Rat des Kreises Bad Salzungen angeleitet und unterstützt. Von der Stadtverwaltung mit ihrem CDU-Bürgermeister ist alles unternommen worden, um Gebäude und Einrichtungen abzubauen und abzureißen. Viele Neubaublocks fielen dem zum Opfer. Auch Traditionsunternehmen und schöne Fachwerkgebäude machte man dem Boden gleich. Der Bevölkerungsschwund ist

katastrophal. Von ca. 24 000 Einwohnern sind nur noch 15 000 übriggeblieben. Trotzdem gibt es eine hohe Arbeitslosenquote.

Ich weiß noch nicht, wie ich mich mit meiner Familie bei künftigen Wahlen verhalte. Die Parteien, die bei uns Kommunalpolitik machen, sind für mich allesamt nicht wählbar. Vielleicht werde ich mich das erste Mal enthalten.

Rolf Becker, Leimbach

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die überwiegende Zahl der ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter des MfS auf dem Gebiet der schadensverhütenden und vorbeugenden Arbeit wirkte. Als Beispiele nenne ich die Verhinderung von weiteren Katastrophen in der seinerzeitigen Flugzeugindustrie der DDR nach dem Absturz des ersten Strahlflugzeuges vom Typ „152“ oder die Entlarvung eines Brandstifters im Kreis Bautzen, der die Bevölkerung durch die Legung von über 50 Bränden in Angst und Schrecken versetzte. Heute gibt es in den Medien der Bourgeoisie nur die unendifferenzierte Verunglimpfung der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS. Das geht seit mehr als 15 Jahren so, und ein Ende ist nicht abzusehen. Ich fühle mich in der Schuld gegenüber unseren ehemaligen IMs, da wir den Grundsatz des uneingeschränkten Schutzes der Quellen eines Nachrichtendienstes bei der Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik gebrochen haben.

Generalmajor a. D.

Dr. Dieter Lehmann, Dresden

431 Abgeordnete des Deutschen Bundestages haben den Abriß des Palastes der Republik mit ihrer Stimme ermöglicht. Damit soll ein weiteres Teilstück der DDR-Geschichte optisch ausgelöscht werden.

Doch das wird so nicht funktionieren, weil sich Erbauer und Nutzer, Kulturschaffende und Beschäftigte mit ihrer einstigen Wirkungsstätte nach wie vor eng verbunden fühlen. Sie werden ihre positiven Erfahrungen der Enkelgeneration übermitteln. Die zunächst geplante Rasenfläche im Herzen Berlins dürfte sich zum Gedenken an das geschredderte Haus des Volkes gut eignen. Jean Paul hat einst geschrieben: „Die Erinnerung ist das einzige Paradies, aus dem Menschen nicht vertrieben werden können, weil es im eigenen Kopf tagtäglich neu entsteht.“

Heinz Born, Rostock

Euer Artikel (von Dr. Hans-Dieter Krüger geschrieben) über den unvergessenen Genossen und Kommunisten Max Emendorfer, Vizepräsident des Nationalkomitees Freies Deutschland, war für diesen eine weitere Ehrung. Da ich ihn persönlich kannte, weiß ich mit am besten, wie konsequent er in seinem gesamten politischen Denken und Handeln gewesen ist.

In dem kürzlich erschienenen Büchlein von Hermann-Ernst Schauer „Bleib aufrecht, mein Sohn“ (Trafo-Verlag Berlin) gibt es folgende Zeilen: „Oberst Melnikow teilte mit, daß Max Emendorfer zu unserer Verteidigung eintritt. Ich gelobte: ‚Ich, Sohn des deutschen Volkes, schwöre, daß ich so lange kämpfen werde, bis das volksfeindliche Hitlerregime beseitigt ist. Ich werde die mir übertragenen Aufgaben getreu erfüllen, ohne mein Leben zu schonen.‘“ Der Genosse Schauer, mir einst bekannt als Leiter der früheren Rundfunk-schule Berlin-Grünau, an der ich einige Male als Lektor eingesetzt war, ist mit einer Kampfgruppe des NKFD über dem Partisanengebiet bei Minsk abgesprungen.

Hans-Joachim Laue, Suhl

Oft wird gefragt: Was hat es mit der Theorie von der „pluralistischen Gesellschaft“ auf sich? Angeblich handelt es sich um einen Interessenausgleich zur „Sicherung des Gemeinwohls“. Tatsächlich haben wir es mit einer bürgerlichen Theorie zu tun, durch Einführung subjektiver Interessenkriterien die Einteilung der Gesellschaftsstruktur, die Stellung der Menschen in der Gesellschaft und deren Beziehungen von ihrer

objektiven Grundlage, den Produktionsverhältnissen, zu lösen, um auf diese Weise die Klassenspaltung der Gesellschaft, die gegensätzlichen Klasseninteressen und die Zugehörigkeit der Menschen zu bestimmten Klassen und Schichten unter der Hand verschwinden zu lassen. Vor allem soll natürlich der Charakter des Staates verwässert und ihm jeder Klasseninhalt genommen werden. Die Theorie von der pluralistischen Gesellschaft ist ein charakteristisches Produkt des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie stellt eine besondere Mischung von bürgerlicher Elitetheorie, Theorie der „Klassenharmonie“ und „Sozialpartnerschaft“ sowie vom „klassenlosen“ bzw. „über den Klassen stehenden Staat“ dar, versucht aber gleichzeitig zu berücksichtigen, daß man das Vorhandensein verschiedenartiger Interessen und ein bestimmtes Eingreifen des Staates in diese Interessen nicht einfach mehr leugnen kann. Deshalb versucht die Monopolbourgeoisie, mit derartigen ideologischen Mitteln ihrem Herrschaftssystem unter Berücksichtigung seiner heutigen Struktur den Schein der Demokratie zu geben.

Marko Frenzel, Freital (Sachsen)

Den März-RF habe ich gleich „verschlungen“. Besonders freute mich, daß an den 60. Gründungstag der FDJ erinnert wurde. Auch meine Jugend war von ihr maßgeblich geprägt. Mein Blauhemd hängt im Kleiderschrank und paßt mir bis heute. Das Mitgliedsbuch vom Oktober 1966 besitze ich noch.

An dieser Zeit hängen viele schöne Erinnerungen, so z. B. die X. Weltfestspiele oder die zweimalige Teilnahme am Jugendobjekt „Zentrale Erntetechnik“. So half auch die dritte Generation von FDJlern beim Aufbau der DDR. Vorbilder waren u. a. die Erbauer der Trinkwassertalsperren Sosa und Cranzahl.

Eine solche Jugendorganisation wie die FDJ fehlt heute jungen Menschen. Sie gab uns Orientierung, Halt und Aufgaben, Spaß und Fröhlichkeit. Auch „die Küsse vor der Nacht“ woll'n wir nicht vergessen.

Hans-Dieter Nier, Annaberg-Buchholz

Alles, was Dieter Itzerott zur Würdigung der Leistungen der FDJ schreibt, möchte ich voll unterstützen. Zu den Schwächen im Jugendverband, habe ich eine abweichende Meinung. Ich denke, die Losung „Helfer und Kampfpreserve der Partei“ sein zu wollen, war schon richtig. Damit sagte die FDJ nur etwas deutlicher, was auch alle anderen Parteien und politischen Organisationen auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Sie verpflichteten sich nämlich, die Beschlüsse der führenden Partei verwirklichen zu helfen. Daß heute einige daran nicht mehr erinnert werden wollen, ist eine ganz andere Frage. Den Enthusiasmus der Vorhut für die Meinung der Mehrheit zu halten ist sicherlich ein Problem, das wir in der DDR insgesamt hatten.

Kritischer betrachte ich die starke Hinwendung der FDJ Anfang der 70er Jahre zu ökonomischen Vorhaben. Jugendobjekte wie die FDJ-Initiative Berlin und die Drushba-Trasse waren nicht falsch, nur in diesem Umfang nicht zu verkraften. Das schmälert in keiner Weise die Leistungen, welche die Jugendlichen dabei vollbracht haben.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Der Gründungstag der FDJ jährte sich am 7. März nicht zum 60. Mal. Sie wurde bereits 1936 im westeuropäischen Exil als antifaschistische und antimilitaristische deutsche Jugendorganisation unter dem Symbol der aufgehenden Sonne gegründet. Am 7. März 1946 erfolgte dann die Zulassung durch die Sowjetische Militäradministration in der SBZ. (Zwischen „Gründung“ und „Zulassung“ gibt es doch wohl einen Unterschied?) In der alten BRD wurde die FDJ 1951 als verfassungsfeindlich verboten. Beim Anschluß der DDR an die BRD blieb sie auf früherem DDR-Territorium laut Einigungsvertrag erhalten. Sie

wird heute von dem bekannten Totalwehrdienstverweigerer Ringo Ehler geleitet. Als ehemaliger FDJler und späterer „Freund der Jugend“ stimme ich dem Beitrag des Genossen Itzerott zu. **Herbert Gunia, Leipzig**

Als nach 1945 (angeblich nach einem Bericht von Thomas Mann) Bauern in Schleswig-Holstein bei einem örtlichen Potentaten (Bürgermeister, Landrat) forderten: „Wi wult een Demokratie!“ antwortete er: „Min leewe Lü, ji hebt all een.“ Ihre weitergehende Forderung: „Dan wult wi noch een!“ blieb unbeschieden. So ist es bis heute. Die gegenwärtigen Staatsaufbau- und Justizmängel sind unübersehbar und von der hier wiederauferstandenen k. u. k. Wiener Hofberichterstattung, sprich unseren gleichgeschalteten Medien, durch verfälschende Berichte nicht mehr zu übertünchen. Wie sollen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie praktiziert werden, wenn ihre unabdingbaren Voraussetzungen – Volkshoheit und Gewaltentrennung – im herrschenden Parteienstaat gerade völlig abgeschafft und so wirkungslos gemacht wurden?

Diese Erkenntnis ist nicht neu und wird auch von solchen Einrichtungen und Persönlichkeiten verbreitet, die einer umstürzlerischen Gesinnung unverdächtig sind. So der Deutsche Richterbund in seiner Presseerklärung: „Justiz im Würgegriff der Politik!“ in der Allgäuer Zeitung vom 30. Januar 2002. Auch der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofs von Nordrhein-Westfalen, Dr. Paulus van Husen, hätte seine Grundsatzkritik bestimmt nicht in der Fachpresse veröffentlichen können, wenn sie nicht in all ihrer vernichtenden Schärfe zutreffend gewesen wäre. Wenn ein Präsident des Oberverwaltungsgerichts NRW sagt: „Die richterliche Unabhängigkeit ist eine verlogene Angelegenheit, und von unabhängigen Gerichten zu sprechen, ist einfach eine Verletzung der Wahrheit.“ (s. „Die Entfesselung der Dritten Gewalt“, 1951, S. 49, 55, 57) hätte man darauf schon früher hören können und müssen.

Roland Schwarzenberger, Bruchsal

Die „über uns gekommene“ kapitalistische Gesellschaft kennt kein Wir. Der Mammonismus trennt die Superreichen von den armen Schluckern. Folge: Vereinsamung vieler Menschen. Doch beim Lotto und Jauchschen Talkshows gilt: Mit etwas Glück gewinnen Sie 'ne Million. Das verkleistert manches Gehirn. Otto Normalverbraucher merkt oft zu spät, daß er von einem „Unternehmer“, der die Gesetze unterwandert, wieder mal abgeschöpft und mißbraucht worden ist.

Man ist naiv, wenn man glaubt, daß man die Betrugsmanöver der Hochvermögenden mit ihren Meinungsmacheragenturen kennt. Fast täglich wird unsere Belastbarkeit getestet. Alles wird gut, wenn sich das Volk für Politiker entscheiden darf, deren Kompetenz und Ziele aus Wahlplakaten, die lediglich ihren Kopf zeigen, nicht ersichtlich sind. Wo sitzt das Schamgefühl der „Volksvertreter“, die sich seit Jahren als Arbeitsbeschaffer der 5-Millionen-Masse von Arbeitslosen erklären? **Fritz Götz, Potsdam**

Ein Wort zur Frage der Staatsschulden von BRD und DDR. Es ist nicht nur so, daß die BRD mehr Geld bei Kreditinstituten borgen kann, als die DDR das tun konnte, sondern, daß sich die überall total verschuldete BRD nur mit Geldborgerei über Wasser zu halten vermag. In diesem Sinne ist sie schon lange marode. Die DDR wäre es nie geworden, wenn sie die Möglichkeit gehabt hätte, auch nur einen Bruchteil von den Summen zu borgen, welche die BRD ständig an Anleihen aufnimmt. **Siegfried Spantig, Hagenow**

Bischof Huber hat im April 2005 den Grundstein für den Neuaufbau der Potsdamer Garnisonkirche gelegt. In dieser übergab Hindenburg 1933 die Reichskanzlerschaft an Hitler. Vor der Garnisonkirche paradierten das Militär und

die Nazihorden der SA. In ihr hingen dann die Kriegsflaggen der siegreichen Wehrmacht. Nachdem bereits vor Jahren ein scheußlich klingendes Glockenspiel in der Nähe errichtet wurde, um die alten Melodien der Garnisonkirche intonieren zu können, sollen nun der Turm und anschließend wohl auch die ganze Kirche als „Stätte der Begegnung“ oder „der Erinnerung“ wiederaufgebaut werden. Sie wird ein Treffpunkt der nimmermüden alten und neuen Anhänger der militaristischen und faschistischen Vergangenheit sein.

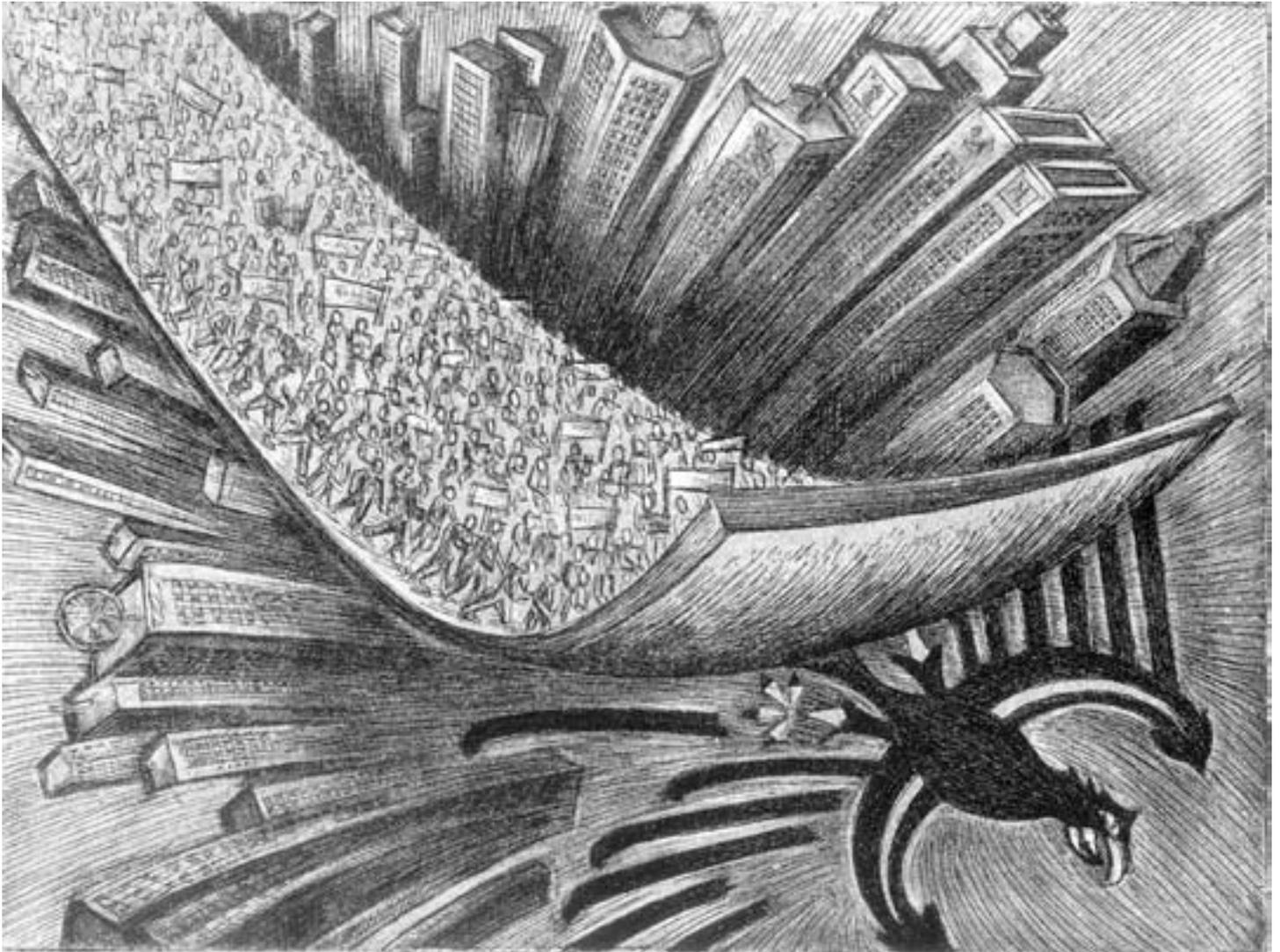
Den Potsdamern wurde gleich nach der „Wende“ praktisch vorgeführt, was mit wirklichen Kulturbauten geschieht. Das damals halbfertige Potsdamer Theater, dessen Bau angeblich schon 22 Millionen Mark verschlungen hatte, wurde für weitere Millionen abgerissen. Er war ja in der Honecker-Zeit entstanden und an diese sollte nichts mehr erinnern. Potsdam bekam statt dessen ein vom Volksmund „Stullenbüchse“ genanntes provisorisches Theater aus Wellblech für 10 Millionen DM, in dem man während des Konzerts die Straßenbahn vorbeirattern hört. Ein neues Theater läßt indes auf sich warten. Großer Trost: In diesem Jahr soll es noch etwas werden. **RA Dr. Walter Schmidt, Potsdam**

Den Leserbrief von Dr. Dieter Lehmann aus Dresden (März-RF) kann ich, was meine Umgebung betrifft, nur bestätigen. Es war dort nie etwas von „Missetaten des MfS“ zu spüren oder zu erfahren. Aber oft hört man, die berufliche Entwicklung eines Menschen sei geheimert worden, wenn der Betreffende nicht der SED angehört habe. Gut, geschadet hat es nichts. Doch wenn das Parteibuch auch so groß wie ein Scheunentor gewesen wäre, es hätte für seine „Karriere“ im Beruf kaum Nutzen gebracht, wenn der Betreffende nicht Einsatzbereitschaft, Fleiß und erforderliches Wissen auf dem jeweiligen Fachgebiet nachzuweisen imstande gewesen wäre. Denn nur damit ließ sich eine Anlage aufbauen, weiterentwickeln und leiten. „Blindgänger“ waren nicht von Nutzen. **Karl Landskron, Leuna**

Ich habe von 1970 bis 1973 gedient und bin Feldweibel d. R. der NVA. Die Nationale Volksarmee war eine wirkliche Schule fürs Leben. Politische Bildung, militärische Perfektion sowie eine selbständig verantwortliche Lebensführung waren Ausbildungsmuster. Wir lassen uns auch heute nicht vom Klassengegner in unserer Anschauung irreführen. Alles, was wir für den Schutz des Sozialismus taten, war gut und gesetzlich verankert, auch wenn heute das Gegenteil behauptet wird. Eine Büberposition wie Heinrich IV. vor Canossa kommt für uns nicht in Frage. Aus diesem Grunde bin ich auch seit 2003 Mitglied der PDS. Zu DDR-Zeiten war ich gesellschaftlich in der LDPD eingebunden und bestrebt, an einer sozialistischen Gesellschaft aktiv mitzuwirken. **Udo Hammelsbeck, Rübbeck**

Vom 1. 9. 1989 bis zu meiner Entlassung per 30. 11. 1990 war ich Offiziershörer an der Militärpolitischen Hochschule der NVA in Berlin-Grünau. Mein letzter Dienstgrad der NVA war Major. Nach dem 3. Oktober 1990 (ich war auf einmal zum Hauptmann degradiert) wurde auf einer außerordentlichen Offiziersversammlung im Audimax mitgeteilt, die MPHS werde aufgelöst. (...) An der Entwicklung in der DDR in der Endphase war die Mehrheit unserer Bevölkerung nicht ganz unschuldig. Denn über 5,5 Millionen DDR-Bürger haben schließlich bei der Volkskammerwahl am 18. 3. 1990 einer „politischen Elite“ die Macht in die Hände gegeben, die unser beträchtliches intellektuelles Potential in der Wüste vertrocknen ließ.

Aber mit Stolz kann ich sagen: Die NVA war, ist und bleibt vor dem Urteil der Geschichte die einzige deutsche Friedensarmee. **Karl-Heinz Noack, Mittweida**



Der Druck der Straße

Grafik: Klaus Parche

Egon Krenz spricht auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Thüringen** des RF-Fördervereins am **20. Mai**, um **14.00 Uhr**, im Stadtteilzentrum LISA, Werner-Seelenbinder-Str. 28 a, in Jena-Lobeda-West.

Thema: **Der Herbst 1989 und was daraus geworden ist**

Unterstützer: DKP Thüringen, KPD Thüringen, Roter Tisch Ostthüringen, GBM Weimar

Am **15. Mai** um **15.30 Uhr** spricht **Prof. Dr. Heinrich Fink** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität Rostock, Bremerstraße, auf einer Veranstaltung der **RF-Regionalgruppe**.

Sein Thema lautet:

Kampf gegen Faschismus – Pflicht aller Demokraten

Alle Leser, Freunde und Sympathisanten sowie weitere Interessierte sind herzlich eingeladen.

Die **RF-Regionalgruppe Berlin** lädt zu einer Veranstaltung am **5. Mai** um **16.30 Uhr** in die Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, herzlich ein.

Prof. Dr. Stefan Doernberg, Teilnehmer an der Befreiung vom Faschismus, stellt sein Buch

Front
einsatz vor.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/5613404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Manfred Hocke
Hans Horn
Dr. Klaus Huhn
Dieter Itzerott

Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Prof. Dr. Ingo Wagner
Prof. Dr. Günter Wilms

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
SHAHAR

Internet-Präsentation des „RotFuchs“:
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/6545634
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2143031400
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000)